

Berliner Osteuropa-Info

Heft 9

Editorial

Osteuropaforschung und -lehre

<u>Igor' V. Kukolev:</u>	Kann ein Beamter Forscher sein bzw. ein Forscher Beamter?
<u>Magdolna Leveleki:</u>	Anpassungs- und Überlebensstrategien einer aufstrebenden" Industriestadt in Westungarn. Werkstattbericht über eine soziologische Forschung und eine filmische Soziographie
<u>R. Deppe, M. Tatur:</u>	Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Politik. Ein Forschungsbericht
<u>Jörn Grävingholt:</u>	Rezension.- Blair A. Ruble: Money sings. The changing politics of urban space in post-Soviet Yaroslavl
<u>Hans-Erich Gramatzki:</u>	Eine ukrainische Jahresbilanz: Juni 1996 - Juni 1997
<u>Sebastian Lentz:</u>	Moskau auf dem Weg zur Global City?

Forum

<u>A. Gutorov:</u>	Was heißt Ideologie im heutigen Rußland? Oder: Hat der Liberalismus eine Chance?
------------------------------------	---

Geschichtsbilder

<u>Silvia Mihalikova:</u>	Die Macht der nationalen Symbole und die Renaissance der slowakischen Staatlichkeit
---	---

[T. K. Chorotegin:](#)

Neue Curricula und Lehrbücher zur
Geschichte Kyrgyzstans

Wahlen in Osteuropa

[Roman Schmidt:](#)

Die Wahlen in Kroatien und der
UNTAES-Zone 1997

[Ulrich Büchsenschütz:](#)

Wahlen in Bulgarien

[Ivo Georgiev:](#)

Alles noch einmal von vorn? Bulgarien
nach dem Machtwechsel

Tagungen

[G. Meyer, V. Gutorov, L.
Smorgunov,
A. Korjushkin:](#)

Projekt einer Internationalen Konferenz in St.
Petersburg, Juni 1998: "Kommunitarismus,
Liberalismus und demokratische Reformen in
postkommunistischen Ländern"

[Tatjana Eggeling, Jörn Grävingholt,
Wim v. Meurs:](#)

Transformation in Europa - Transformation
Europas? Bericht über die Tagung des
Graduiertenkollegs am Osteuropa-Institut

[Juliane Brandt:](#)

Geschichtliche Mythen in den Literaturen und
Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas

[Meike Dülffer:](#)

Jinakost' ("Andersartigkeit"): Differenz oder
Gleichheit

Institutionen der Osteuropaforschung und -lehre

[Claudia Hopf:](#)

Die Südosteuropa-Gesellschaft

[Frank Werner:](#)

Die Ost-West-Wirtschaftsakademie ist am
Ende

Vor Ort

<u>E. Hinterhuber, I. Karbstein:</u>	Wege aus der Gewalt. Einblick in das erste Frauenhaus Rußlands
<u>Klaus Buchenau, Benjamin Beck:</u>	Vorwärts in die Vergangenheit? Die Russisch-Orthodoxe Kirche zwischen Bewahrung, Nationalismus und Reform
<u>Aloys Henning:</u>	16. Internationales Festival für orthodoxe Kirchenmusik Hajnówka 1997

Interna

<u>I. Karbstein, A.J. Korb:</u>	Aus der Arbeit der Frauenbeauftragten
---	---------------------------------------

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor kurzem hat die FU-Kommission für Entwicklungsplanung (EPK) ihre Empfehlungen zum „**Strukturplan 2003**“ vorgelegt. Der Plan enthält ein Konzept zur Umsetzung der einschneidenden Kürzungen im Universitätshaushalt der kommenden Jahre, wobei die Kommission bestrebt war, den unvermeidlichen Stellenabbau mit einer Strukturreform zu verknüpfen und „mögliche Profile für die FU zu fixieren“. Eine besondere Stärke der FU sieht die EPK in den Regionalinstituten.

Das Osteuropa-Institut hat mit der am 14. März d.J. in Kraft getretenen neuen Studienordnung für Osteuropastudien (OES) wichtige Weichen zur **Studienreform** gestellt. Ein Studienablaufplan, Empfehlungen zur Gestaltung der Zwischenprüfung, die Umsetzung des European Credit Transfer Systems sowie Vorschläge zur Evaluierung der Lehre befinden sich in Arbeit. Um die volle Leistungsfähigkeit des Instituts und die praktische Umsetzung der Studienordnung sicherzustellen, sind eine baldige **Besetzung der vakanten Professuren für Soziologie und Wirtschaft Osteuropas** sowie die **personelle Ausgestaltung des kulturwissenschaftlichen Teils der OES** vonnöten. Letzteres ist untrennbar mit der Diskussion über die **FU-Slavistik** verbunden. Da sich diese konzeptionell deutlich von den slavistischen Angeboten an der Humboldt-Universität unterscheidet, wäre eine Fortsetzung erwünscht und geboten. Sollte dennoch die FU-Slavistik nicht zu halten sein, muß zur Ausfüllung des kulturwissenschaftlichen Teils der OES eine tragfähige Lösung gefunden werden. Darum hat sich das Institut in den letzten Wochen bemüht.

Die vielfältigen – mit der Strukturreform verbundenen – inhaltlichen, organisatorischen und haushaltsmäßigen Fragen werden derzeit im Osteuropa-Institut auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Gremien diskutiert. Ziel aller Maßnahmen ist es, nicht nur zu sparen, sondern das Profil des Instituts und seine Leistungsfähigkeit ungeachtet der Mittelkürzungen zu verbessern. Zügige und klare Entscheidungen sind dabei geboten, sowohl von Seiten des Instituts wie auch von seiten der Universitätsleitung und der anderen universitären Entscheidungsgremien.

Abschließend sei auf das „**1. OEI-Colloquium**“ hingewiesen, das am 7. Juli 1997 (15 bis 20 Uhr) im Hörsaal A des Instituts zum Thema „**Was ist Osteuropa?**“ stattfindet. Darüber hinaus geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Identitäts- und Profilbildung des OEI.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr H. Sundhausen

Osteuropaforschung und -lehre

Kann ein Beamter Forscher sein bzw. ein Forscher Beamter?

von Igor' V. Kukolev, Moskau

In den Arbeiten des russischen Philosophen Merab Mamardashvili fand ich zufällig einen Verweis auf folgende Episode. In einer nicht ganz ernst gemeinten Umfrage legte Albert Einstein seine persönliche Klassifizierung von Gelehrten dar. Die einen, die herausragende geistige Fähigkeiten besitzen, definierte er als lebenslange Sportler. Sie beschäftigen sich voller Begeisterung und Pathos mit der Wissenschaft. Die Wissenschaft ist für sie ein spannendes intellektuelles Spiel, das zugleich Resultate und Erfolge verheißt (gleich dem Rekord im Sport). Andere betreiben die Wissenschaft, wie eine beliebige Angelegenheit, als eine Art Tätigkeit, die der Existenzsicherung dient. Dieser Gruppe von Wissenschaftlern fällt der Hauptteil der Routinearbeit zu. Sie stellen jene Mehrheit, die für die Wissenschaft unentbehrlich und von Nutzen ist. Dann gibt es eine dritte Kategorie von Forschern, für die die Wissenschaft gleichsam einen Ausweg aus dem mühseligen, gewöhnlichen Alltagsleben darstellt; des Alltags mit seinen sinnlosen Wiederholungen und leeren Bestrebungen, in dem die Objekte unseres Genusses, unserer Interessen einander in träger und dumpfer Folge ablösen, indem wir soziale Ziele aus den Augen verlieren. Wenn ich auf meinen wissenschaftlichen Werdegang zurückblicke, fühle ich mich an die dritte Kategorie von Wissenschaftlern nach Einstein-Mamardaschvili erinnert. In den halb scherzhaften, halb ernsthaften gemeinten Aussagen der berühmten Denker suche ich Rechtfertigung und Trost. Tatsächlich vollzog sich mein Zugang zu den Sozialwissenschaften nicht nach dem traditionellen Schema. Eine universitäre Ausbildung im Bereich Physik, wissenschaftliche Arbeit im Bereich der Quantenradiophysik, Resultate und Erfolge und dann ... „trat ich beiseite“ – es folgte der Versuch, sich selbst durch die Erforschung des sozialen Organismus, der Gesellschaft, der Struktur und der Funktionsweisen von Macht zu finden.

Dieser Zugang zur Wissenschaft war kein leichter Weg, als widersprüchlich erwies sich auch die Suche nach dem eigenen "Ort" innerhalb der Wissenschaft. Feldforschung zur sowjetischen Elite, Hunderte nichtstandardisierter biographischer Interviews, die über Jahre hinweg mit Vertretern der politischen, administrativen und ökonomischen Eliten geführt wurden sowie selbständige Forschungen über regionale Eliten – es scheint, als hätte ich bereits in kurzer Zeit genügend Material gesammelt und die notwendige Qualifikation erworben, um mich zufrieden zurücklehnen und meinen Platz im System der Grundlagenforschung finden zu können. Doch dann folgte auf Neue eine Kehrtwende – ein Arbeitswechsel zu den Organen der staatlichen Macht. Entscheidend für diesen Wechsel in den Formen der Realisierung wissenschaftlicher Arbeit war die neue Möglichkeit, welche sich mir nun bot, grundlegende Beobachtungen von Prozessen und Ereignissen sowie insbesondere von Mechanismen der Realisierung von Macht aus einer Binnenperspektive heraus anstellen zu können. Bisher hatte ich diese Vorgänge als Außenstehender, ausgerüstet mit den traditionellen Forschungsmethoden, zu verstehen versucht.

Die Probleme, die bei der wissenschaftlichen Untersuchung von Elitengruppen entstehen, sind hinlänglich bekannt. Zu den Schwierigkeiten, mit denen man es als Elitenforscher in Rußland zu tun hat, gehören: die traditionelle Verslossenheit der Eliten, die Verschwommenheit formaler Macht- und Statushierarchien, ein merkliches Auseinanderklaffen von formal-rechtlichen und realen Entscheidungsstrukturen und natürlich die bedeutende Rolle informeller Beziehungen bei der Entscheidungsfindung. Die Ausübung amtlicher Funktionen in meiner Eigenschaft als erster Stellvertreter eines Deputierten (eines ziemlich großen Bezirks in einer der Schlüsselregionen Rußlands) der Staatsduma der Föderalen Versammlung Rußlands und stellvertretenden Komiteevorsitzenden (1), erlaubte es mir, die Strukturen und das Funktionieren von Macht in Rußland auf eine ganz neue Art, aus der Binnenperspektive, zu beobachten, und zwar sowohl auf föderaler, als auch auf regionaler und territorialer Ebene.

Früher habe ich nie besonders darüber nachgedacht, ob meine Tätigkeit eine andere, neue Form der Forschungsarbeit gegenüber den traditionell üblichen darstellt. "Sich wirklich auf die Situation einlassen", die teilnehmende Beobachtung aus der Binnenperspektive, wird schon seit langem bei journalistischen Untersuchungen sowie teilweise als Hilfsmittel der wissenschaftlichen Tätigkeit, z.B. bei ethnographischen Untersuchungen, praktiziert. Aber besteht die Möglichkeit, eine

Forschungslaufbahn praktisch völlig außerhalb der etablierten wissenschaftlichen Institutionen mit ihren Schulen, Traditionen und Kommunikationsnetzen einzuschlagen und dabei Ergebnisse zu erzielen, die den an wissenschaftliche Erkenntnis gestellten Anforderungen entsprechen?
Selbstverständlich zweifle ich die soziale Notwendigkeit institutionalisierter Wissenschaft, auch im Bereich der Sozialwissenschaften, nicht an. Als ich jedoch in einer bestimmten Phase meiner Entwicklung der *scientific community* angehörte, war ich über den Grad der Formalisierung der Organisation wissenschaftlicher Arbeit überrascht. Aufrichtigkeit und unmittelbares Interesse der Forscher standen an zweiter Stelle, Vorrang hatten die Erfordernisse einer sich ständig vergrößernden bürokratischen Maschinerie "Wissenschaft". Ohne die Gefahr des Dilettantismus und der Unprofessionalität zu verkennen, zog ich dennoch die Freiheit wissenschaftlichen Suchens und Handelns einer Arbeit im "Elfenbeinturm" vor, wobei dieser Schritt wahrscheinlich zum großen Teil den Umständen geschuldet war und nicht einer bewußten Wahl.

Es versteht sich von selbst, daß nicht jede beliebige gesellschaftliche oder soziale Rolle sowohl der Form als auch dem Inhalt nach günstige Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Tätigkeit bietet. Ich wählte – als die für mich optimale Variante – das Amt des persönlichen Referenten und Stellvertreters eines Deputierten des Russischen Parlaments. Die Vielfalt und das hohe Niveau der Dokumente, mit denen ich mich befasste, die Teilnahme an der Vorbereitung aktueller Materialien, an formellen und informellen Besprechungen, in denen es um die Annahme wichtiger Entscheidungen geht, die Möglichkeit, Personen, die Einfluß auf Entscheidungsfindungen haben, bei ihrer Tätigkeit zu beobachten, der erleichterte Zutritt zu unentbehrlichen Informationen, der hohe soziale Status – all dies gestattet es mir, die durch soziale Teilhabe gesammelten Erfahrungen in die Analyse der Machtmechanismen umzusetzen. Selbstverständlich sind die Resultate einer solchen Analyse auch in verallgemeinerter Form eher heuristisch und intuitiv als wissenschaftlich beweiskräftig. Bei dieser Herangehensweise hat der Forscher gewissermaßen die Richtigkeit der angestellten Schlußfolgerungen vor seinem Gewissen zu verantworten. Zum Kriterium der Objektivität der Intuition wird die Ehrlichkeit sich selbst gegenüber bei der Analyse seiner Erfahrungen. Als Rechtfertigung einer solchen Herangehensweise in der Wissenschaft kann die Tatsache dienen, daß die Rolle der Intuition, der heuristischen Methoden in der wissenschaftlichen Erkenntnis vor dem Hintergrund wachsender Apparate- und Finanzmacht moderner Forschung immer spürbarer wird.

Auf jeden Fall gibt es auch negative Momente in der Tätigkeit eines Beamten, der gleichzeitig als Forscher arbeitet – die "Selbstfinanzierung" der Forschungsarbeit, eine Belastung durch laufend anfallende Arbeitsaufgaben, die Erfüllung amtlicher Verpflichtungen und ein gewisses Ausgeschlossenheit aus der *scientific community*. Außerdem könnte ein übermäßiges Engagement für außerdienstliche Fragen das Vertrauen des Vorgesetzten enttäuschen. Aber zumindest bis jetzt bereue ich den von mir eingeschlagenen Weg nicht. Die Freiheit wissenschaftlichen Denkens, die Befriedigung sozialer Neugier, das Sammeln von Erfahrungen über verschiedene soziale Praktiken sowie eine „Metaspezialisierung“ der Tätigkeit bieten die Möglichkeit sich von der "bedrückenden Alltäglichkeit" freizumachen und selbständig die soziale Wirklichkeit zu beobachten.

Anmerkungen:

1) Es handelt sich hier um den Abgeordneten des Sverdlovsker Bezirkes Andrej V. Selivanov, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Frauen, Familie und Jugend ist. (Anm. d. Red.)

(Aus dem Russ. v. Annett Jubara)

Igor' V. Kukolev ist gegenwärtig Referent und Stellvertreter eines Abgeordneten der Russischen Staatsduma.

Anpassungs- und Überlebensstrategien einer „aufstrebenden“ Industriestadt in Westungarn.

Werkstattbericht über eine soziologische Forschung und eine filmische Soziographie

von Magdolna Leveleki, Veszprém

„Alle waren wir voller Hoffnung. (...) Es gab ein kommunistisches System, in das wir hineingeboren wurden. Wir haben nichts anderes kennengelernt, nicht gesehen, wie es vorher aussah. Wir waren Pioniere, bestiegen jede Leiter, um eine Stelle zu finden, hatten Arbeit; so weit ging es. Jetzt ist es äußerst seltsam. (...) Man glaubt es nicht richtig, bis man nicht die Entlassungspapiere in der Hand hält.“

Als Soziologin der Universität Veszprém in Ungarn beschäftige ich mich schon seit 1986 mit der Frage, wie sich die ökonomischen Veränderungen in den mittleren Gebieten Transdanubiens auf die Gesellschaft auswirken. Meine Untersuchungen in den 80er Jahren hingen zunächst thematisch mit dem Arbeitsprogramm des Lehrstuhls für Gesellschaftswissenschaft zusammen, dessen soziologische Arbeitsgruppe damals die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie den Lebensweg und das berufliche Vorwärtkommen von Ingenieuren erforschte und dabei feststellte, wie deren Bewegungsspielraum immer enger und ihre Frustration größer wurde. Meine Interessen verlagerten sich jedoch auf die Umstrukturierung der Wirtschaft und deren soziale Auswirkungen, insbes. auf die Rolle der kleineren Unternehmen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Nach dem Arbeiterdasein öffnete sich für viele der Weg zu einer finanziell abgesicherten und persönliche Entscheidungsfreiheit ermöglichenden Existenz – so lautete eine der vielen Illusionen, die von vielen Menschen nach der Wende geteilt wurde.

Eine der spannendsten Fragen der Transformation der ungarischen Gesellschaft betraf die Rekrutierung erfolgreicher Unternehmer: Aus welcher gesellschaftlichen Gruppe würden sie kommen und mit Hilfe welcher „Kapitalarten“ (im Sinne der soziologischen Theorie von Bourdieu) würden sie sich die Bedingungen einer autonomen Existenz sichern? Meine Auswertung von Tiefeninterviews aus dieser Zeit zeigte, daß in den Staatsbetrieben der 80er Jahre eine Managerschicht heranwuchs, die ihre Position auf der zweiten Führungsebene nicht mehr politischen Überlegungen, sondern Fachwissen und Sprachkenntnissen verdankte, die infolge der zunehmenden Marktabhängigkeit benötigt wurden. Diese Manager entwickelten gegen Ende der 80er Jahre im Rahmen von Staatsbetrieben Marktbeziehungen, schufen für sich das Beziehungskapital, das später eine ökonomische Selbständigkeit, ein erfolgreiches Privatunternehmen ermöglichte.

1991 sprach mich wegen meiner mit Unternehmern geführten Interviews der Filmregisseur Pál Schiffer an, der die veränderten Lebensstrategien von Industriearbeitern mit filmsoziographischen Mitteln verfolgen wollte (1). Als Schauplatz für die Dreharbeiten wählte er Székesfehérvár als eine Industriestadt aus, in der – nach ungarischen Kriterien – ein hochentwickeltes Industriepotential konzentriert ist. Die Umgestaltungsprozesse betrafen hier mehr als 10.000 hochqualifizierte Industriearbeiter und Ingenieure.

Székesfehérvár (deutsch: Stuhlweißenburg) – Königssitz und Krönungsstadt des mittelalterlichen Ungarn – hat sich in den letzten 40 Jahren zu einer richtigen „sozialistischen“ Stadt entwickelt, mit riesigen Wohnsiedlungen und mit all den negativen Seiten der Proletarisierung von 10.000 Familien. Die Bevölkerung der Stadt wuchs – infolge der Siedlungspolitik, des Dorfsterbens, der

Binnenmigration – auf 110.000, d.h. auf das Dreifache, an. Den größten Anteil machten die Beschäftigten in der Großindustrie aus, deren Produkte durch den RGW gesicherten Absatz fanden. Infolge des Zusammenbruchs der osteuropäischen Märkte ist noch nicht absehbar, wie die Akteure von Wirtschaft und Politik, vom Führungspersonal bis zur Arbeiterschaft, auf die veränderte Lage reagieren werden.

Der bedeutendste Betrieb von Székesfehérvár war bis in die 80er Jahre VIDEOTON, der militärische, elektronische und fernmeldetechnische Einrichtungen herstellte und in seiner Glanzzeit 20.000 Menschen beschäftigte. Zwischen Frühjahr 1991 und Sommer 1992 wurden 14.000 Beschäftigte entlassen, nahezu jede Familie in der Stadt war hiervon betroffen.

Die Materialsammlung zu den Dreharbeiten begannen wir einige Monate vor den Entlassungen. Anhand von ca. 120 Interviews wurden die Akteure unseres Filmes ausgesucht, d.h. die Arbeiter und Betriebsleiter, deren Schicksal wir mit der Kamera verfolgten. Die Interviews dienten als Ausgangspunkt für das Drehbuch und weitere soziologische Untersuchungen. Aus ihnen ergibt sich ein visuelles und auch soziologisch analysierbares Gesamtbild von Lebenswegen, von individuellen und Gruppenstrategien.^a

Bis zum Herbst 1992 erfolgten die Entlassungen in vier großen Wellen. Zunächst in den Betrieben auf dem Land, dann unter den Betriebsangehörigen, die ihren Militärdienst ableisteten oder sich auf Mutterschaftsurlaub befanden, und schließlich betrafen sie auch den Personalbestand, der vom neuen Eigentümer übernommen wurde. Neben den zentral gelenkten Entlassungen war auch die Zahl der „Freiwilligen“ ziemlich hoch, die ohne staatliche Abfindung kündigten, einen neuen Arbeitsplatz fanden oder sich auf andere Art eine Existenz schufen, d.h. höchstens einen einzigen Tag zu den „Arbeitslosen“ gehörten.

Ein Privatunternehmen zu gründen und in Gang zu setzen, war auch nach der Wende in Ungarn ein risikoreiches Unterfangen. Selbst noch so mutige und experimentierfreudige „Jungunternehmer“ hatten mit Zweifeln und Ängsten zu kämpfen. Meine Erfahrungen bestätigen, daß die kleineren Unternehmen im Hintergrund zu bleiben versuchten. Der Name der Kooperationen erschien nur selten an den Gebäuden, Werbung – selbst innerhalb Ungarns – wurde vermieden, die Firmenexpansion eingegrenzt bzw. Investitionen allenfalls in unauffälligen Anlagen getätigt. Die kleinen Privatunternehmen hielten sich bedeckt, um mögliche Anfangsschwierigkeiten oder mangelnde Einhaltung von Umweltschutzvorschriften nicht publik werden zu lassen. Zugleich waren die Spielregeln recht unsicher, kaum jemand konnte vorhersagen, wann und wie sie sich verändern würden. Zudem konnten die aus informellen Beziehungen gewonnenen Vorteile jederzeit als verdächtig erscheinen.

In den 80er Jahren knüpften staatliche Firmen mit Vorliebe Kontakte zum privaten Sektor, weil dessen Leistungen nach dem damaligen Abrechnungssystem als Ausgaben abgebucht werden konnten und daher nicht die Lohnsumme bzw. das Lohnniveau belasteten. Der Rückgang von Bestellungen in den 90er Jahren hatte jedoch die Reduzierung der Heimarbeiterzahlen zur Folge. Gleichzeitig erschienen die ersten Produkte von Privatunternehmen auf dem Markt. Telephonautomaten, Lautsprecher und TV-Antennen wurden von Kleinbetrieben der Stadt hergestellt. Die Abhängigkeit der Klein- von den Großunternehmen blieb jedoch bestehen, denn letztere sicherten die notwendige materielle Basis (Ersatzteile, Maschinen, Geräte usw.), ohne die erstere außerstande gewesen wären, Güter von akzeptabler Qualität herzustellen.

Die Untersuchung dieser Wechselbeziehungen ist auch unter einem anderen Gesichtspunkt interessant. Früher gab es eine ganze Reihe von Leuten, die illegal Produkte verkauften, die sie innerhalb des Betriebs während der Arbeitszeit herstellten. Als gegen Ende der 80er Jahre aufgrund rigider Vorschriften und Kontrollen Bezugsquellen dieser Art verebbten und sich die unbefriedigte Nachfrage an den legalen Bereich wandte, hatte natürlich dieser den Nutzen davon. Anfang der 90er Jahre bot die Auflösung des Großunternehmens den winzigen Kleinunternehmen günstige Gelegenheiten, sich auf rechtlich zulässigem Weg mit den überflüssigen, relativ billigen

Maschinen und Geräten des VIDEOTON zu versorgen. Die Masse der „Starken“ während der Übergangsperiode rekrutierte sich gerade aus denjenigen, die es noch vor den Entlassungen schafften, funktionstüchtige Kleinunternehmen zu starten, indem sie sich das noch innerhalb des Betriebs angehäufte Wissen und ihre Kenntnis der Beziehungsnetze zunutze machten.

Bei der Anfertigung der Listen mit den zu Entlassenden waren zwei Verfahren üblich: Entweder wurden die Namen vom Betriebsleiter zusammengestellt, oder man konnte sich selbst eintragen lassen. Im ersten Fall hatte zwar der Arbeiter das Recht, sich zu widersetzen und die „gemeinsame Vereinbarung“ zurückzuweisen. Er konnte jedoch nicht verhindern, daß das Unternehmen ihm dennoch kündigte, und zwar unter bei weitem ungünstigeren Bedingungen. Wer sich dagegen freiwillig meldete, bekam eine Abfindung, die sowohl vom Staat als auch vom VIDEOTON ausgezahlt wurde. (Nach einem 10- bis 20jährigen Arbeitsverhältnis standen dem Betroffenen 100-160.000 Forint zu. Viele hatten noch nie zuvor eine so große Summe in der Hand gehabt.) Einen weiteren Ansporn für freiwilliges Ausscheiden bildete die Hoffnung, bei frühzeitiger Kündigung um so rascher eine neue Arbeitsstelle zu finden. Eine nicht geringe Rolle bei dieser Entscheidung spielte auch die Unsicherheit, welche die „Arbeitslosigkeit“ innerhalb des Betriebs mit sich brachte. Monate- und jahrelang zog sich die Krise dahin, der Privatisierungsprozeß wurde verschleppt, und nur wenige konnten die dadurch bewirkte Anspannung auf die Dauer ertragen. Einer der Betroffenen formuliert es im Film folgendermaßen: „Es ist so, als ob wir stehlen würden, denn eine konkrete Arbeit, für die wir unseren Lohn beziehen, existiert schon lange nicht mehr.“

Es gab natürlich auch gegenläufige Einstellungen und Verhaltensweisen. Das Stigma traf, vor allem in den ersten Monaten, die zuerst arbeitslos Gewordenen am härtesten. Die Vision von László Garai bewahrheitete sich jedoch nicht, daß die Umgestaltung der Planwirtschaft die Arbeiter zur Verdrängung der Arbeitslosen zwingt: „Während sich ihr Lebensstandard immer mehr dem bloßen biologischen Existenzminimum annähert und sie ihre Identität nur über den Gegensatz zu den noch Ärmeren definieren, überbetonen sie den einzigen Unterschied, der sie noch auszeichnet, daß sie nämlich eine Arbeit haben, die die anderen entbehren müssen.“ (2) Es sieht jedoch so aus, als ob nur die erste Phase der Arbeitslosigkeit die Einwohner von Székesfehérvár derartig gespalten hat. Als die „Freisetzung“ nach und nach fast jede Familie der Stadt betraf, wurde die Exklusion durch Solidarität ersetzt.

Während sich die einen auf Grund ihrer Qualifikation und Begabung schon früh eine neue Stelle besorgen konnten, versuchte die andere Gruppe der Arbeitslosen den Einkommensverlust und Mangel an Betätigung auszugleichen, indem sie Produkte teilweise für die Selbstversorgung, teilweise illegal für den Markt erzeugte. In diese Kategorie der „Kompensierenden“ reihe ich auch diejenigen ein, für die als einziger Ausweg der unübersichtliche Dschungel der staatlichen Unterstützungsquellen oder die Wahl zwischen den verschiedenen Formen der Umschulung – um die Zeit einigermaßen sinnvoll zu nutzen – übrigblieb.

Schließlich unterscheide ich noch eine dritte Kategorie der „Sich-Zurückziehenden“. Sie fallen meistens Krankheiten und Alkoholismus zum Opfer. Oft können sie ihr Schicksal aus gesundheitlichen, altersmäßigen, finanziellen Gründen oder wegen ihrer Wohnverhältnisse nicht verbessern.

Die unterschiedlichen Schicksale und die den Menschen abgeforderten Anpassungen erzeugen tiefe Verunsicherungen, wie einzelne Äußerungen aus der Filmdokumentation belegen:

„Was bedeutet es, regelmäßig an einem Arbeitsplatz zu erscheinen, wo die Maschinenreihen schon stillstehen, die Arbeitsbänke sich nach und nach leeren und niemand weiß, wann er an der Reihe ist? Was bedeutet die Verunsicherung, das Warten mit ungewissem Ausgang? Findet denn jemand einen Halt, Anlaß zur Hoffnung? Sind wir denn – gelähmt durch die Gewohnheiten von Jahrzehnten – überhaupt in der Lage, uns in Bewegung zu setzen, oder warten wir darauf, daß etwas passiert oder andere für uns handeln? Glauben wir überhaupt, daß dies auch uns zustoßen kann? Tragen wir unseren Anteil daran und können wir etwas dagegen unternehmen?“

„Wir haben diese Sache beherrscht, unseren Beruf. Wir haben nicht gepfuscht, eine Zweit- oder Drittarbeit übernommen. Wir haben darauf vertraut, daß VIDEOTON, ein Unternehmen mit großem Namen, uns vielleicht eine Arbeit geben kann. Jetzt stehen wir da und sehen unsere Betriebsleiter, die mit ausgestreckten Armen um Nachsicht bitten. Von Nachsicht können wir bloß nicht satt werden. (...) Wir haben uns mehr als einmal mit unseren Kollegen unterhalten. Einen anderen Ausweg sehen wir nicht. (...) Wozu sollen wir denn streiken, wenn es sowieso keine Arbeit gibt? Wozu die Produktion unterbrechen? Häufig sieht es eher so aus, daß wir unseren Betriebsleitern noch mehr Probleme bereiten durch unsere pure Anwesenheit und durch unser Zusammensein. (...) Sollen wir demonstrieren? Auf die Straße gehen und schreien? Gröhlend nach Arbeit verlangen? Von wem denn? Schließlich kommt die Liste der Zu-Entlassenden zustande. Was bringt das Gefühl der Gewißheit, der sicheren Arbeitslosigkeit? Was bedeutet es, das letzte Mal durch das Fabriktor zu schreiten?“

„Was geschieht mit dem Ehepaar Farkas, nachdem es nicht mehr in die Fabrik geht? Bringt der Kleiderkleinhandel, die 'Lumpenboutique' in einer Garage der Arbeitervorstadt einen Ausweg oder bloß Schuldenberge in der Illusion, vorübergehend einen Wunschtraum zu verwirklichen? Wieso kommen die beiden ohne Arbeitsplatz, als Unternehmer nicht weiter? Kann überhaupt aus einem Fabrikarbeiter ein erfolgreicher Unternehmer werden?“

„Was für Chancen hat Gyula Lévy, der 'geborene Angestellte'? Oder hat er sich bloß daran gewöhnt, Teil einer Maschinerie zu sein? Was bedeutet es für ihn, daß er nach 34 Jahren Arbeit das Recht auf Arbeitslosigkeit erworben hat?“

„Wozu ist die Abfindung gut? Bedeutet sie eine Kompensation für den Jahrzehnte zurückgehaltenen Lohn, den nicht ausgezahlten Profit, oder ist sie bloß eine Reserve für die ungewisse Zukunft? Welche Probleme löst die Arbeitslosenunterstützung? Wozu motiviert sie und wozu nicht?“

„Wird Imre Varga ein ehrlicher Unternehmer? Werden die legalen Spielregeln einen ausreichenden Raum für die Erprobung eigener Fähigkeiten und für den unternehmerischen Erfolg bieten?“

„Warum hat die Arbeitslosigkeit von Ferenc Kajfish den Zerfall seiner Familie nach sich gezogen? Gibt es einen Weg zurück aus der Armut des dörflichen Elternhauses, dem Zustand des Ausgeliefertseins gegenüber staatlicher Unterstützung und dem seelischen Zusammenbruch in eine menschliche Existenz, die für sich selber einstehen kann?“

Die bis zum Frühjahr 1997 gedrehte Filmdokumentation verfolgt das Schicksal der Entlassenen auf den unterschiedlichen Schauplätzen: bei einem Schulungskurs für Haushaltsgerätetechniker, im Kellergeschoß eines Neubaus, in dem Computer zusammengesetzt werden, bis hin zu Fließbandarbeitsplätzen.

Seit 1992 garantieren ausländische Firmen Tausende von neuen Arbeitsplätzen. Im Jahre 1996 betrug die Arbeitslosenquote der erwerbsfähigen Bevölkerung nur noch 11 %. Ein Teil der Kleinindustriellen verschmolz mit der Großindustrie, und der Traum von den vielen kleinen selbständigen Unternehmen, an die sich so viele Hoffnungen der Region und bis in die Nachkriegszeit zurückreichende Erwartungen eines „privaten Sektors“ knüpften, zerschlug sich. Eine komplexe Kette multinationaler Firmen bedarf nicht der Zulieferung seitens kleiner Firmen, und die kontinuierlich sinkende Produktion von VIDEOTON läßt die Einbeziehung kleinerer Betriebe nicht zu. Heutzutage funktioniert VIDEOTON quasi als Industriepark. Einer der Vorgesetzten meint dazu: „Die damaligen Ingenieure mußten entweder zur Kenntnis nehmen, daß hier keine Ingenieurarbeit verrichtet wird, und blieben oder aber sie kündigten.“

Anmerkungen:

1) Inzwischen liegen die von uns gemeinsam verfaßten bzw. gedrehten Filme vor: VIDEOTON-Story, Teil I. Abrechnung, Teil II. Kinder ohne Herkunft, Teil III. Die Geliebten; Elektra GmbH oder Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus, Budapest Filmstudio

1993, 1995.

2) László Garai, *Wenig Geld – kleines Fußballspiel? Begründung einer Wirtschaftspsychologie*, Budapest (Ungar. Gesellschaft für Volkswirtschaft) 1990.

(Aus dem Ungarischen v. Krisztina Mänicke-Gyöngyösi)

Magdolna Leveleki ist Soziologin an der Universität Veszprém, Ungarn.

Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Politik.

Ein Forschungsbericht (1)

von Rainer Deppe und Melanie Tatur, Frankfurt a. M.

Das Buch vermittelt Einblicke in die Vielfalt und Dramatik der sozioökonomischen Transformation in Polen und Ungarn unter gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten. Gegenstand vergleichender Fallstudien sind die Rolle der Gewerkschaften im institutionellen und sektoralen Strukturwandel und die Veränderungen, die sie selbst dabei durchmachen. Untersucht werden zugleich typische, kontrastreiche und spannungsgeladene ökonomische und gewerkschaftliche Umbruchskonstellationen auf der Branchenebene. Die drei ausgewählten Bereiche stellen besondere Herausforderungen dar und veranschaulichen gut die Widersprüche zwischen Modernisierungsimperativen, Arbeitnehmerinteressen und gewerkschaftlicher Repräsentation.

Der Kohlebergbau steht für den Versuch, eine schwerindustrielle Erblast binnen kurzem durch Restrukturierung und Gesundheitschumpfung zu bewältigen und einen Sozialkompromiß mit den vormals materiell privilegierten Bergarbeitern zu finden. Im Vergleich zu seiner beschränkten Bedeutung in Ungarn nahm der Kohlebergbau in Polen vor 1989 in der Energieversorgung quasi eine Monopolstellung ein. Gleichzeitig verfügten die polnischen Bergarbeiter über Konfliktenergien mit der alten Macht und in der re-legalisierten Solidarnoshch über eine konfliktfähige Gewerkschaft, was sich von der alten ungarischen Bergarbeitergewerkschaft nicht sagen läßt. Analysiert wird, wie infolgedessen Abfolge, Richtung und Tempo der Umgestaltung in Polen viel stärker als in Ungarn von den damit verbundenen Sozialkonflikten beeinflusst werden. In Ungarn wurde die Restrukturierung des auf ein Drittel seiner früheren Förderkapazität geschrumpften Kohlebergbaus noch unter der konservativen Regierung im Frühjahr 1994 in der Form abgeschlossen, daß die verbliebenen Zechen unter dem Dach des in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Stromkonzerns zusammengeschlossen wurden. Bei diesem korporatistischen Arrangement zwischen der Regierung, der Stromwirtschaft als dem Hauptkohleabnehmer und der zeitweilig als Juniorpartner akzeptierten Bergarbeitergewerkschaft gelang es letzterer zwar, einige sozial- und beschäftigungspolitische Konzessionen zu erreichen, doch wurde sie organisations- und tarifpolitisch in eine Randstellung gedrängt. Trotz einer merklichen Reduktion der Fördermengen und Beschäftigtenzahl ist dagegen die Restrukturierung des polnischen Kohlebergbaus noch nicht abgeschlossen. Zudem sind unter der im Herbst 1993 ins Amt gelangten "Linksregierung" wirtschaftlich umstrittene Rezentralisierungstendenzen zu beobachten. Sie kämen indes den nach wie vor in zahlreichen Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmern entgegen, einschließlich den Mitgliedern der Solidarnoshch, die unter dem Druck von Beschäftigungsabbau und Verbandskonkurrenz ihre umstandslose Unterstützung für eine marktförmige Restrukturierung aufgegeben hat.

Demgegenüber bilden die Niederlassungen multinationaler Unternehmen in der Automobilindustrie im Rahmen globalisierter Konkurrenz ein von den jeweiligen Regierungen gefördertes, wichtiges

Modernisierungssegment des entstandenen Privatsektors. Im Mittelpunkt von drei Fallstudien stehen der Transfer von Unternehmens- und Produktionskonzepten sowie die Entwicklung der industriellen Beziehungen bei Fiat Auto Polen, General Motors Hungary und Suzuki Motor Co. in Ungarn. Während es sich bei Fiat um ein aufgekauftes Staatsunternehmen handelt, sind die ungarischen Niederlassungen Werksgründungen auf der grünen Wiese. Analysiert wird einerseits, wie die Belegschaften auf völlig ungewohnte Arbeits- und Herrschaftsverhältnisse im Kontext von "lean production" reagieren und wie Lohnprobleme und Leistungsanforderungen eine gemeinsame Konfliktachse bilden; andererseits, wie sich die industriellen Beziehungen je nach der Politik des Managements, der Zusammensetzung der Belegschaften sowie der Gewerkschaftstraditionen und den institutionellen Regelungsmodi beider Länder unterscheiden. Konfrontativen Beziehungen zwischen den neuen Eigentümern und den Gewerkschaften bei Fiat Auto Polen stehen die Ausschaltung der neu gegründeten Gewerkschaft bei Suzuki und die Einrichtung eines Betriebsrats von Gnaden des Managements gegenüber. Demgegenüber wird die neue Gewerkschaft bei General Motors vom Management zwar toleriert, aber der Betriebsrat als Ansprech- und Verhandlungspartner bewußt bevorzugt. Allen Fällen ist das verallgemeinerbare Merkmal eigen, daß es sich um Betriebsgewerkschaften handelt und keine Branchentarifverträge existieren.

Drittens geht es um den Strukturwandel im Bildungswesen, der Bestandteil der Umgestaltung des staatlichen Dienstleistungssektors ist. Diese Umgestaltung steht unter der widersprüchlichen Pression eines politischen Modernisierungsimperativs einerseits und eines durch die schwere Haushaltskrise bewirkten Sparzwangs andererseits. Sie betrifft relativ homogene Berufsgruppen wie die Lehrerschaft, die nach dem demokratischen Umbruch nunmehr als "öffentliche" Angestellte einkommenspolitischen Nachholbedarf angemeldet haben. Die Fallstudien untersuchen in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Strategien und Organisationspotentiale der Gewerkschaften in beiden Ländern. Während in Polen die vergleichsweise konfliktstarke Lehrgewerkschaft der Solidarnoshch eine prekäre Balance zwischen Bildungsreformansprüchen und Lehrerinteressen zu halten versucht, ist die alte Lehrgewerkschaft stärker am Status quo ausgerichtet. Das gilt auch für die aus dem alten Regime hervorgegangene Pädagogengewerkschaft in Ungarn, die unter den Lehrern die führende Interessenvertretung geblieben ist.

In einem einleitenden Essay werden Transformationssequenzen, Strukturbrüche und Gewerkschaftskonfigurationen in Polen und Ungarn im Zeitraum 1989 bis 1995 vergleichend untersucht. Schließlich enthält das Buch einen kommentierten Datenanhang sowohl zur wirtschaftlichen, beschäftigungs- und einkommenspolitischen Entwicklung als auch zu grundlegenden Strukturmerkmalen der jeweiligen Gewerkschaftssysteme und zur Streikgeschichte.

Anmerkungen:

1) Rainer Deppe und Melanie Tatur (Hrsg.): Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Politik, Münster 1996 (Verlag Westfälisches Dampfboot).

Rainer Deppe ist am Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M., tätig.

Melanie Tatur ist Professorin für Politische Soziologie an der Universität Frankfurt a. M.

Rezension

Blair A. Ruble: "Money sings: The changing politics of urban space in post-Soviet Yaroslavl."

Cambridge/New York/Melbourne: Cambridge University Press 1995 (Woodrow Wilson Center)

Series). XVI, 158 S. mit 32 Abb.

von Jörn Grävingsholt, Berlin

Jahrzehntlang konnte das Instrumentarium der sich im Westen entwickelnden regionalen und lokalen Politikforschung in Osteuropa nicht oder nur sehr begrenzt zur Anwendung kommen. Unsere Kenntnisse über die Funktionsweise des Sowjetsystems auf lokaler Ebene sind entsprechend beschränkt. Oft findet sich noch eine geradezu naive Gläubigkeit an die Selbstdarstellung des Regimes, derzufolge im Rahmen des „demokratischen Zentralismus“ auf lokaler Ebene lediglich von der Umsetzung zentral angeordneter Politiken (*policies*), nicht aber von Politik als Prozeß (*politics*) sinnvoll die Rede sein konnte. Seit westliche Sozialwissenschaftler mehr oder minder ungehindert auch im ehemals sowjetischen Machtbereich forschen können, hat insbesondere in Rußland ein Aufbruch in die Regionen eingesetzt. Dahinter steht vor allem die Erkenntnis, daß sich über die Entwicklung des russischen Transformationsprozesses allein aus der Moskauer Perspektive kaum mehr Hinreichendes sagen läßt.

Warum es sich lohnt, der lokalen Ebene im russischen Transformationsprozeß besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, stellt Blair Ruble, Leiter des Kennan Institute for Advanced Russian Studies am Woodrow Wilson Center in Washington, in einem kleinen Bändchen dar, in dem er seine dreijährige Forschung zur Politik in der zentralrussischen Stadt Jaroslavl' resümiert. Wohnraumprivatisierung, Denkmalschutz und Stadtplanung, die Gestaltung des städtischen Raumes also, sind die Politikfelder, die der Autor für die Jahre 1990 bis 1993, die Kernphase der Wirtschaftsreform, untersucht hat. Die physische Gestalt einer Stadt und ihr Entstehungsprozeß, so der Autor, seien gleichsam materieller Ausdruck ansonsten abstrakter wirtschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Kräfte und Tendenzen. Ruble stößt in seiner Untersuchung allerorten auf Akteure, deren Sorge um das Wohl der Allgemeinheit ihm tiefen Respekt abnötigt. Angesichts reali-tätsferner, einander widersprechender oder allzu abstrakt gehaltener zentraler Reformvorgaben bemühten sich die lokalen Politiker darum, ihrer Stadt dennoch einen gangbaren Weg in die Zukunft zu bahnen. Interessengegensätze würden ausgefochten, Pläne öffentlich diskutiert, es konstituierte sich eine Öffentlichkeit. Immer mehr werde Geld zur entscheidenden Ressource, allerdings fehlten noch die notwendigen Institutionen, die einer ungleichen Chancenverteilung entgegenwirkten, so daß manche gute Absicht in der Undurchführbarkeit versande.

Für die von ihm untersuchten Politikfelder kommt Ruble zu dem Schluß, daß ihre jeweiligen Ergebnisse zwar als ambivalent einzuschätzen seien, daß sie zugleich aber den tiefgreifenden Wandel der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu mehr Partizipation und Pluralismus widerspiegelten. Sprunghaftigkeit und Rückschläge zeugten von einem System im Übergang. Aber mit dem Zusammenbruch des Sowjet-Zentralismus habe sich den Bürgern erstmals die Möglichkeit eröffnet, auf die Entwicklung ihrer lokalen Wirklichkeit unmittelbar gestaltend Einfluß zu nehmen. In den Auseinandersetzungen um Denkmäler, Gewerbeansiedlungen, Wohneigentum und andere Themen von durchaus verschiedener materieller oder symbolischer Bedeutung macht Ruble für Jaroslavl' bei allem Streit ein hohes Maß an Toleranz und Kompromißbereitschaft aus – Ausdruck einer besonderen lokalen Kultur des *po tichon'ku* –, worin der Autor im Anschluß an Robert Putnam den Keim für ein *social capital* und damit für eine Zivilgesellschaft und eine demokratische politische Kultur zu erkennen meint.

Im derzeitigen Trend einer "Regionalisierung" der Rußland-Forschung hat Blair Ruble ein Buch geschrieben, das sich neben einer Reihe trockener Analysen formaler Institutionen und journalistisch-farbigen Ausmalungen von Herrschaftsepisoden wohltuend abhebt: Es ist gut lesbar und dabei analytisch und konkret zugleich. Der Frage allerdings, welches die treibenden Kräfte der Übergangsperiode sind, welche Interessen die Transformation im postsowjetischen Jaroslavl' dominieren und wie sie dies bewerkstelligen, weicht Ruble mit seinem demokratisch-pluralistischen Szenario eher aus. Nicht immer ist der Optimismus des Autors nachvollziehbar, der allzu leicht bereit ist, institutionelles Versagen und massive Verzerrungen der

Chancengleichheit als Übergangsphänomene auf dem Weg zu einer verträglichen Marktwirtschaft zu entschuldigen und ihnen damit dauerhafte Prägewirkung abzusprechen. Während die Transformationsdiskussion seit geraumer Zeit von dem Bemühen gekennzeichnet ist, die Triebkräfte des Wandels im Spannungsfeld zwischen autonomem Akteurshandeln, institutionellen Interessen und strukturell bedingtem Determinismus zu orten, mündet Rubles Untersuchung kapitelweise in die schlichte bekenntnishaftige Aussage, immer mehr sei es nun das Geld, das die Musik mache. Gern wüßte man mehr darüber, um wessen Geld es sich dabei handelt und in wessen Interesse es eingesetzt wird. Vorerst jedenfalls ist es der Verdacht, der hinter dieser Frage steckt, der viele Bürger Rußlands den vermeintlichen politischen Pluralismus – auf lokaler Ebene wie andernorts – mit gehöriger Skepsis betrachten läßt. Auf die Ergebnisse weiterer Forschungen darf man gespannt sein.

Jörn Grävingsholt ist Mitglied des Graduiertenkollegs am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Eine ukrainische Jahresbilanz: Juni 1996 – Juni 1997

von Hans-Erich Gramatzki, Berlin

Die Eckpunkte, die ich für eine wirtschaftliche Bilanzierung gewählt habe, sind durch zwei Veranstaltungen bestimmt, an denen ich teilnahm: die Konferenz „The State of Economic Reforms“ in Kiev (7. und 8. Juni 1996) und einen Ukraine-Workshop in Berlin (5. Juni 1997). Die Konferenz von 1996 wurde von der ukrainischen Regierung, der Soros International Advisory Group und drei weiteren Institutionen organisiert, der Workshop von 1997 von der „Deutschen Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung“ (Deutsche Bank Research, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Osteuropa-Institut München und Universität Kiel). Weitere Quellen für die Bilanzierung waren zwei vierzehntägige Besuche in Kiev (Juni 1996 und April 1997). Genutzt wurde auch das von der Deutschen Beratergruppe vor kurzem vorgelegte Buch "Aufbruch in die Marktwirtschaft – Reformen in der Ukraine von innen betrachtet", das von Lutz Hoffmann und Axel Siedenberg herausgegeben wurde.(1) Dieses lesenswerte Buch präsentiert im wesentlichen alle Schwachstellen der ukrainischen Wirtschaft und enthält zentrale Politikempfehlungen.

Geht man von den **außenpolitischen** und **innenpolitischen Rahmenbedingungen** der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung aus und von **wirtschaftlichen** und **nichtwirtschaftlichen Aktivitätsbereichen**, so können Positiva und Negativa dieses Koordinatensystems wie folgt beschrieben werden. Positiv entwickelt haben sich die **außenpolitischen Beziehungen** zu den wichtigsten Nachbarstaaten Polen und Rußland. Am 23. Mai 1997 unterzeichneten die Präsidenten Kuchma und Kwaschniewski eine Versöhnungserklärung, und am 31. Mai 1997 wurde von Kuchma und Jelzin ein Grundlagenvertrag unterschrieben, welcher die heutigen Grenzen zwischen Rußland und der Ukraine ebenso voll anerkennt wie die dauerhafte Zugehörigkeit der Krim und Sevastopols zur Ukraine. Die Ukraine erhält eine relativ niedrige Pachtsumme von 100 Mill. US-\$ im Jahr für die Stationierung der Schiffe Rußlands in Sevastopol. Die Energieschulden der Ukraine sind innerhalb von 10 Jahren zu begleichen. Der Moskauer Oberbürgermeister Lushkov hatte noch vor kurzem Sevastopol "unsere Stadt" genannt.(2)

Weiterhin gab es Verträge mit Rumänien, Belarus und der NATO. Dennoch bleibt für die Ukraine ein großes sicherheitspolitisches Dauerproblem: ihre bündnisfreie Position zwischen der zu erweiternden NATO und dem von Moskau geführten Militärpakt von Tashkent.

Kompliziert sind z.Z. die Beziehungen zu dem Land, das für die Ukraine neben Rußland am wichtigsten ist und das auch in der Ukraine eine zentrale Rolle spielt: die USA. Die Beziehungen zu den USA sind von großer Bedeutung in politischer Hinsicht, im Bereich der technischen Hilfe,

im Bildungsbereich u.a.m. Die eng mit den USA verbundene Weltbank spielt mit ihrem Kiever Büro eine zentrale Rolle bei der Beratung, bei Bildungsaktivitäten sowie bei der Projektierung und Finanzierung wichtiger Sanierungs- und Entwicklungsprojekte. Von seiten der USA und auch der Weltbank kamen in der jüngsten Vergangenheit massive Vorwürfe in Richtung Ukraine wegen der hohen Korruption. Der amerikanische Kongreß und große amerikanische Zeitungen haben gefragt, ob die umfangreiche Hilfe der USA in Anbetracht der Korruption in der Ukraine zu rechtfertigen sei. Prof. J. Sachs, der renommierteste Ökonom im Bereich der Transformationsdiskussion, hatte auf der Kiever Konferenz vom 7.-8. Juni 1996 darauf hingewiesen, daß die USA nur auf die Landkarte schauen müßten – und die Hilfe an die Ukraine stünde außer Zweifel.

Kürzlich hat Weltbankpräsident J.D. Wolfensohn einen Brief an Präsident Kuchma geschrieben, den man nur als eine Philippika von äußerster Schärfe ansehen kann.⁽³⁾ Formal geht es bei Brief und Erläuterungen um eine Kritik am schlechten Investitionsklima der Ukraine, d.h. an den Hindernissen für private ausländische Direktinvestitionen. *De facto* geht es um eine umfassende Kritik der Weltbank an der ukrainischen Wirtschaftspolitik und am langsamen institutionellen Wandel in der Ukraine. Wolfensohn kritisiert die Steuerbelastung, eine zu starke Gängelung des privaten Sektors durch die staatliche Bürokratie, staatliche Willkür im Binnen- und Außenhandel, eine sich ständig ändernde, auch rückwirkend geltende Steuergesetzgebung, eine allumfassende Korruption, das Unvermögen, Verträge einzuhalten und Vermögensrechte zu garantieren, eine ausufernde Kriminalität etc. Er verlangt grundlegend reformierte Steuer- und Sozialsysteme, eine Erneuerung der Außenhandelsgesetzgebung entsprechend den Standards der Welthandelsorganisation (WTO), eine kontinuierliche Vereinfachung des rechtlichen Rahmens für Privatunternehmertum, eine beschleunigte Privatisierung, eine Reform der staatlichen Administration, eine bessere Verbindung von Markt und Staat u.a.m.

Es verwundert die Schärfe der Kritik und die Tatsache, daß nicht darauf eingegangen wurde, daß die meisten dieser Phänomene in allen GUS-Staaten anzutreffen sind, nicht zuletzt in Rußland. Auch die Staaten Ostmitteleuropas sind nicht frei davon, wie die aktuelle Korruptionsdiskussion bezüglich Tschechiens zeigt.

Was die **Privatisierung** betrifft, gab es in Kiev eine "Intervention" von seiten der Vertreter der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der EU und des US-amerikanischen Botschafters (Brief vom 7. April 97 an Premier Lazarenko).⁽⁴⁾ In dem Brief wurde folgendes gefordert: Eine Beschleunigung und mehr Transparenz des Privatisierungsprozesses, die Reduzierung der Anzahl der von der Privatisierung ausgeschlossenen Unternehmen, die Verwendung von Kompensationszertifikaten (für durch Inflation entwertete Ersparnisse) im Rahmen der Massenprivatisierung u.a.m. Am 6. April 1997 erließ Präsident Kuchma ein Dekret, das auf die Beschleunigung des Privatisierungsprozesses zielt. Laut Premier Lazarenko soll die Privatisierung 1997 abgeschlossen sein. Zweifel sind angebracht.

Im **außenwirtschaftlichen Bereich** bleibt die Abhängigkeit von Rußland das zentrale Problem, d.h. die Abhängigkeit bei Erdöl und Erdgas. Schnelle Substitutionen der Energie aus Rußland durch andere Lieferländer – Anfang der 90er Jahre bestimmte diese Idee stärker die ukrainische Diskussion – sind nicht in Sicht, ebensowenig größere Energieersparnisse, obwohl letztere durch institutionellen Wandel (Entstaatlichung) und Wettbewerb, durch Preisanhebungen und Sanktionen bei Nichtzahlungen, durch technischen Fortschritt und Einbau von Meßgeräten u.a.m. grundsätzlich erzielbar sind. Zahlreiche westliche Beratergruppen, einschließlich der Weltbank, beschäftigen sich mit dem Thema 'Reformen im Energiesektor'. Bislang war der praktische Erfolg aber nur minimal.

Die Energieimporte fressen einen erheblichen Teil der ukrainischen Exporterlöse auf. Die dramatische Situation der Ukraine auf dem Energiesektor und entsprechend im Außenwirtschaftsbereich mögen einige Zahlen verdeutlichen. Bei hochentwickelten westlichen Industrieländern oszilliert die Relation 'Energieimporte: Warenexporte' um ca. 10 %. Japan hatte 1993 eine Relation von 14 %, Frankreich und Italien hatten 9 % und Westdeutschland 7 %. Die Vyshegrad-Staaten Polen und Ungarn liegen bei ungefähr 20 % und die GUS-Staaten in der Regel

noch um einiges darüber. Die Ukraine ist mit einer Zahl von 50 % einsamer Spitzenreiter.(5) Energieproduktivitäten sagen ebenfalls eine Menge aus. Während die Relation 'Bruttoinlandsprodukt: kg Öläquivalent' bei stärker importabhängigen westlichen Industriestaaten z.B. zwischen 5 und 9 liegt, beträgt sie in den GUS-Importländern ca. 0,5–1,0, in der Ukraine 0,5. Vergleicht man diese Produktivitätsrelation mit dem Indikator 'kg Öläquivalent pro Kopf', dann erhält man z.B. durch einen Vergleich zwischen Japan und der Ukraine einen guten Aufschluß darüber, in welchem Maße die ukrainische Gesamt- und Außenwirtschaft durch Energiekosten belastet ist. Bei ähnlichen Pro-Kopf-Werten (Japan 3.642 kg und die Ukraine 3.533 kg) ergibt sich bei der Produktivitätskennziffer für Japan 9,3 und für die Ukraine 0,5, d.h. eine Relation zwischen beiden Ländern von ungefähr 19.

In der Innenpolitik ist zunächst die Verabschiedung der Verfassung als wichtiger Teil der Etablierung einer neuen Staats- und Wirtschaftsordnung zu nennen. Man kann vielleicht anmerken, daß die Art und Weise, wie sich hier Exekutive und Legislative zu einem Konsens gefunden haben, beinahe ebenso wichtig ist wie die Buchstaben der Verfassung. Die Realität der Staatsordnung ist jedoch labil geblieben, wie der aktuelle Konflikt zwischen Parlament und Exekutive zeigt, bei dem es um diverse Reformgesetze und um die Verabschiedung des Haushaltes für 1997 geht. Ein weiterer Konfliktpunkt sind die Gegensätze zwischen Präsident Kuchma und Premier Lazarenko. Die Erwartungen von Kuchma selbst und anderen, daß die Herkunft Lazarenkos aus Dnepropetrovsk eine Art politischen Kitt für die Zusammenarbeit zwischen Kuchma und Lazarenko darstellen würde, waren wohl von Anfang an naiv. Inzwischen hat sich ein weiteres Mitglied des "Dnepropetrovsker Clans" in Kiev etabliert. Der Bankier Tigipko, bislang Vorstandsvorsitzender der "Privatbank" in Dnepropetrovsk, der größten privaten Bank der Ukraine, wurde 1. stellvertretender Ministerpräsident. Er ist ein Mann ohne nennenswerte politische Erfahrung.

Erwähnenswert ist m.E. die massive Kritik, die Dmitrij Tabachnik, der ehemalige Leiter der Administration des Präsidenten, am "Clan-Monopolismus" übt, nämlich daran, daß Personen aus Dnepropetrovsk seit Mitte der 70er Jahre sehr viele politische und wirtschaftliche Schlüsselpositionen in der Ukraine innehatten und -haben.(6) Ein starker regionaler Clan mache ein starkes Zentrum unmöglich und rufe nur ähnliche Ambitionen bei anderen Regionen hervor, sogar bei relativ kleinen. Der "Clan-Monopolismus", der sich aus der Politik in die Ökonomie ausbreite, zerstöre nicht nur die Ökonomie, sondern auch den Staat selbst. Gruppenbildungen in der Politik und Monopole in der Ökonomie bedingten sich wechselseitig.

Die Wirtschaft ist weiterhin bestimmt durch Wachstumsrückgang. Die wirtschaftliche Talfahrt der Ukraine begann schon im Jahre 1990. Bezogen auf 1989 betragen die Indizes des Bruttoinlandsprodukts und des Nationaleinkommens 1990 jeweils 97,6 und 96,4. Nach sieben mageren Jahren, d.h. Jahren mit zurückgehendem Bruttoinlandsprodukt, wurde für 1997 ein geringes Wachstum prognostiziert. Die extrem schlechte Entwicklung der ersten Monate des Jahres 1997 läßt die Realisierung dieser Vorhersage aber kaum zu. Für die ersten vier Monate gibt es Schätzungen von minus 7 % beim Bruttoinlandsprodukt und minus 6 % bei der Industrieproduktion, bezogen auf die entsprechende Vorjahreszeit.

Im September 1996 erfolgte ein wichtiger Schritt beim Aufbau des neuen ukrainischen Institutionensystems. Die neue **Währungseinheit Hryvna**, deren Einführung seit Jahren immer wieder angekündigt worden war, löste das Provisorium Karbovanec ab. Wie früher gab es auch diesmal wieder viele Gegenmeinungen. Regierung und Zentralbank sahen in der niedrigen Inflationsrate eine gute Voraussetzung für die Einführung. Gefährdungen für die Hryvna bringen: eine Latenz monetärer Instabilität (s.u.), kaum begonnene realwirtschaftliche Reformen (auf strukturellen Wandel und Wachstum ausgerichtet), sehr kleine Devisenreserven u.a.m. Einem Symbol bzw. einer Entwicklung zu einer 'Institution Hryvna' steht u.a. "sowjetisches Denken" im Wege. Notenbankpräsident V. Jushchenko und Vertreter ukrainischer Geschäftsbanken haben am 6. Mai 1997 gemeinsam gefordert, daß eine Propaganda-Kampagne der despektierlichen Bezeichnung der Hryvna als "Rubel" ein Ende setzen müsse.

Geldpolitik steht nicht nur im Zentrum der "monetären Stabilitätspolitik" sondern auch im Zentrum der gesamten Wirtschaftspolitik. Das zeigt den Einfluß des Internationalen Währungsfonds. Auch nach erfolgreicher Antiinflationpolitik bleibt dies so. Die Jahresinflationsrate sank von einem Preisindex der Verbraucherpreise von 10.000 im Jahre 1993 (Dez. 1993: Dez. 1992) auf einen Index von 140 im Jahre 1996. Und von dieser 40prozentigen Inflationsrate entfiel noch ungefähr die Hälfte auf administrative Preiserhöhungen. Die Marktkomponente der Inflation hat sich also ostmitteleuropäischen Dimensionen genähert. Dennoch bleibt die Geldwertstabilität, d.h. die weitere Reduktion von Inflation, oberstes Ziel. Wachstum und Beschäftigung haben noch nicht den gleichen Zielrang erreicht. Die Vernachlässigung von Wachstum wurde auf der Konferenz im Juni 1996 in Kiev sogar von dem Mann kritisiert, der bei Gegnern der bisherigen Transformationspolitik als Topmonetarist "verschrien" ist: von Prof. J. Sachs (Harvard-Universität). Er argumentierte allerdings rein bezogen auf eine Steuerentlastung der Unternehmen ("der Staat solle die Hände aus den Taschen der Bürger nehmen") und nicht bezogen auf unmittelbare staatliche Wachstumsanreize, z.B. investitionspolitischer Art. Läßt man einmal die Frage offen, wieviel eine Steuerentlastung an Wachstum bringen würde, könnte man einwenden, daß die Relation 'Staatliche Einnahmen: Bruttoinlandsprodukt' so gierige Hände des Staates nicht erkennen läßt. Die Relation (rund 35 %) liegt deutlich unter den Relationen der Vyshegrad-Staaten (rund 50 %). Im übrigen greifen eher einzelne "Vertreter" des Staates und der Wirtschaft in die Taschen der großen Mehrheit der Bürger. Ein korrekter Aspekt des Bildes 'eines in die Taschen greifenden Staates' ist die Tatsache, daß der große Umfang von Steuerflucht und Schattenwirtschaft sowie Schwächen beim System der Steuereinzahlung und andere Faktoren die Belastung beim verbleibenden Teil der Steuerzahler extrem in die Höhe treiben, so daß auch in der Ukraine – wie in westlichen Ländern – eine Politik der Reduktion der Steuersätze verbunden mit der Verbreiterung der Steuerbasis (Erhöhung der Zahl der Steuersubjekte) angestrebt wird.

Die Ukraine steht immensen **Haushaltsproblemen** gegenüber. Die Einnahmen sinken weiter und die Relation 'Einnahmen: Bruttoinlandsprodukt' geht in der Tendenz auch zurück. Dr. U. Thießen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) plädierte auf dem Workshop am 5. Juni 97 für eine weitere Absenkung der Relation. Prof. A. Aslund (Soros-Gruppe) ist sogar für eine Relation von 15–20 %. Dr. H. Clement (Osteuropa-Institut München) widersprach dem entschieden, denn er geht von einem dezidierten staatlichen Investitionsbedarf der nächsten Jahre aus. Bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gibt es gegenwärtig nur einen dynamischen Faktor, den Export. Privater Konsum, private und staatliche Investitionen, d.h. drei Makroblöcke, "lahmen". Daher wird es bei den Investitionen in den nächsten Jahren nicht nur ausländischer Investitionen, sondern auch staatlicher bedürfen. Reflex der großen Haushaltsprobleme ist die Tatsache, daß das Budget 1997 Mitte Juni immer noch nicht verabschiedet war. Juni 1997 war eigentlich als *ultimo ultimum* angesehen worden.

Die "Abgabenquote" für die Unternehmen wächst noch durch vielfältige Schmiergelder an Staats-"Diener", ermöglicht auch durch eine Inflation von Lizensierungen bei Geschäftsaufnahmen oder anderen Anlässen. Dazu kommen dann noch Schutzgelder. Ein Politikelement besteht daher in dem Ziel, die Zahl der Lizensierungen zu reduzieren.

Reflex der immens hohen Abgabenbelastung(en) ist die Tatsache, daß die Ukraine eine extrem hohe **Schattenwirtschaft** hat. Die Wirtschaftspolitik versucht diese Schattenwirtschaft zurückzudrängen. Dazu bedarf es jedoch einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Die Erwartung einiger ukrainischer und westlicher Politiker und Wissenschaftler, daß eine Reduktion der Steuerbelastung schon eine erhebliche Reduktion der Schattenwirtschaft bringen würde, dürfte allzu optimistisch sein. Erstens sind die wirtschaftsethischen Grundlagen nicht so schnell repariert, wie sie zerstört worden sind. Zweitens kommt es nicht nur auf Steuerentlastung an, sondern auch auf ein Wachsen des Vertrauens in die staatliche Wirtschaftspolitik. Es sei an die Philippika von Wolfensohn erinnert. Drittens stellen Steuern eben nur einen Teil der gesamten "Abgabenquote" dar (s.o.). Eine Legalisierung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten gibt "stillen Teilhabern" besseren Einblick in die Situation der jeweiligen Unternehmung und weckt unter Umständen noch größere Begehrlichkeit.

Ein großer Mangel der ukrainischen Wirtschaftspolitik liegt in der geringen Qualität der Prognosen der Wirtschaftsentwicklung. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Haushalt 1997 wird immer wieder die Schädlichkeit der in der Vergangenheit zu optimistischen Prognosen für das gesamtwirtschaftliche Procedere herausgestrichen. In allen Jahren seit 1991 gab es erhebliche Differenzen zwischen Programm und Ist-Zustand bei den zentralen Wirtschafts-Indikatoren Bruttoinlandsprodukt, Industrie- und Agrarproduktion und vor allem bei der Konsumgüterproduktion.(7) Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm 1996 um ca. 10 % ab. Prognostiziert war ein Minus von nur 1,0. Die entsprechenden Differenzen bei der Konsumgüterproduktion betragen 1995 16,3 % und 1996 (bezogen auf die Werte Januar bis Juli) 16,6 %. Für 1997 wurde ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1–2 % erwartet. Es wird aber auf jeden Fall noch einmal ein stärkeres Minus geben. Wachstum wird jetzt auf 1998 verschoben. Zwar bekommt die "offizielle" Wirtschaft Unterstützung vom Wachstum der Schattenwirtschaft, d.h. sie schafft Arbeitsplätze und Einkommen und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verbessert sich de facto, Negative sind aber die Illegalität des Schattensektors, das Nichtzahlen von Steuern, schwache Investitions- und Innovationstätigkeit, Probleme arbeitsrechtlicher Art. etc. Ein Jubel über die "echte Marktwirtschaft" des Schattensektors ist nicht angebracht. Diesen Jubel hörte man auch bei uns – im Hinblick auf Schattenaktivitäten unserer Wirtschaft – früher von Zeit zu Zeit.

Eine Grundsatzfrage ist der ökonomische Nutzen von **Importen** in Relation zu Eigenaktivitäten bzw. die Substitution von Importen durch eigene Produktion, eigene Dienstleistungen und eigene Kapitalaufbringung. Der Kapitalbedarf für Infrastruktur- und Produktionsinvestitionen in der Ukraine ist enorm hoch. Quantitative Größen, die von Zeit zu Zeit in der Literatur zu finden sind, sind eher mit Vorsicht zu genießen. Tatsache ist, daß die seit der Unabhängigkeit zugeflossenen Direktinvestitionen nur ca. 1,4 Mrd. US-\$ ausmachen. Sie sind also – gemessen am Kapitalbedarf und gemessen an dem, was anderen Transformationsländern zugeflossen ist – eher Rinnsale. Was den Ersatz von Importgütern durch Eigenproduktion anbetrifft, ist die Mehrheit westlicher Berater eher ablehnend. Wenn aber dann noch Abwertung als Form der Exportförderung und Importbegrenzung abgelehnt wird, ist nicht klar, wie die ukrainische Verarbeitungsindustrie wieder Fuß fassen soll und die energieintensiven "Rohstoffindustrien" zurückgedrängt werden sollen. Bis heute krankt die ukrainische Industriestruktur daran, daß das energiearme Land übermäßig energieintensiv produziert, bezogen auf die Branchenstruktur und die einzelne Unternehmung.

Abschließend sei kurz die Frage thematisiert – eher als Exkurs zu sehen –, wie der Nutzen verschiedener Elemente von **Auslandshilfe** zu bewerten ist. Hier geht es um Arten von technischer Hilfe, um Arten von *consulting*, um die Frage der Aufteilung des *funding* in Sachkapital und Humankapital etc. Es gibt eine Diskussion '*consulting versus funding*'. Direktor W. Roth von der Europäischen Investitionsbank plädiert für einen höheren Anteil von *funding*, der deutsche Staatssekretär a.D. Kittel ("Mr. Transform") antwortet mit der Polemik, ob Roth Osteuropa mit Infrastrukturinvestitionen zubetonieren wolle. Im Hinblick auf Hilfen der alten an die neuen Bundesländer haben wir z.Z. die Forderung, daß Beratung in Relation zu Investitionen eine größere Rolle spielen müsse. Bezogen auf die GUS-Staaten gibt es m.E. eher die berechnete umgekehrte Forderung, daß mehr für *funding* getan werden müsse, u.a. im Bildungsbereich. Mehr *funding* der Bundesrepublik in der Ukraine, d.h. mehr deutsche Bildungsinvestitionen sind ebenso Zukunftsinvestitionen wie ein qualifiziertes *consulting*. Ich habe das Argument, daß mehr für die Bildung in der Ukraine getan werden müsse, bei verschiedenen Anlässen gehört, u.a. bei einem Round-Table-Gespräch im Weltbankbüro in Kiev (Juni 1996), wo eine Quintessenz der Diskussion in der Aufforderung bestand, daß das Ausland durch Stipendien mehr für den Abbau des ukrainischen Juristendefizits tun sollte.

Eine kurze abschließende Bewertung könnte m.E. wie folgt aussehen: die "monetäre Stabilisierung" ist dem realwirtschaftlichen Prozeß und dem institutionellen Wandel weit vorausgeeilt. Der Begriff "monetäre Stabilisierung" ist per se problematisch, weil "Stabilität" eigentlich nicht segmentiert werden kann. Noch problematischer ist die Verwendung des Begriffs "makroökonomische Stabilität". Hier wird einfach der Faktor Beschäftigung, d.h. die hohe Arbeitslosigkeit in der

Ukraine, ausgeblendet. Und selbst die sogenannte "monetäre Stabilität" birgt latente Instabilität. 20 % Inflation in Polen sind etwas völlig anderes als 20 % in der Ukraine. Entscheidend für nachhaltige Reformen in der ukrainischen Wirtschaft, die Wachstum implizieren würden, wäre vor allem ein Ende des politischen Machtkampfes im "Zentrum". Dieser und der de facto schon eingeleitete Wahlkampf paralisieren die Ökonomie.

Anmerkungen:

- 1) Lutz Hoffmann u. Axel Siedenberg (Hrsg): Aufbruch in die Marktwirtschaft – Reformen in der Ukraine von innen betrachtet, Frankfurt/New York 1997 (Campus-Verlag).
- 2) Siehe G. Gnauck, Töchterchen Rußland, achte deine Mutter, die Ukraine, in: FAZ 31.05.1997.
- 3) Vgl. die Kiever Wochenzeitung Biznes, 1.04.1997.
- 4) Vgl. Kyiv Post, May 15–21, 1997.
- 5) Siehe Chr. v. Hirschhausen et.al. in: Aufbruch in die Marktwirtschaft, a.a.O., S.147. – Ca. 50% der Export-Erlöse sind z.Z. für Energie-Importe aufzuwenden.
- 6) Siehe D. Tabachnik, Klanovyj monopolizm vedet k razrusheniju gosudarstva, in: Region, 12.04.1997.
- 7) Vgl.: Ci ne nastupimo zнову na grabli, Golos Ukrainy, 17.09.1996.

Dr. Gramatzki ist Mitarbeiter des OEI. Er war 1993 und 1994 Gastdozent an der Kiever Taras-Ševchenko-Universität. Er wird diese Tätigkeit im Herbst 1997 fortsetzen und auch an der Diplomatischen Akademie der Ukraine lesen.

Moskau auf dem Weg zur Global City?

von Sebastian Lentz, Mannheim

Es ist schwer, sich Moskau unbefangen zu nähern und im täglichen Umgang mit und in dieser Stadt nicht Emotionen und Urteile zu entwickeln, die ein wissenschaftlich unabhängiges Urteil trüben würden. Die "Dauergäste" in der Stadt, die ausländischen Geschäftsleute und Journalisten, pflegen, wenn sie sich dieser Stadt wirklich aussetzen, statt sich in Ausländerghettos einzuigeln, meist eine Art Haßliebe zu Moskau. Obwohl es ständig leichter wird, sich in Moskau zurechtzufinden, mißt man doch an westlichen Maßstäben, wie man sich orientieren, versorgen, gut leben kann – und es wird teurer. In manchen Bereichen der Innenstadt braucht Moskau bereits heute bezüglich des Waren- und Dienstleistungsangebots und der Kundschaft den Vergleich mit anderen Weltstädten wie Paris oder New York nicht zu scheuen. Moskau verändert sich, was seine Geschäftswelt angeht, mit einer ungeheuren Energie und mit großer Geschwindigkeit. Das hängt nicht nur mit dem optischen Herausputzen zur 850-Jahr-Feier zusammen, sondern ist in viel stärkerem Maße Ausdruck des Umbaus der Gesellschaft zu einem teilweise hemmungslosen Kapitalismus. In diesem Prozeß hält die Stadt ihre führende Rolle gegenüber dem restlichen Rußland nicht nur, sondern baut sie noch weiter aus.

In einem Forschungsprojekt mit dem Ziel der Habilitation im Fach Geographie befaße ich mich mit dem Wandel der Moskauer Stadtstruktur im städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozioökonomischen Bereich.(1)

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel hin zu einem wie auch immer gearteten marktwirtschaftlichen System führt zu einer Neubewertung von städtischem Grund und Boden nach dem Prinzip, eine Lage-Rente zu erwirtschaften. Auch wenn Moskau keine Gründungsstadt des Sozialismus ist, in der die aus ideologischen Schriften abgeleiteten Gestaltungsprinzipien direkt auf das Reißbrett und von dort auf die Baustelle übertragen wurden, so finden sich in seiner Stadtstruktur dennoch sehr viele Elemente, deren Standort und Funktion nur durch nichtökonomische Motive in der Stadtplanung erklärt werden können. Der "rent-gap-theory" (Smith 1979) entsprechend, erfahren diese Elemente in der derzeitigen Phase des Umbaus der Stadt

die größten Veränderungen. Das Endergebnis wird eine viel stärker als bisher an ökonomischen Kriterien ausgerichtete Verteilung von Standorten und Standortfunktionen sein. Die Akteure dieser Bewertung und Neuverteilung sind sowohl die lokalen Planungsbehörden wie auch nationale und internationale Investoren, und je höher die Renditeerwartungen aus Immobilien sind, desto schneller, oft aber auch rücksichtsloser gestaltet sich der Umbau der Stadt.

Eine solche Sichtweise versteht die Raumstruktur als Resultierende aus den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Als zugehörige Arbeitshypothesen lassen sich z.B. folgende formulieren:

- Die Kapitalisierung des Bodens führt dazu, daß die Stadtstruktur ihre historisch-kulturellen Eigenheiten zugunsten einer global stereotypen Struktur verliert (*multilinear convergence hypothesis*).
- Die wirtschaftliche Steuerzentrale Moskau entwickelt einen solchen Nachholbedarf an Gewerberäumen und Büroflächen, daß neue Standorte für diese Funktionen im Stadtraum gefunden werden müssen. Vor allem Standortkonzentrationen des quartären Sektors (Informationsgewinnung und -vermittlung) werden sich neu bilden.
- Die Wohnbevölkerung wird ebenso wie die Wirtschaftsunternehmen schärfere Standortimages ausbilden und sich nach ihren sozioökonomischen Profilen segregieren.

Eine andere Sichtweise betrachtet den Raum als Konstituierende für neue Raumstrukturen, d.h. im Extremfall: Die Antworten auf alle Umgestaltungsprozesse innerhalb eines Raumes finden sich ausschließlich in den Rahmenbedingungen, die der Raum als gebaute Wirklichkeit und als mentales Konstrukt seiner Bewohner sowie der Planer und Investoren (*mental maps*) implizit selbst vorgibt. Als Hypothesen dieses Ansatzes lassen sich formulieren:

- Die Kapitalisierung des Bodens führt in Moskau zurück zu alten, vorsozialistischen Stadtstrukturen; traditionelle Wirtschaftsstandorte des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jh. werden wiederbelebt, auch wenn sie rational bewertet suboptimal sind.
- Die künftige Entwicklung von Standorten innerhalb des Stadtraums wird nicht nur von ökonomisch objektiven, "harten" Standortfaktoren beeinflusst werden (z.B. Verkehrsanschlüsse, Boden- und Mietpreise), sondern ebenso von *images*, die als subjektive, "weiche" Standortfaktoren wirken (z.B. bereits bestehende Architektur, Status von benachbarten Wohngebieten).
- Das Unbehagen der Stadtbewohner und Stadtpolitiker bezüglich einer uniformen, der eigenen Kultur fremden Entwicklung äußert sich in der Suche nach einem Entwicklungsweg, der stärker als bisher autochthone Elemente berücksichtigt und sie mit aufnimmt. Postindustrielle Architektur und Stadtplanung sind Ergebnisse dieses Bedürfnisses nach identitätsstiftender Raumgestaltung, die sich bewußt gegen anonyme, weltweite Stereotype wendet.

Eine Synthese der beiden konträren Sichtweisen produziert wie so oft die Ergebnisse mit den größten Erklärungseffekten. Nach den bisherigen Erkenntnissen liegen in Moskau Prozesse vor, die sowohl die Reaktivierung traditioneller, räumlich vorgegebener Standorte bestätigen, als auch solche, die zu völlig neuen, von traditionellen Standorten unabhängigen Strukturen führen. Dabei kann man festhalten, daß in einer Zeit der Neuorientierung, in der die Unsicherheit der Investoren am größten ist, traditionelle Standorte gewählt werden, während zunehmende Kenntnis des Raums, aber auch wirtschaftliche Konjunktur dazu führen, daß zusätzlich neue Standorte geschaffen und angenommen werden. Die Allokationsmechanismen der Wirtschaftsunternehmen, die nun ihrerseits Standorte sehr bewußt in bezug auf ihre Standortfaktoren hin analysieren und sie wählen, sind in den letzten beiden Jahren differenzierter geworden. Gleiches gilt für die Wohnstandortwahl der Stadtbewohner.

Diese Vorgänge analysiere ich auf der Mesoebene (Stadtteile, statistische Bezirke) oder auf der

Mikroebene (Baublocks, Parzellen, Haushalte), was für Moskau insofern neu ist, als in der Sowjetzeit wissenschaftliche Untersuchungen auf diesem räumlichen Niveau praktisch undurchführbar waren, da Daten und Kartengrundlagen nicht erhältlich waren. Heute hat sich diesbezüglich zwar schon einiges, aber bei weitem noch nicht so viel, wie wünschenswert wäre, geändert. In Zusammenarbeit mit Kollegen von der Abteilung Geographie der Akademie der Wissenschaften in Moskau und von der Geographischen Fakultät der Universität Moskau habe ich in den letzten Monaten zahlreiche Kontakte zu Fachleuten der Planung und der Immobilienbranche geknüpft. Daneben dienen mir eigene Kartierungen der Gebäudenutzung und des Bauzustands zur Analyse der Prozesse. Dazu kommen folgende Methoden und Arbeitstechniken: Auswertung der amtlichen, meist unveröffentlichten Statistiken (sozioökonomische Daten sowie Daten über Wohnungs- und Gebäudebestand) auf der Ebene der Mikrorayons und der Stadtbezirke; kleinräumige Kartierungen zum Gebäudezustand, Beobachtungen des Baugeschehens und zur Gebäudenutzung auf Stadtteilebene; Auswertung von Immobilienanzeigen mit Hilfe von Geographischen Informationssystemen (GIS); Modellbildung auf der Mikro- und Mesoebene durch Überführung von Vektor- in Raster-GI-Systeme oder 3D-Oberflächen (Pseudo-Digitale Geländemodelle).

Als Beispiel für ein Ergebnis dieser Arbeiten sei folgende Abbildung vorgestellt, die zeigt, daß in Moskau innerhalb des Gartenrings zwar so etwas wie eine City entsteht, aber gleichzeitig durch die baulichen Blockaden aus der sowjetischen Zeit die Geschäftsstadt räumlich derzeit nicht so zusammenwachsen kann, wie dies in westlichen Städten der Fall ist.

Während die reaktivierten Standorte, wie die Citybildung auf der *Tverskaja ulica* oder die flächenhafte Sanierung und Rekonstruktion in *Kitaj Gorod* gut zu den Modellen der Rückführung des Modells der sozialistischen Stadt auf die Entwicklungslinie der postindustriellen kapitalistischen Stadt passen, fehlt es für die neuen Standorte noch an modellhaften Erklärungen. Es deutet sich an, daß hier Stadtstrukturen entstehen, die einerseits dem klassischen *multi-nuclei*-Modell entsprechen, was allerdings auf Grund der sehr jungen Prozesse auch nur ein Durchgangsstadium sein könnte. Es läßt sich aber bereits ablesen, daß die bevorzugten Entwicklungszonen der Stadt, und zwar sowohl was die wirtschaftliche Entwicklung als auch die Wohnungsnutzung betrifft, ein Südwest- und ein Nordwestsektor sein werden. Dagegen fallen die anderen Sektoren der Stadt, die häufig durch großflächige Industriebetriebe geprägt sind, deutlich ab.

Diese Entwicklung wird auf der Ebene der Gesamtstadt zu einer polarisierten Stadt führen, und zwar nicht nur in sozialer, sondern auch in räumlicher Hinsicht, da Segregationsprozesse bereits jetzt deutlich zu erkennen sind. Auf der Ebene der einzelnen Stadtteile findet man dagegen eine Wiederholung des gesamtstädtischen Zentrum-Peripherie-Musters, das sich in einer eindeutigen Bevorzugung der zentralen Metrostandorte nicht nur durch den Einzelhandel und die Dienstleistungseinrichtungen, sondern auch durch den Wohnungsmarkt (Miet- und Kaufpreise für Wohnungen) äußert.

Der Begriff "*Global City*" umfaßt zunächst die wirtschaftlichen Verflechtungen und die weltweit agierenden Unternehmen einer Stadt, die durch ihre stereotypen Standortanforderungen sowie durch ihre nachgelagerten Dienstleistungen für Stadtstrukturen sorgen, die sich weltweit immer ähnlicher werden. Die Globalisierung der Wirtschaft, die vor Moskau nicht nur nicht Halt macht, sondern sich hier teilweise mit Vehemenz über traditionelle Strukturen und Verhaltensweisen hinwegsetzt, führt auch in sozialer Hinsicht zu Strukturen, die sich weltweit immer ähnlicher sehen: Die Großstädte Westeuropas und Nordamerikas oder Japans prägen heute nur noch die *images* von Weltstädten. Rein quantitativ gesehen sind es dagegen die Millionenstädte Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, die die Maßstäbe dafür setzen, was an sozialen und Umweltproblemen eigentlich das Normale und der weltweite Durchschnitt ist. Es gibt genügend Anlaß zu der Vermutung, daß Moskau mit der Polarisierung seiner Gesellschaft auf dem besten Weg ist hin zu einer Metropole der Dritten Welt.

Anmerkungen:

1) Hinweis: Teilergebnisse der Forschungen zur räumlich-wirtschaftlichen Stadtentwicklung Moskaus erscheinen in der Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 2/3, 1997.

Der Autor ist Wissenschaftlicher Assistent am Geographischen Institut der Universität Mannheim.

*Korrespondenzadresse: Geographisches Institut, Universität Mannheim, 68163 Mannheim,
Tel. 0621/292-2546, Fax. 0621/292-3321;
[e-mail](#)*

Forum

Was heißt Ideologie im heutigen Rußland? Oder: Hat der Liberalismus eine Chance?

Thesen zum Vortrag im politischen Klub „Strategie“ am 20.03.97 in St. Petersburg (1)

von V. A. Gutorov, St. Petersburg

- Die gegenwärtige ideologische Situation in Rußland muß unter dem Aspekt des Phänomens des Posttotalitarismus betrachtet werden. Für das postkommunistische Entwicklungsstadium ist die Verknüpfung zweier sozialer Mythen charakteristisch: des Mythos der totalen Entideologisierung und des Mythos der Freiheit. Innerhalb des westlichen Wertesystems werden beide Mythen gewöhnlich mit der liberalen Tradition in Verbindung gebracht.
- Die Spezifik des westlichen Liberalismus besteht darin, daß ökonomische und politische Institutionen, die den zeitgenössischen liberalen (ebenso wie den konservativen) Werten zugrunde liegen, entweder als Resultat einer langwierigen Evolution von Rechtsnormen und Kapitalismus (angelsächsische Tradition) oder als Folge einer allmählichen Überwindung revolutionärer Experimente und einer sich anschließenden, häufig überaus widersprüchlichen Transformation der liberalen Institutionen (Frankreich, Italien, Deutschland) entstanden sind.
- Die evolutionäre Phase der Entstehung liberaler Institutionen in Rußland, die, wie in Westeuropa, von einer Konfrontation mit dem Traditionalismus und verschiedenen Sozialismusvarianten begleitet war, endete 1917 mit dem völligen Zusammenbruch des Projektes einer gesellschaftlichen Umgestaltung auf der Grundlage des konstitutionellen Liberalismus. Es begann eine Periode totaler Ideologisierung (Ideokratie), des Staats- und Führerkultes, des Parteimonopolismus und Voluntarismus. Trotz des offensichtlichen Gegensatzes zwischen kommunistischer Staatlichkeit und Ideologie auf der einen Seite und dem vorangegangenen monarchistischen System auf der anderen Seite kann von einem vollständigen Traditionsbruch nicht die Rede sein: der quasireligiöse Charakter der kommunistischen Ideologie, verbunden mit autoritären Regierungsformen, entsprach vollkommen den psychologischen Stereotypen der Masse der Bevölkerung, die sich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet hatten.
- Die Krise des Kommunismus, die mit Beginn der "Perestrojka" offensichtlich wurde, deckte den deutlich ausgeprägten zyklischen Charakter der russischen Geschichte auf. In gewissem Sinne kehrte das Land zur Situation am Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Die Konkurrenz der Eliten innerhalb der traditionellen Nomenklatura, die zahlreiche marginale Kräfte in den politischen Prozeß einbezieht, findet ihre Entsprechung im Kampf der drei grundlegenden

ideologischen Bewegungen: des Quasiliberalismus, des Sozialismus und des Nationalismus. Die Realisierung des liberalen Projektes, das auf Antikommunismus und monetaristischen Ideen der unverzüglichen Einführung der Marktwirtschaft und des Systems der liberalen Demokratie basiert, verwandelte sich letzten Endes in eines der üblichen sozialen Experimente, dessen Auswirkungen katastrophal sind. Dies hat zur Folge, daß sich der aufgrund der jahrzehntelangen Alleinherrschaft der KPdSU diskreditierte Sozialismus gewisse Chancen für einen zweiten Anlauf ausrechnen kann, wenn es ihm gelingt, die gewaltigen Energien des Protestes zu mobilisieren und ein Programm zur Rettung des Landes vor der unvermeidlichen Katastrophe vorzuschlagen. Der russische Nationalismus, der lange Zeit in die internationalistisch-kommunistische, imperiale Staatlichkeit eingekapselt war, kann von zwei miteinander konkurrierenden Eliten ausgenutzt werden, könnte aber auch eine völlig eigenständige Rolle spielen. Ob er diese selbständige Rolle tatsächlich spielen wird, hängt in nicht unerheblichem Maße von der Unfähigkeit der Ultraliberalen ab, dem wachsenden Nationalismus der kleinen Völker zu widerstehen (so war es auch im Jahre 1917); einem Nationalismus, der die Gefahr des weiteren Zerfalls Rußlands nach dem Zusammenbruch der UdSSR infolge analoger Ursachen heraufbeschwört.

- Bei aller scheinbaren Verschiedenartigkeit der ideologischen Alternativen sind sie doch alle direkte Erben des Bolschewismus. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wird eine solche Kontinuität von drei wichtigen Momenten determiniert – unabhängig von den jeweiligen ideellen (philosophischen) Grundlagen gleichen sich die Nachfolgeideologien in drei Punkten: a) sie erfüllen eine identische praktische Funktion, indem sie danach streben, ein bestimmtes gesellschaftliches Niveau der Kooperation und des Wohlstandes ihrer Anhänger zu garantieren; b) moralischer Radikalismus und Utopismus bei der Begründung ihrer gesellschaftlichen Ideale prägen ihren Charakter, und c) sie weisen die gleichen psychologischen Komponenten auf, die mit Besonderheiten des Nationalcharakters und der politischen Kultur zusammenhängen – Extremismus und Konservatismus, Katastrophenstimmungen und Polarität des Bewußtseins, die Empfänglichkeit für politische Losungen, denen eschatologische Prophezeiungen und Chimären zugrunde liegen.
- Die negativen Tendenzen des Massenbewußtseins treten meist als Reaktion auf den Extremismus der ideologischen Projekte und der politischen Programme in Erscheinung (auf das sozialistische im Jahre 1917, auf das ultraliberale in den Jahren 1991–1992). Deren Schöpfer orientieren sich am revolutionären Weg der Lösung ökonomischer und sozialer Probleme und nutzen all diese Tendenzen zur Legitimierung ihrer politischen Herrschaft aus.
- Beliebige Varianten der wissenschaftlichen Analyse (dazu gehören auch Prognosen, die auf den Ergebnissen soziologischer Untersuchungen basieren) können ohne Berücksichtigung der oben erwähnten Komponenten letzten Endes die Realität nur verschleiern, wobei sie die Rolle pseudo-wissenschaftlicher Anhängsel zeitgenössischer Ideologien spielen.
- Eine der Varianten zur Überwindung dieser Tendenzen könnte die Institutionalisierung eines pragmatischen Projektes sein, das auf der Verbindung von liberalen und sozialistischen Werten basiert (vergleichbar etwa dem Konzept des Rechts- und Sozialstaates in den westlichen Ländern), wobei die Besonderheiten der russischen Tradition und Mentalität berücksichtigt werden müßten.

Anmerkungen:

1) Anm. d. Red.: Die von Gutorov vorgetragenen Thesen wurden im Klub sehr kontrovers diskutiert.

(Aus dem Russ. von Annett Jubara)

V. A. Gutorov ist Lehrstuhlinhaber für Politologie an der Philosophischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg; von russischer Seite Leiter des gemeinsamen Forschungsprojekts "Rußland als Sonderfall postsozialistischer Transformation" zusammen mit PD Dr. K. Mänicke-Gyöngyösi (Osteuropa-Institut) im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der FU Berlin und der Univ. St. Petersburg.

Geschichtsbilder

Die Macht der nationalen Symbole und die Renaissance der slowakischen Staatlichkeit

von Silvia Mihalikova, Bratislava

Symbolische Politik in den Übergangsgesellschaften

Einige Gesellschaften und Kulturen legen mehr Wert auf die Ausübung und Festigung ihrer Rituale, Mythen und Traditionen als andere. Heute sind fast alle Länder Mitteleuropas geradezu davon besessen, die Zusammenhänge der eigenen Geschichte, die verschiedenartigsten Interpretationen einzelner historischer Persönlichkeiten, Ereignisse und Traditionen aufzuspüren. Es wurde modern, nach demokratischen Traditionen bzw. ihrem Fehlen in der Geschichte zu suchen, um einen neu erfundenen mythischen Rahmen für die aktuelle Entwicklung nationalstaatlicher Gesellschaften zu schaffen. Die systematische Rückkehr in die eigene Vergangenheit oder auch in jene der benachbarten Länder, ja der ganzen menschlichen Zivilisation bestimmt nicht nur sozialwissenschaftliche Diskussionen, sondern beschäftigt auch Massenmedien, Arbeitskollegen, Kneipenbesucher und Schüler. Man kann G. Konrád nur zustimmen, daß „(...) wir Mitteleuropäer uns viel häufiger auf die Vergangenheit berufen (...) als, sagen wir, Amerikaner (...). Wir kämpfen mit Jahrtausenden, narkotisieren uns mit der Zeit (...). Hier kann kein Mensch Politiker werden, der sich nicht mit Geschichte brüsten kann.“¹

Bei der Wahl der Argumente aus der Geschichte fällt auf, daß die Chronologie fast keine Rolle spielt. Man könnte von einer *Horizontalverschiebung der Geschichte* sprechen. Vermutetes oder vor Jahrhunderten tatsächlich begangenes Unrecht wird neben neues „Unrecht“ der jüngsten Geschichte gestellt, gibt Anlaß zu neuen Mißverständnissen, ja sogar Haß. Diese Parallelisierung von Ereignissen ohne Rücksicht auf Zeit, Raum und Beteiligte begünstigt die in einer zivilisierten Gesellschaft unannehmbare Form der Konfliktlösung nach dem biblischen Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“.

Vergangenheitsbewältigung als Polarisierung

Bedeutende Gestalten und Ereignisse der Geschichte eines Volkes verdichten sich mit fortschreitender Zeit zu Symbolen, die das Verbindende und Trennende seiner Angehörigen verkörpern. Welcher Aspekt ausgewählt wird, hängt vom Blickwinkel ab, von den Werten und Idealen, zu denen sich die gesamte Gesellschaft oder wichtige Teilgruppen bekennen. In der Slowakei waren nach 1989 die verschiedenen Interpretationen der eigenen Vergangenheit nicht nur Ursache einer Polarisierung, sondern auch der Spaltung der ganzen Gesellschaft.

Unmittelbar nach dem Fall des kommunistischen Regimes war es fast allen klar, daß nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit von ihrem „Fluch“ befreit werden muß. Dies bedeutete die Enttabuisierung bestimmter Persönlichkeiten und Zeitabschnitte der Geschichte, sowohl im Rahmen des öffentlichen Diskurses als auch in den Schulbüchern. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit war eine natürliche Reaktion auf die mehr als vier Jahrzehnte dauernde offizielle Geschichtsauslegung im Sinne der kommunistischen Ideologie, die einerseits die Existenz bestimmter Persönlichkeiten ganz verschwiegen oder ihre Biographien nur verzerrt wiedergab und

andererseits selbst neue Ge-schichtsmymen schuf. Infolge der vorangegangenen gründlichen *Gehirnwäsche* existierte ein gewisses Vakuum im historischen Gedächtnis bei einem großen Teil der Bevölkerung, das nicht nur einen unverstellten Blick auf sogenannte "weiße Flecken" einforderte, sondern selbst einen Nährboden für neue Geschichtsmymen bot.

Im Vordergrund des öffentlichen Diskurses standen vor allem Themen aus der Geschichte des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken. Dazu zählten z.B. die Entstehung der Tschecho-Slowakei 1918, Name und Symbole des gemeinsamen Staates und das Zusammenleben beider Völker. Dabei wurden die Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Teile der gemeinsamen Republik analysiert und häufiger das Trennende als das Verbindende gesucht.

Neben der inneren Polarisierung der slowakischen Gesellschaft aufgrund der Neubewertung der eigenen Geschichte vertiefte sich ab 1990 auch der Widerspruch zwischen einer "tschechischen" und "slowakischen" Sicht der mehr als siebzigjährigen gemeinsamen Vergangenheit. Dies betraf vor allem Fragen wie die Geschichte des faschistischen Slowakischen Staates und seines Präsidenten oder die Beziehungen der Slowakei zum Westen oder zum Osten im allgemeinen. Die Massenmedien waren plötzlich voller widersprüchlicher Anschauungen und Wertungen. Ständig wurde die Frage erörtert, wer auf Kosten des anderen im gemeinsamen Staat gelebt habe. Dies steigerte nicht nur das Mißtrauen zwischen den slowakischen und tschechischen Politikern. Nach einiger Zeit begannen auch breitere Bevölkerungsschichten diese Mißverständnisse wahrzunehmen, wenn auch erst ungefähr ein Jahr nach dem Zerfall des gemeinsamen Staates öffentliche Meinungsumfragen signalisierten, daß die Mehrheit der Bevölkerung die neue Situation akzeptierte.

Die Slowakei in der Tschecho-Slowakei – Bewahrung oder Verlust der nationalen Identität?

Die mehr als einhundertjährige Geschichte der tschecho-slowakischen Beziehungen war vom Einfluß verschiedener Ideengebäude, ideologischer Strömungen und Ideologien geprägt. Am Anfang stand *Herders* Idee der historischen Sendung der Slawen, der *Masaryks* Vorstellung einer Volksdemokratie folgte. Im Hintergrund der Emanzipation des slowakischen Volkes im Rahmen eines selbständigen Staates stand *Hitlers* Ideologie des Nationalsozialismus, und schließlich folgte nach 1948 die kommunistische Ideologie, die den proletarischen Internationalismus allen zwischenstaatlichen Beziehungen überordnete und alle Anzeichen von aufkeimendem Nationalgefühl unterdrückte. Der Übergang von einem Ideenkonzept zum anderen spielte sich in der politischen Praxis immer unter dem Einfluß äußerer Faktoren ab.

Eine neue Situation entstand nach dem November 1989, als die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken nicht mehr im Geiste des proletarischen Internationalismus interpretiert wurden. Zum ersten Mal war kein neues Konzept vorhanden, das diese Ideologie ersetzen sollte. Deshalb gelangte all das an die Oberfläche, was mit den wechselseitigen Beziehungen der beiden Völker während der letzten 100 Jahre verknüpft war. Die erwähnte Horizontalverschiebung der Geschichte wurde Realität.

Ein Hauptthema des symbolischen Diskurses in den slowakischen Medien nach dem November 1989 war die Entstehung des gemeinsamen tschecho-slowakischen Staates 1918. Die Diskussion bewegte sich um die Frage, welche Vorteile bzw. Nachteile die Bildung eines gemeinsamen Staates den Slowaken gebracht habe. Beispiel einer positiven Interpretation sind die Anschauungen des slowakischen Historikers J. Mlynárik: „Um den Staat zu stärken, mußte die durch die gewaltsame Magyarisierung bewirkte slowakische Rückständigkeit überwunden werden. Die tschechische pädagogische Intelligenz bewältigte diese Aufgabe unter Einsatz aller Kräfte im Verlaufe nur eines Jahrzehntes. Es ist einmalig, daß sich in solch kurzer Zeit ein mißhandeltes und unterdrücktes Volk auf dem Niveau eines modernen europäischen Staates regenieren konnte. (...) Als einziger

demokratischer Staat in Mitteleuropa (...) machte sich die ChSR um die allseitige Entwicklung des slowakischen Volkes verdient."2 Eine entgegengesetzte Meinung vertritt besonders eine Gruppe slowakischer Exilhistoriker, deren Schriften in den national orientierten Periodika wesentlichen Raum einnehmen: „Die Entstehung des tschecho-slowakischen Staates nahmen die slowakischen politischen Repräsentanten gemäß dem Sprichwort entgegen: *"Wer ertrinkt, greift auch nach einer Messerklinge"*. Breite Schichten des slowakischen Volkes identifizierten sich jedoch nur schwer mit dem tschechischen Staat, der bald durch ein Verfassungsgesetz die Fiktion eines tschecho-slowakischen Volkes durchsetzte und eine nicht existierende tschechoslowakische Sprache zur Amtssprache erklärte. (...) Die Slowaken sahen erneut die zwei Hauptziele ihres jahrhundertelangen nationalen Strebens durch staatliche Gewalt verleugnet: die Eigenständigkeit der slowakischen Sprache und das Recht auf eine eigene slowakische Staatlichkeit."3 Ähnlich argumentiert auch F. Vnuk: „Die tschechischen Lehrer, Beamten, Polizisten und Soldaten, die in die Slowakei kamen, um die magyarische Administration zu ersetzen, verhielten sich in vielen Fällen gegenüber den Slowaken genau so, als würden sie in den Diensten Franz Josephs irgendwo in Bessarabien auftreten. Die Slowaken begannen sich die Frage zu stellen, ob eigentlich irgendein Unterschied zwischen den magyarischen Unterdrückern und den tschechischen Befreiern besteht."4

Ein deutliches Zeichen für das gespannte Verhältnis zu den Symbolen des gemeinsamen Staates setzte die parlamentarische Diskussion über den *Namen der Republik*, die im Januar 1990 begann. Der damalige Präsident V. Havel initiierte die Diskussion im naiven Glauben, daß es genüge, aus dem alten Namen das Attribut „sozialistische" wegzulassen, um dann zur Lösung wichtigerer Probleme überzugehen. Für die politische Elite unerwartet, löste jedoch diese "triviale" Frage zunächst in der Slowakei und später in der ganzen Republik einen heftigen und emotionsgeladenen Meinungs austausch aus, der bald nicht nur den Namen des Staates, sondern auch seine Existenz in Frage stellte. Die Unterschätzung von Symbolen, z.B. des Staatsnamens, stand somit am Anfang des Zerfallsprozesses der gemeinsamen Republik. Die Bezeichnung „Tschechoslowakei" war für einen großen Teil der Slowaken unannehmbar. Sie erinnerte zu sehr an die Konzeption des „Tschechoslowakismus" und eine paternalistische Beziehung der Tschechen zu den Slowaken. Zunächst nahm das Föderale Parlament eine zweisprachige Bezeichnung der Republik an, also eine tschechische und slowakische Version⁵. Darauf folgte eine Serie erhitzter Diskussionen, die für manchen „den Zug mit der Bezeichnung *Nationalismus* in Bewegung gesetzt haben."⁶ Der Binde- bzw. Trennungsstrich im Namen der Republik wurde zum Symbol für den Widerstand gegen das vormundschaftliche Verhältnis der Tschechen zu den Slowaken.

Die Slowakei nach dem November 1989 – gemeinsamer Staat oder Trennung?

Nach endlosen Auseinandersetzungen erblickte im April 1990 die Bezeichnung "Tschechische und Slowakische Föderative Republik" das Licht der Welt. Im öffentlichen Diskurs wurden jedoch die Stimmen, die eine grundlegende Veränderung der staatsrechtlichen Ordnung forderten, immer lauter. Die slowakischen Medien beschäftigten sich intensiv mit der Verletzung von Abkommen, Deklarationen und Programmen, die die Gleichberechtigung der Tschechen und Slowaken im gemeinsamen Staat garantieren sollten. Des weiteren wurde an Prozesse gegen slowakische Nationalisten erinnert oder die mangelnde Funktionsfähigkeit von Husáks Föderation analysiert. Es begann sich abzuzeichnen, daß Politiker, die auf die nationale Karte setzten, die Unterstützung eines deutlichen Teils der Öffentlichkeit für sich gewinnen würden.

Der in der Slowakei allgemein anerkannte Änderungsbedarf des bisherigen *status quo* der gegenseitigen Beziehungen ließ zu Beginn noch mehrere Optionen offen, von der sogenannten "authentischen Föderation" über eine Konföderation und Union bis hin zu zwei selbständigen Staaten.

In der öffentlichen Rhetorik kamen jedoch immer häufiger Konflikte und gegenseitige

Anschuldigungen zur Sprache. Während Ján Čarnogurský, zu jener Zeit Premierminister der slowakischen Regierung, noch gemäßigt über die Unterschiede zwischen Tschechen und Slowaken sprach, wurde der damalige Vorsitzende des slowakischen Parlaments, F. Mikloško, deutlicher: „Ich verheimliche nicht, daß ich das Nationale von klein an in mir trage. (...) Ich kann und will das nicht ausradieren. (...) Heute ist eine Situation entstanden, wo die tschechische Seite begreifen muß, daß dieser Staat anders beschaffen ist, als sie es sich vorstellt. Grundlage des Staates sind zwei souveräne Republiken, die sich freiwillig entschieden haben, weiter zusammen zu leben.“⁷ Offen formulierte der ehemalige kommunistische Parlamentarier und regimetreue Schriftsteller V. Mináč die Notwendigkeit der Teilung: „Nur als Freie und Unabhängige können wir mit einem anderen Volk zusammen leben, niemals anders (...). Jeder, der heute in der Slowakei anders denkt, würde strafwürdig und anomal denken. (...) Hinter dem Tschechoslowaken verbirgt sich bloß mehr schlecht als recht der Tscheche, der sich auf irgendeine Weise das slowakische Land angeeignet hat (...). Der Slowake will kein Tschechoslowake sein (...), er will er selbst sein und gleichwertig.“⁸ Besonders scharf formulierten die slowakischen Emigranten ihr Interesse an einem selbständigen Staat. Die Bilanz des Zusammenlebens mit den Tschechen wurde äußerst kritisch gesehen. Die Tschechen hätten aus den Slowaken ein Reservoir für billige Arbeitskräfte gemacht, die primäre Industrieproduktion der Slowakei verwüstet, und die tschechischen Medien führten Tschechismen ein, die den Bestand der slowakische Sprache bedrohten.

Allen Meinungsumfragen zufolge waren Ende des Jahres 1992 nur die wenigsten Slowaken Anhänger der Teilung des Staates. (Nov. 1989: 6 %; 1991: ca. 20 %; kurz vor der Teilung des Staates: ca. 40 %). Trotzdem gelang es den gut organisierten Aktivisten der nationalistischen Parteien und Gruppierungen, den Eindruck zu erwecken, daß das Hauptinteresse der Slowaken die Loslösung von Prag sei. Die demokratischen Kräfte verfolgten die Entstehung von Bürgervereinigungen, das Anbringen von Gedenktafeln und die Feiern, die an Persönlichkeiten und Ereignisse aus der Zeit des Slowakischen Staates von Hitlers Gnaden erinnern sollten, mit Beunruhigung. Auf zahlreichen Versammlungen wurde offen der unabhängige Slowakische Staat proklamiert. Politik wurde parallel auf den Straßen und im Parlament gemacht. An den Diskussionen um die neue Fassung des Sprachgesetzes wurde deutlich, daß die Muttersprache als Träger nationaler Eigenart ein außerordentlich geeignetes Thema für die Manipulation der Massen war. Im Streit um die „Koalitions-“ oder „Matica“-Version des Sprachgesetzes⁹ unterlagen zwar die Anhänger einer unabhängigen Slowakei, im Grunde genommen akzeptierte jedoch die Öffentlichkeit ihre Argumente. In den Wahlen 1992 gelangte die Slowakische Nationale Partei dann auch ins Parlament. In der Öffentlichkeit kam es zu aggressiven Auftritten gegen die Repräsentanten der föderalen Politik. Am 28. 10. 1991 wurde z.B. die von V. Havel angeführte Delegation zu den Feierlichkeiten des Jahrestages der Tschechoslowakei auf dem Parlamentsplatz in Bratislava mit einem Hagel von Eiern empfangen. Die Losungen "Genug von Prag!", "Slowakei auf die Beine!" und "Wir regieren allein!" veranlaßten den Präsidenten zum Verlassen der Tribüne, und die Feierlichkeit fand damit ihr Ende.

Die symbolische Inszenierung der staatlichen Trennung von Tschechen und Slowaken auf dem Weg über nationale Vergangenheitsbewältigung und National- bzw. Staatssymbole endete schließlich mit der Auflösung gemeinsamer Staatlichkeit.

Die Slowakei in Europa – Tor nach Osten oder Bestandteil des Westens

Einige slowakische Politiker aus unterschiedlichen politischen Parteien bewahren ein reserviertes Verhältnis zur Integration der Slowakei in die europäischen und transatlantischen Strukturen. Sie betonen dabei die Priorität der eigenen nationalen Interessen und die Rücksichtnahme auf den Standpunkt Rußlands. In den Augen des sozialdemokratischen Politikers B. Zala muß „über Fragen der Integration (...) endlich offen und analytisch gesprochen werden. (...) Die westeuropäische Integration hat auch nur dann Schritte in Richtung auf ihr weiteres Zusammenwachsen getan, als

dies tatsächlich den nationalen Interessen dieser Mächte entsprach (...)."10 Im Bericht des Zentrums für Studien der Slowakischen Republik über die Stellung der Slowakei in Mitteleuropa heißt es: „Man muß ständig im Auge behalten, daß die Möglichkeiten der SR im Spiel der Mächtigen und in der Gestaltung europäischer Strukturen minimal sind. (...) Die Position der Slowakei wird sich in Zukunft nicht nach ihrem eigenen Willen entwickeln, sondern objektiv nach dem Willen der Großmächte und der Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen."11 Die symbolische Rückkehr nach Europa findet nicht statt. Allgemein überwiegt die Ansicht, daß die Slowakei überhaupt nicht irgendwohin zurückkehren muß, denn sie gehöre seit jeher zu Europa. Aber das ist bereits ein anderes Thema.

Anmerkungen:

1) Konrád, G., (1995) Vraciame sa tam, kam patríme ... Rozhovor s G. Konrádom. in: Týždenník SME na nedel'u. Bratislava, 4.5.1995.

2) Mlynárik, J., (1993) História Česko-Slovenských vzťahov. In: Kipke, R., Vodichka, K. (vyd.): Rozloučení s Československem. Príchiny a následky Česko-Slovenského rozchodu. Český spisovatel, Praha, S. 28–29.

3) Durica, M. S., (1990) Slovenský národ a jeho shtátnost', in: 23:55 Chasopis Slovákov zhijúcich doma a vo svete. roch.II/ch.3, 14. marca.

4) Vnuk, F., 1990.

5) Im Tschechischen: "Tschechoslowakische Föderative Republik"; im Slowakischen: "Tschecho-slowakische Föderative Republik".

6) Jiráček, J., Šoltys, O., (1992) Zobrazení česko-slovenských vztahů v tisku v období 17.11.1989 až 31.12.1991 – státoprávní uspořádání, in: Gál, F.a kol.: Dnesní krize česko-slovenských vztahů. SLON, Praha.

7) Mikloško, F., (1991) Do tretice sa opakuje historická chvíľ'a, in: Národná obroda, 25. septembra.

8) Mináč, V., (1990) Nasha česko-slovenská otázka, in: Nové slovo ch. 21, 24. mája.

9) Die „Matica“-Version des Sprachgesetzes (nach der Matica slovenská, einer Beschützerin des slowakischen Volkes) forderte die Kodifizierung der slowakischen Sprache als Staats- und Amtssprache auf dem ganzen Gebiet der Slowakei. Die „Koalitions“-Version lehnte das Prinzip „ohne Ausnahme“ mit Hinblick auf die Rechte der Minderheiten ab.

10) Zala, B., (1994) Budúcnosť je teraz. Beseda Literárneho týždenníka o prvom roku slovenskej samostatnosti, in: Literárny týždenník. 7. januára.

11) Zit. nach: Zhiak, M., (1995) Slovenská budúcnosť v strede Európy, in: SME, 26. mája.

Die Verfasserin ist am Institut für Politikwissenschaft der Comenius-Universität Bratislava tätig.

Neue Curricula und Lehrbücher zur Geschichte Kyrgyzstans

von Tynchtekbek K. Chorotegin, Bishkek

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat die Geschichtswissenschaft in Kirgizstan einen Differenzierungsprozeß erlebt. Es gibt unterschiedliche Schulen, die sich mit der Erforschung der kirgizischen Geschichte (von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart) beschäftigen: Auf der einen Seite die Vertreter der früheren sowjetischen, marxistischen Historiographie – auf der anderen Seite ihre Kritiker, die vor allem aus Mitgliedern der *Assoziation junger Historiker Kirgizstans* bestehen. Diese Gruppe konstituierte sich im Juni 1989 und nennt sich seit November 1995 *Assoziation der Historiker Kirgizstans*. Ihr jetziger Vorsitzender ist der Dozent Dr. Kyjas Moldokasymov.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre publizierten die „alten“ und die „jungen“ Geschichtswissenschaftler parallel Artikel, Monographien und Auszüge in Lehrbüchern, in denen sie ihre jeweiligen Konzeptionen für die Ausarbeitung einer neuen Generation von Lehr- und Schulbüchern zur Geschichte Kirgizstans darlegten. Im Unterschied zu Uzbekistan, wo die alten Einrichtungen staatlicher Zensur nie abgeschafft worden sind, hatten die kirgizischen Historiker der verschiedenen Gruppen ungehinderte Publikationsmöglichkeiten.¹ Allmählich begannen jedoch die maßgeblichen Stellen im Ministerium für Bildung und Wissenschaft (jetzt: Bildung, Wissenschaft und Kultur) der Kirgizischen Republik, die Positionen der „Junghistoriker“ stärker zu unterstützen. Unter der Losung der „Entideologisierung“ fordert diese Gruppierung eine radikale Umgestaltung der Konzeption der Lehr- und Schulbücher.

Seit 1996/97 begann man mit der Herausgabe neuer Schulbücher, die von jungen Geschichtswissenschaftlern konzipiert und vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Republik für den offiziellen Gebrauch bestätigt wurden. Ein Unterrichtswerk der Geschichte Kirgizstans für die 6. bis 8. Klasse, verfaßt von den Dozenten T. K. Chorotegin und T. N. Omurbekov, befindet sich im Druck bzw. eine kirgizische Ausgabe des für die 6. Klassen bestimmten Bandes ist schon erschienen, während die russischen Übersetzungen noch in Arbeit sind.² Der Doktorand Muratbek Imankulov ist Verfasser der „Geschichte Kirgizstans 1917–1995“, die zuerst in kirgizischer Sprache und nun auch in uzbekischer Übersetzung erschienen ist. Diese Ausgabe ist für uzbekische Schulen in Südkirgizstan bestimmt.³

Zu einem Einschnitt für die Geschichtslehrer wurde die Verabschiedung des neuen „Curriculums für den Geschichtsunterricht in den Klassen 5–11 der allgemeinbildenden Schulen mit humanistischer Ausrichtung“. Das neue Programm wurde von Mitgliedern der *Assoziation der Historiker Kirgizstans* unter Leitung von Prof. A. Idinow entwickelt. Dieses neue Curriculum wurde im Mai 1997 veröffentlicht; es unterscheidet sich sowohl in seiner Struktur als auch inhaltlich grundlegend von den früheren sowjetischen Schulplänen. Beispielsweise wird die bisher dominierende marxistische Formationstheorie – mit dem Sozialismus und dem Kommunismus als höchsten Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung – verworfen. Die Ereignisse, die im 19. Jh. zur Angliederung der Gebiete des heutigen Kirgizstan an das russische Reich führten, erfahren eine Umwertung. Der „freiwillige“ Anschluß wird nun in einem anderen Licht gesehen.

Das Curriculum sieht vor, daß in den Klassen 6–9 „Geschichte der Kirgizen und Kirgizstans“ sowie „Weltgeschichte“ gelehrt wird. In den Klassen 10–11 kommt als dritter Gegenstandsbereich die „Allgemeine Geschichte der Turkvölker“ hinzu.

Anmerkungen:

1) Vgl. die Zeitschrift „El agarshuu“ [Volksbildung].

2) Tynchtykbek K. Chorotegin u. Toktorbek N. Ömürbekov: Qyrgyzdardyn djana Qyrgyzstandyn taryhy: (Ezelki zamandan tartyp b.z. VII g. bashyna chejin): Bashtalgych kurs: Orto mekteptin 6-klassy ücün odii kitebi: Qyrgyz Respublikasynyn Bilim berüü djana ilim ministrliги tarabynan bekitilgen, Bishkek 1997. –156 B.[Geschichte der Kirgizen und Kirgizstans. (Vom Altertum bis zum VII. Jh. A.D.): Einführungskurs: Für die 6. Klassen der Sekundarschule. Bestätigt vom Minist. für Erziehung und Wissenschaft der Republik Kirgizstan.– In Kirgizisch; 156 S.]

3) Muratbek Q. Imanqulov: Qirgiziston tarihi: 1917–1995: Urta maktabning 9-sinfi uchun darslik: Qirgiz Respublikasi ta-lim va fan vazirligining kollegijasi tasdiqlagan, Galalobod '96. – 224 B.

[Geschichte Kyrgyzstans: 1917–1995. Handbuch für die 9. Klassen der Sekundarschulen. Bestätigt vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft der Republik Kyrgyzstan, Galalobod 1996.– In Uzbekisch; 224 S.] Dieses Textbuch wurde mit Unterstützung der Soros-Foundation Kyrgyzstan herausgegeben.

(Aus dem Russ. von Brigitte Heuer)

Dr. Tynchtekbek Chorotegin ist Dozent an der Universität Bishkek und Leiter des Büros von Radio Free Europe/Radio Liberty in Kyrgyzstan.

Wahlen in Osteuropa

Die Wahlen in Kroatien und der UNTAES-Zone 1997

von Roman Schmidt, Berlin

Am Sonntag, den 13. April 1997 fanden in Kroatien Wahlen statt zu den Gemeinderäten (Opština), Regionalparlamenten (Županija) sowie zum Oberhaus des kroatischen Parlamentes (Sabor), welches die Regionen vertritt. Im östlichsten Teil Kroatiens, der nach einer internationalen Übergangsverwaltung (UNTAES – United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia) wieder an Kroatien angegliedert werden soll, wurden diese Wahlen bis zum 14., teils sogar bis zum 15. April verlängert.

Hier zunächst einige Ergebnisse der Wahl. Die Regierungspartei HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica) siegte in den meisten Kommunen und Županijas und erreichte im Oberhaus des Sabor eine Zweidrittel-Mehrheit, die aber gegenüber der letzten Wahl etwas geringer ausfiel. In den Städten (Zagreb, Osijek, Split, Dubrovnik, Pula, Rijeka und Varazhdin) verlor sie die Wahl. Allerdings weicht die Front gegen die HDZ teilweise auf. In Zagreb, wo der HDZ nur zwei Mandate zur absoluten Mehrheit fehlen, tendiert die Bauernpartei zur Koalition mit der HDZ, weil sie es abgelehnt hat, mit der postsozialistischen SDP zu koalieren.

Das Wahlsystem

Bei den Wahlen zu den Gemeinderäten und Regionalparlamenten wird ein Viertel der Delegierten direkt gewählt und drei Viertel sind Listenkandidaten. In der Praxis führt das dazu, daß die beliebteste Partei maximal ein Viertel der Mandate zusätzlich erhält. So erreichte die HDZ in Zagreb nur 35 Prozent der Wählerstimmen, aber 48 Prozent der Mandate. Andererseits kann ein solches System zu erdrutschartigen Verschiebungen führen, wenn die stärkste Partei etwas in der Wählergunst sinkt – wie etwa bei den Parlamentswahlen in Ungarn, wo sich die Machtverhältnisse bei jeder Wahl vollkommen umkehrten. Dies geschah in einigen Städten. Jedes Regionalparlament wählt drei Delegierte in das Oberhaus des kroatischen Parlamentes.

Nach kroatischem Wahlrecht ist es möglich, daß die Parteien auch Personen auf die Liste setzen, die weder Kandidaten sind noch überhaupt kandidieren können oder dürfen. So erschien Präsident Franjo Tuđman auf sämtlichen Listen der HDZ, ob lokal oder regional, an erster Stelle, obwohl er natürlich nicht Kandidat für jeden Gemeinderat ist bzw. als Präsident gar nicht Abgeordneter sein

darf. Mir erschien diese Praxis als Betrug am Wähler, denn ihm wird suggeriert, er wähle den beliebten Präsidenten Tuđman ab, wenn er sich für eine andere Liste entscheidet. Die personale Komponente wird zur Institution im Listenwahlrecht. Diese nach dem kroatischen Wahlgesetz - das von der HDZ eingebracht wurde - legale Praxis ist also genau auf die HDZ zugeschnitten.

Wahlkampf in Kroatien

Die Regierungspartei HDZ bediente sich anderer Wahlkampfmethoden als die Opposition. Während sie öffentliche Kundgebungen vor allem dann organisierte, wenn sie sich fernsehgerecht darstellen ließen (wie zum Beispiel eine provokante Kampagne im UNTAES-Gebiet, wo HDZ-Funktionäre mit Eiern beworfen wurden und sich als Opfer der brutalen Serben präsentierten), beherrschten Kundgebungen der Oppositionsparteien das Straßenbild der Städte. Im Fernsehen dominierte hingegen die Regierung Tuđman – und damit die HDZ – und profitierte von ihrem Regierungsbonus. Ein erheblicher Teil der Abendnachrichten wurde durch Erfolgsmeldungen über Staatsprojekte gefüllt.¹ Verschiedene Parteien konnten etwa fünfminütige Werbespots senden, aber direkt nach den Spots der Opposition schob der Staatssender eine zehnstündige Präsentation der HDZ nach.

Wahlsendungen in zuschauerärmeren Zeiten am Nachmittag oder am späten Abend informierten über die Opposition, sie stellten die verschiedenen Parteien nacheinander in gleichem Rhythmus vor. Dadurch entstand der Eindruck der Austauschbarkeit, und dies entspricht der Meinung, welche die Bevölkerung von politischen Parteien hat: Sie seien ohnehin alle gleich. Die Parteien orientierten sich am mangelnden Interesse der Bevölkerung an politischen Argumentationen und führten einen unpolitischen Wahlkampf. Die Wahlveranstaltungen in Zagreb hatten eher Konzertcharakter, das Publikum kam, um Musik zu hören. Die postsozialistischen Sozialdemokraten (SDP) und die Bauernpartei (*Hrvatska Seljachka Stranka – HSS*) spielten Rockmusik, die nationalistische *Unabhängige Liste des Tomislav Merčep* spielte Volks- und Marschmusik, die Liberalen (*Hrvatska Socialna Liberalna Stranka – HSL*) beides.² Fernsehspots der HDZ fanden sich in Schlagermusiksendungen. Die SDP lud zu ihrem Konzert am 8.4. ein mit dem Slogan „100 % čistu svirku bez politiziranja“ („Hundertprozentig saubere Musik ohne Politisierung“). Reden des Parteivorsitzenden schrumpften damit zu Einlagen zwischen den Auftritten beliebter Bands. Die partyähnliche Stimmung auf den Veranstaltungen wurde freilich getrübt durch eine gewisse Häme und Hetze gegen den politischen Gegner³ und – bei der Liste von Tomislav Merčep – gegen die serbischen Flüchtlinge.

Die HDZ plakatierte stärker als die anderen Parteien und stellte sich als regierungserfahren und kompetent dar. Ihr Slogan „*HDZ – Zna se*“ (etwa „HDZ – versteht sich von selbst“) war so dominant, daß sich sowohl Opposition als auch Medien gezwungen sahen, mit Variationen dieser Devise zu reagieren.

Zu wirklich politischen Aktionen griffen eine unabhängige Bürgerrechtsbewegung namens „GONG“ und die HSLP: Beide versuchten, Wahlbeobachter zu rekrutieren, da sie der Regierung die Absicht zur Wahlfälschung unterstellten. Das kurz zuvor gerichtlich bekräftigte Verbot für parteiunabhängige kroatische Organisationen wie „GONG“, Wahlen zu beobachten, bestärkte nur den Verdacht dieser Bürgerrechtler.⁴

Im UNTAES-Gebiet konnte ich keine nennenswerten Anzeichen von Wahlkampf bemerken. Dies lag wohl daran, daß die SDSS (Socialna Demokratska Srpska Stranka) erst kurz zuvor gegründet wurde, die lokalen Autoritäten sich erst kurzfristig entschlossen hatten, an der Wahl teilzunehmen, und kroatische Parteien auf Plakatwerbung verzichteten. Stark plakatiert waren nur die Wahlauftrufe von UNTAES.

Verlauf der Wahl in der UNTAES-Region

Nach der Eroberung von Vukovar durch die jugoslawische Bundesarmee 1991 wurde Ostslawonien von Kroatien abgetrennt und von Serbien abhängig. Im August 1995 flohen viele Serben aus der Krajina hierher. Entsprechend den Abkommen von Erdut (12.11.1995) und von Dayton (14.12.1995) sollen diese Gebiete nach einer zweijährigen Übergangszeit unter internationaler Verwaltung an Kroatien zurückgegeben werden. Ab Mitte 1996 demilitarisierte die UNO das Gebiet und ab Oktober 1996 begannen einige kroatische Zivilbehörden, ihre Arbeit aufzunehmen.

In jedem Wahllokal der UNTAES-Zone war ein UN-Observer anwesend, der in verantwortlicher Funktion den Wahlverlauf überwachte und das Recht hatte zu intervenieren. Weiterhin pendelten etwa 200 Kurzzeitbeobachter der OSZE aus etwa 22 Staaten zwischen einzelnen Wahlstationen in ganz Kroatien. Diese Kurzzeitbeobachter hatten nur das Recht zu beobachten. Ich war in der UNTAES-Zone als OSZE-Beobachter eingesetzt.

Ethnische Zusammensetzung der Wählerschaft und Wahlergebnisse

In der Region leben vermutlich etwa 60.000 alteingesessene Serben und 47.000 serbische Flüchtlinge (meist aus Kroatien bzw. der Krajina), von denen die meisten Wahlberechtigten serbisch wählten, nämlich die „*Soziale Demokratische Serbische Partei*“ (SDSS). Weiter leben dort 20.000 Angehörige anderer Nationalitäten (Ungarn, Ruthenen, Deutsche, Italiener etc.). Wahlberechtigt sind auch etwa 60.000 kroatische Flüchtlinge aus diesem Gebiet, die sich heute jenseits der UNTAES-Zone aufhalten. Diese dürften mehrheitlich HDZ gewählt haben, aber auch die „*Unabhängige Liste des Tomislav Merchep*“, eines ehemaligen HDZ-Funktionärs. Diese versteht sich als Interessenvertretung der Vertriebenen und hat sich vor kurzem von der HDZ abgespalten, als die HDZ-Regierung Kompromisse zugunsten der in der UNTAES-Region lebenden Serben schloß, um die Integration des Gebietes in Kroatien zu ermöglichen. Merchep tritt in erster Linie aggressiv für eine außergerichtliche Rückübertragung der Häuser ein, deutet aber nicht an, wie das zu machen sei.

Das Wahlergebnis in der UNTAES-Zone spiegelt also nicht so sehr einen demokratischen Willen wider, sondern vielmehr eine Art Volkszählung (wie übrigens auch die bosnischen Wahlen von 1991 und 1996) – und zwar der serbischen Einwohner wie auch der vertriebenen kroatischen Einwohner. Das Ergebnis: Während die serbische SDSS nur in elf Gemeinden siegte, gewannen die kroatischen Parteien in siebzehn Gemeinden die Stimmenmehrheit. Sie müssen jetzt vor Ort die Regierungsverantwortung übernehmen gegen eine serbische Einwohnermehrheit, die noch solange besteht, bis genügend kroatische Flüchtlinge zurückgekehrt bzw. Serben ausgewandert sind. Rein rechnerisch bestünde auch die Möglichkeit von lokalen serbisch-kroatischen Großen Koalitionen von HDZ und SDSS gegen Mercheps Nationalisten, was meiner Meinung nach jedoch nicht zu erwarten ist.

Bei den Wahlen zum Oberhaus des *Sabor* gewann die HDZ die Mehrheit in den beiden ostslawonischen Wahlkreisen.

Die Angst der Serben, der drohende Exodus und die Wahl

Vor der Rückkehr der Flüchtlinge haben die Serben Angst. Grund dafür geben ihnen Ereignisse in der Krajina, wo verbliebene Serben angeblich gelegentlich verfolgt werden, Telefonterror aus Kroatien sowie die derzeitige kroatische Verwaltung, die Serben nicht nur bei der polizeilichen Anmeldung, sondern auch bei der Kranken- und Rentenversicherung und in Personenstandsangelegenheiten diskriminiert. Eine Sachbearbeiterin im örtlichen Standesamt berichtete mir von Fällen, bei denen der Geburtsname einer Ehefrau aus der UNTAES-Zone statt des ehelichen Namens sowohl auf dem Paß als auch im Register weitergeführt wurde und der Ehemann später außerhalb der Zone erneut völlig legal heiraten konnte. Diese behördlich sanktionierte Bigamie empfinden die Serben als nationale Demütigung – und es ist nicht auszuschließen, daß sie auch so gemeint ist.

Die kroatischen Gesetze an sich werden für gut befunden, aber es gibt kein Vertrauen in ihre Implementierung durch die Verwaltung. Serbische Kriegsverbrecher in der Region fürchten die Bestrafung durch kroatische Gerichte und noch mehr die Rache ihrer ehemaligen Nachbarn. Ein Hauptgrund für den Boykott der Wählerregistrierung war das Gerücht, daß die erfaßten Daten in erster Linie zum Abgleich der Fahndungskartei benutzt würden.

Aus diesen Gründen ist ein Exodus nach Serbien vorauszusehen, es gibt allerdings auch Versuche, die Situation aus Gründen der Publizität zu dramatisieren. Die Frage ist, in welcher Größenordnung sich dieser Exodus bewegen wird. Ich sah bereits LKWs mit Hausrat in Richtung Serbien fahren; es hieß, alle angesehenen und alteingesessenen Familien seien bereits abgereist. Man hätte nicht nur Möbel, Traktoren und Dreschmaschinen in Sicherheit gebracht, sondern auch ganze Dächer. Diese Leute sind angeblich zur Wahl zurückgekommen, um dann hinter der Grenze erst einmal abzuwarten.

Bezeichnend für diese Wahl ist, daß sogar Vorsitzende und Mitglieder der Wahlkomitees angekündigt haben, sofort nach der Wahl nach Serbien zu gehen. In dieser Situation war die zentrale Frage der Vorwahlzeit nicht, welche Partei zu wählen sei, sondern ob die Wahl überhaupt stattfinden und ob man wählen gehen würde. Gerade noch rechtzeitig gründeten die lokalen Machthaber die „*Soziale Demokratische Serbische Partei*“ (SDSS). In ihrer Angst hatten die Serben keine Wahl: Die SDSS war für sie die einzig wählbare Partei. Die Tatsache, daß innerhalb der Zone einige Stimmen auch auf andere Parteien (sogar die HDZ!) entfielen, ist weniger ein erstes Anzeichen für Pluralismus als vielmehr für eine unvollständig ausgeführte ethnische Säuberung.⁵

Ablauf der Wahlen

Die günstig gelegenen Wahllokale enthielten theoretisch alle notwendigen Vorkehrungen für eine geheime Wahl. Wo UN-Beobachter eingriffen, wurden die Kabinen so aufgestellt, daß sie nicht einzusehen waren; sonst standen sie zum Raum hin geöffnet, waren einsehbar und nicht geheim, vor allem bei einigen Wahllokalen, wo der Raum zu beengt war.

Der Wahlvorstand bestand regulär aus fünf, zeitweise aber nur aus drei Mitgliedern (meistens Serben), von denen einer der Vorsitzende war. Ihm übergeordnet war das mobile Lokale Wahlkomitee, in welchem auch Kroaten vertreten waren. Lokale bzw. Parteibeobachter gab es hier in der Regel nicht; nur ein Mitglied von „GONG“ hielt sich (widerrechtlich, aber gern geduldet) in einer Ecke auf.

Die Wahllokale öffneten in der Regel ziemlich pünktlich, aber in einigen lieferte das UNTAES-Militär die Wahlzettel erst am Montag Mittag an, so daß diese Wahlstationen erst mit über einem Tag Verspätung öffnen konnten. Einige Wahlzettel lieferte man an falsche Orte. In mindestens einem Ort wurde dies anfangs vom Wahlvorstand übersehen, und so wählten 24 Wähler lokale Kandidaten eines anderen Ortes. Diese Unregelmäßigkeiten nutzte die kroatische Presse, um die Wahlen in der Zone als Farce zu diffamieren.

Das große Problem: Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sollten ursprünglich alle Personen sein, die im Besitz eines kroatischen Personalausweises mit angegebener lokaler Adresse und im Wählerverzeichnis eingetragen waren. Zu diesem Zwecke hatten kroatische Behörden bereits spätestens seit Oktober 1996 damit begonnen, kroatische Personalausweise an Bewohner des Gebietes auszugeben und die Wähler zu registrieren. Wer nicht auf der Wählerliste stand, konnte ersatzweise am Wahltag ein Registrierungsformular vorweisen. Diese in der Theorie ausreichenden Vorkehrungen erwiesen sich als völlig undurchführbar, weil sie sabotiert wurden. Während nur etwa 140.000 Einwohner auf der Liste standen, erwartete die OSZE bereits im Vorfeld 150.000 Wähler und rechnete mit bis

zu 180.000 Wahlberechtigten.

Serbischer Boykott und Wahlbehinderungen von kroatischer Seite

Die „Versammlung“ in Vukovar (vermutlich ein selbsternanntes serbisches Parlament ähnlich dem in der serbischen Republik in Bosnien) rief dazu auf, die Wahlregistrierung zu boykottieren, um den Anschluß an Kroatien zu verhindern bzw. den politischen Preis dafür hochzutreiben. Viele Serben ließen sich bis zum April nicht registrieren. Die UNTAES-Verwaltung reagierte mit wiederholten Fristverlängerungen, bis der schließlich einsetzende Ansturm auf die Meldeämter bis zum Wahltermin nicht mehr zu bewältigen war.⁶

Die kroatischen Meldebehörden lieferten unvollständige Wählerlisten und stellten vorsätzlich eine große Anzahl von Personalausweisen mit falschen Angaben aus, die ihren Inhabern die Teilnahme an der Wahl ungeheuer erschwerten oder zunächst ganz unmöglich zu machen schienen. Diese Vorgehensweise rechtfertigt den Verdacht, sie hätten Serben von der Wahl fernhalten wollen. Dieser Vorwurf richtet sich an die kroatische Verwaltung, nicht an die Regierung.

Diese Mängel, die nicht erst durch organisatorische Schwierigkeiten in den letzten Wochen vor der Wahl entstanden – auch im Oktober 1996 ausgestellte Personalausweise waren bereits fehlerhaft –, wurden im Verlauf des Sonntagvormittags offenkundig, als sich vor bestimmten Wahllokalen große Mengen abgewiesener Wähler versammelten. In einem Ort mußte wegen der eskalierenden Situation das Wahllokal gegen 13 Uhr für etwa eine Stunde geschlossen werden, während anderswo jeder kroatische Personalausweis unabhängig vom angegebenen falschen Wohnort anerkannt wurde, wenn der Betreffende ein anderes Dokument mit seiner Adresse vorlegen konnte – in der Regel den alten jugoslawischen Paß oder den von lokalen serbischen Behörden ausgestellten Ausweis. Einen entsprechenden Beschluß hatte das Regionalparlament in Osijek – also im kroatischen Teil außerhalb der Zone – bereits einen Tag vor der Wahl gefaßt. Dieser galt aber anscheinend nicht für den südlichen Teil der Zone und war der UNTAES-Verwaltung am Wahltag wohl noch nicht bekannt.

Exakt in dem Moment, als sich ein Fiasko abzuzeichnen begann, gab der UN-Verwalter von Ostslawonien, General Klein, über Funk und Fax die Entscheidung durch, daß jeder, der im Besitz eines gültigen kroatischen Personalausweises sei, in „seinem eigenen Wahllokal“ wählen könne.⁷ Das entspannte zwar die Situation, weil sich nun Wähler in die zuvor inkomplette Wählerliste nachtragen lassen konnten. Die Formulierung „*his own polling station*“ schuf jedoch neue Verunsicherung, weil noch nicht klar war, daß damit tatsächlich der Wohnort gemeint sei. Dies klärte Klein erst gegen 16 Uhr in einem Funkgespräch; gegen 18 Uhr gab er dann bekannt, daß alle Wahllokale auch am Montag öffnen sollten und erst danach mit der Auszählung der Stimmen begonnen werden sollte.

Am Montag erreichte uns dann noch gegen 16 Uhr ein Funkgespräch und Fax, daß jeder, der bisher keinen kroatischen Personalausweis – sei es korrekt, sei es mit falscher Adresse – erhalten habe, ihn noch am selben Tage beantragen und mit einem vorläufigen Formular wählen könne. Dies war jedoch viel zu spät, da in den verbleibenden drei Stunden bis zur Schließung der Wahllokale der Registriervorgang im Amt der nächstgelegenen Stadt nur noch im Einzelfall getätigt werden konnte.

Ansichten über den Verlauf der Wahlen

Die großen Probleme mit der Wählerregistrierung und der Verteilung der Stimmzettel stießen auf harte Kritik bei den Wahlvorständen, aber nur teilweise bei den Wählern. Diese fühlten sich zwar zunächst (von der internationalen Gemeinschaft und den Kroaten) schlecht behandelt, aber am

Ende doch in ihrem Stimmrecht ernst genommen, besonders als die Wahlvorstände sich bemühten, zuvor abgewiesene Wähler doch noch in die Wahllokale zu holen, um ihnen die Stimmabgabe zu ermöglichen. Die Wahlbeteiligung der ansässigen Bevölkerung erreichte fast 100 %.⁸ Landesweit betrug die Wahlbeteiligung inklusive der Stimmen der Displaced Persons, der nach Kroatien Geflüchteten, etwa 85 %.

Nach all dem Durcheinander erschloß sich den Wählern nur langsam, daß diese Wahlen am Ende doch tatsächlich frei und fair gewesen waren. Sie hatten auch Schwierigkeiten mit der Identifizierung der handelnden Institutionen.

Ausblick

Ungeachtet der Tatsache, daß die Voraussetzungen für die Stimmabgabe von seiten der kroatischen Verwaltung stark beeinträchtigt und die Wählerregistrierung von der serbischen Bevölkerung boykottiert wurden und obwohl noch am Mittag des Wahlsonntags die Wahl als Farce zu scheitern drohte, konnten die klugen Entscheidungen vom Wahlsonntag ein Fiasko abwenden. Daß diese Entscheidungen nicht bereits im Vorfeld getroffen wurden, ist ein Zeichen dafür, daß es auf kroatischer Seite Kräfte gab, die den Serben demokratische Rechte vorenthalten wollten. Die serbische Entscheidung, doch noch an den Wahlen teilzunehmen, fiel relativ spät, dies zeugt von einer fatalistischen Haltung. Das zum künftigen Zusammenleben von Serben und Kroaten in der UNTAES-Region notwendige Minimum an Toleranz und gegenseitigem Vertrauensvorschuß lassen sich die politisch relevanten Gruppen beider Bevölkerungsteile nur unter Druck abringen, falls sie überhaupt dazu fähig sind. Am beweglichsten zeigte sich dabei schon vor den Wahlen die kroatische Regierung, und – zwar erst kurz vor und am Wahltag selbst, aber glücklicherweise dann doch – die serbische Bevölkerung, die zahlreich zur Wahl erschien. Die Ereignisse dieses Wahltags eröffnen von neuem verschüttet geglaubte minimale Chancen, Teile der serbischen Bevölkerung als verantwortungsvolle Staatsbürger in den kroatischen Staat einzubinden. Sie müssen genutzt werden.

Das Durcheinander vom Wahlsonntag hat keinen Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt, denn der größere Teil der serbischen Einwohnermehrheit hatte keine demokratische Wahl: Für sie blieb nur, SDSS zu wählen. Die Wahl war also nur insofern demokratisch, frei und fair, als jeder Bürger theoretisch die Möglichkeit gehabt hätte, sein Wahlrecht auszuüben. Die politische Bevölkerung engagierte sich zu lange für einen Wahlboykott und spielte so den kroatischen Hardlinern in die Hände. Die Wahlen belegen, daß es keine demokratische Gesellschaft in der UNTAES-Zone gibt, aber sie könnten den Beginn des Aufbaus demokratischer Strukturen und Verhaltensweisen bedeuten.

Anmerkungen:

- 1) Ein Beispiel ist die wahltermingerechte Einweihung einer Brücke an der Adria durch Franjo Tuđman am 10.4.1997, die der fast zehnminütige Bericht des staatlichen Fernsehens sinngemäß als „weltweit einzigartige Ingenieursleistung der kroatischen Nation“ lobte.
- 2) Dies ist eine Wiederholung des „Krieges der Volksmusik gegen die Rockmusik“. Mit diesem Bild beschrieb ein Journalist den jugoslawischen Bürgerkrieg.
- 3) Zum Beispiel bezeichnete ein Spot der HDZ den SDP-Vorsitzenden Ivica Račan und den Bürgermeisterkandidaten Zdravko Tomac als „Staatsfeinde“.
- 4) Diese Information erhielt ich von Gong-Aktivistinnen in Zagreb. Nur internationale und Parteibeobachter sind in Wahllokalen zugelassen.
- 5) Als in einem Wahllokal elf Stimmen für die HDZ gezählt wurden, drohte sogar ein Mitglied des Komitees: „Ich weiß genau, wer die elf sind und die werden dafür büßen!“.

6) Diese Information erhielt ich übereinstimmend sowohl vom LTO als auch vom Vorsitzenden des Wahllokals in Branjina, der noch am Wahltag um 15 Uhr 45 Wähler mit der Begründung nach Hause schickte, sie hätten sich ja nicht rechtzeitig registrieren lassen. Er selbst hatte jedoch zuvor einen speziellen Wahlboykott organisiert, um den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Milos Horvath aus dem Gefängnis zu holen, der nach Ansicht der Dorfbewohner nur humanitäre Hilfe geleistet habe.

7) Das entsprach der Regelung, die das Regionalparlament von Osijek beschlossen hatte.

8) Nur mit Mühe konnte ich Befürchtungen zerstreuen, die UNTAES-Verwaltung wolle mit Hilfe der nach Kroatien Geflüchteten, die nicht vor Ort wählen konnten, die Wahlbeteiligung auf unter 50 % herunterrechnen, um einen Vorwand für die Nichtanerkennung der Wahl zu haben.

Roman Schmidt ist Student der Balkanologie und Publizistik an der FU Berlin. Er war bei den Wahlen in der UNTAES-Zone als OSZE-Kurzzeitbeobachter im Auftrag des Auswärtigen Amtes tätig.

Wahlen in Bulgarien

von Ulrich Büchsenschütz, Berlin

Innerhalb eines halben Jahres fanden am 19. April diesen Jahres in Bulgarien erneut Wahlen statt. Im letzten Herbst hatte das bulgarische Volk nach zwei Wahlgängen einen neuen Staatspräsidenten gekürt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war dabei – wenn auch in Minimalbesetzung.¹ In diesem Frühjahr traten die Bürger erneut an die Urnen, und auch die OSZE sah wieder zu. Doch diesmal handelte es sich keineswegs um eine "Wahlbeobachtung light", sondern um eine professionell durchgeführte Wahlbeobachtungsmission mit einem wesentlich größeren Mitarbeiterstab. Aber warum dieser Unterschied zwischen den beiden Wahlbeobachtungsmissionen? Eine Frage, die ich mir auch als Beteiligter stellen mußte.

Da war zunächst das unterschiedliche Zustandekommen der Wahlen selbst. Bei den Präsidentschaftswahlen hatte es sich um reguläre Wahlen gehandelt, von deren Ausgang wenig entscheidende Impulse erwartet wurden – zumindest nicht von internationaler Seite. Daß nach der Niederlage des Kandidaten der regierenden *Bulgarischen Sozialistischen Partei* (BSP) eine Regierungskrise das Land lähmen und die Bevölkerung durch massive Proteste Neuwahlen zum bulgarischen Parlament fordern würde, hatte damals noch niemand voraussehen können. Gleichwohl war es für die politischen Beobachter wenig überraschend, daß es tatsächlich so kam, hatten doch einige Vertreter der siegreichen Oppositionskoalition "*Vereinigte Demokratische Kräfte*" (ODS) eben ein solches Szenario schon während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen angekündigt.

Wie weit die Proteste der Bevölkerung dann tatsächlich von der ODS organisiert wurden, läßt sich schwer nachvollziehen. Das Beharren der BSP, nach dem Rücktritt der Regierung Videnov im Dezember 1996 auch die nächste Regierung zu bilden, hatte wahrscheinlich nur das Faß zum Überlaufen gebracht. Die Verdächtigungen, daß sich der Regierungschef mit Hilfe eines "Freundeskreises" in der bulgarischen Wirtschaft auf Kosten der Bevölkerung bereichert hätte, hatte Videnov nie entkräftet. Die "Brotkrise", die durch den Export von dringend im Lande selbst benötigtem Getreide entstanden war, hatte das Volk zum Anlaß genommen, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Ein letzter Anstoß war sicher, daß die Mannschaft um den seit Dezember nurmehr kommissarisch regierenden Videnov unfähig (oder in den Augen der Wähler: unwillig) war, den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachzugeben und einen sogenannten "Valutabord" einzurichten, mit dem die bulgarische Währung stabilisiert werden sollte, die in den vergangenen Jahren eine beständige Abwertung erfahren hatte.

Die landesweiten Proteste – von der Stürmung der Volksversammlung bis zu Straßen- und Eisenbahnblockaden, die im Januar allabendlich neben den Nachrichten über die Belgrader Demonstrationen auch in deutsche Wohnzimmer geliefert wurden, zeigten schließlich Wirkung. Der neue bulgarische Staatspräsident Stojanov legte der BSP nahe, auf eine erneute Regierungsbildung zu verzichten, und dies nicht nur aus parteipolitischen Gründen, sondern auch, weil die Spannungen zwischen den beiden verfeindeten Lagern, den Regierungsbefürwortern und -gegnern, im Lande so groß geworden waren, daß manche schon einen Bürgerkrieg heraufziehen sahen.

Als Konsequenz löste Stojanov das Parlament auf und beauftragte den Sofioter Bürgermeister Stefan Sofijanski mit der Bildung einer Interimsregierung, deren Auftrag es sein sollte, Neuwahlen zur Volksversammlung vorzubereiten und die Lage im Land zu stabilisieren. Kurz nachdem er die Entscheidung für Neuwahlen gefällt hatte, lud Stojanov die OSZE ein, eine internationale Wahlbeobachtungsmission nach Bulgarien zu entsenden, die dazu beitragen sollte, den demokratischen Verlauf der Wahlen zu garantieren und eventuell auftretende Unregelmäßigkeiten zu registrieren.

Weil die Parlamentswahlen eine Folge der massiven Proteste waren und da die Situation in Bulgarien im Februar tatsächlich überaus angespannt war und durchaus hätte eskalieren können, beschloß die mit der Organisation von Wahlbeobachtungsmissionen betraute Abteilung der OSZE, das *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) in Warschau, dieses Mal keine "Wahlbeobachtung light" durchzuführen, sondern massive Präsenz zu zeigen. Zudem war die rechtliche Situation verworren – das Parlament hatte kurz vor seiner Auflösung noch ein neues Wahlgesetz verabschiedet, doch der Präsident hatte von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht und die Gesetzesänderungen zurückgewiesen, so daß sie nicht mehr in Kraft treten konnten. Daher wurde auch ein *legal officer* ernannt, der sich um eine Einschätzung der Rechtslage bemühen sollte.

Der größte Unterschied zur letzten Wahlbeobachtungsmission bestand jedoch in der Zahl der Lang- und Kurzzeitwahlbeobachter, die vom zuständigen ODIHR-Koordinator angefordert wurden. Nicht weniger als 10 Langzeit- und 100 Kurzzeitbeobachter sollten von den in der OSZE vertretenen Regierungen nach Bulgarien entsandt werden – im letzten Jahr handelte es sich nur um einen Langzeitbeobachter und etwa 30 Kurzzeitbeobachter. Daß dieser Forderung des Koordinators weitgehend entsprochen wurde, zeigt den Grad der Beunruhigung über die Situation in Bulgarien in den meisten OSZE-Mitgliedsländern, zumal sich in der Zwischenzeit in Albanien bürgerkriegsähnliche Ereignisse abgespielt hatten.

Die Aufgaben unter den Langzeitwahlbeobachtern waren schnell verteilt: Es wurde Zweier-Teams gebildet, die auf ein- bis zweiwöchigen Rundreisen durch die Provinz die Situation im Lande erkunden, den Stand der Vorbereitungen der Wahlorganisation einschätzen und logistisch den Weg für die erwarteten Kurzzeitbeobachter ebnen sollten.

Eine der Besonderheiten dieser Wahlen war der Umstand, daß die 39 zur Wahl zugelassenen Parteien und Koalitionen von der Zentralen Wahlkommission in zwei Kategorien eingeteilt wurden: in die Parteien, denen man zutraute, die 4-Prozent-Hürde zu überwinden, und jenen, denen man keine reelle Chance gab, in die Volksversammlung gewählt zu werden. Begründet wurde diese Zweiteilung vor allem mit der knappen Zeit, die den Parteien per Gesetz in den staatlichen elektronischen Medien zur Verfügung gestellt werden mußte. Daß dadurch eine gewisse Ungleichbehandlung in Kauf genommen wurde, mag auf den ersten Blick etwas verwundern. Wenn man sich aber vor Augen hält, daß in Bulgarien nur 50 Personen notwendig sind, um eine Partei registrieren zu lassen, leuchtet die Entscheidung in einem gewissen Maß durchaus ein. Schließlich waren einige der politischen Gruppierungen, die wir trafen, kaum ernstzunehmende Bewerber – so behaupteten einige allen Ernstes, daß sogenannte *gledachi* (Hellseher) ihnen einen glänzenden Wahlerfolg und mindestens drei Sitze im künftigen Parlament vorausgesagt hätten.

Die Teams der Langzeitbeobachter beschränkten sich darauf, bei den Abstechern in die

Provinzstädte Vertreter von Parteien der sogenannten "Kategorie A" zu treffen. Dabei handelte es sich um die erst kurz vor den Wahlen von einer Koalition zu einer Partei transformierten *Vereinigten Demokratischen Kräfte* (ODS), die BSP-dominierte Koalition *Demokratische Linke* (DL), die Koalition *Evro-Levica* (Euro-Linke), die Koalition *Allianz zur Nationalen Rettung* (ONS) und den *Bulgarischen Business Block* (BBB). Die Euro-Linke ist eine relativ neue Gruppierung aus der Partei "*Bürgerliche Vereinigung für die Republik*" des früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten der BSP-Regierung Lukanov, Aleksandăr Tomov, und anderen früheren BSP-Mitgliedern. Bei der ONS handelt es sich ebenfalls um eine neue Koalition aus der muslimisch dominierten *Bewegung für Rechte und Freiheiten* (DPS) als stärkstem Partner, die aus taktischem Kalkül die Koalition ODS verlassen hatte, sowie aus einigen kleineren Parteien, beispielsweise eine der zahlreichen Bauernparteien und eine zaristische Partei.

Bei den Treffen mit den Vertretern von Parteien der ersten Kategorie in der Provinz konnten sich die Langzeitbeobachter ein recht deutliches Bild über die politische Lage in den verschiedenen Regionen machen. Im Wahlkampf selbst dominierten landesweite Themen und nur einige Regionalorganisationen der Parteien verfügten über eigene lokale Plattformen. Es zeigte sich aber, daß der Wahlkampf in einem entscheidenden Maß auch von lokalen Kräftekonstellationen beeinflusst wurde, etwa wenn die ODS mit einem Bürgermeister der BSP zu tun hatte oder umgekehrt. Gerade dann verschärfte sich der ansonsten relativ gemäßigte Wahlkampf schnell, landesweite Probleme wurden in den Hintergrund gedrängt und lokale Machtkämpfe vor den Wählern ausgetragen.

Bisweilen berührten diese lokalen Machtkämpfe offenbar auch die Vorbereitung und die Koordinierung der Wahlen; besonders wenn in manchen Fällen die jeweilige Zusammensetzung der Wahlkommissionen hinter dem Rücken auch der größeren politischen Gruppen im Bürgermeisteramt ausgeküngelt wurde. Teilweise führte diese Praxis zu Gerichtsverfahren, wenn sich eine Partei oder Koalition bei der Vergabe der Sitze in den Kommissionen ungerecht behandelt fühlte. Aber offensichtlich handelte es sich bei diesen Streitigkeiten in erster Linie um wahltaktische Scheingefechte, die vordergründigen Uneinigkeiten wirkten sich offensichtlich keineswegs auf die Arbeitsfähigkeit und die Kooperationsbereitschaft innerhalb der Wahlkommissionen aus.

Mit der Ankunft der fast 100 Kurzzeitbeobachter in Bulgarien rund eine Woche vor den Wahlen ging die Wahlbeobachtung schließlich in die letzte Phase. Nun zeigte sich, wie gut die Langzeitbeobachter gearbeitet hatten, vor allem bei der Logistik, die eine ganze Reihe von Problemen bereitet hatte. Die Langzeitwahlbeobachter hatten während der Vorbereitungsphase die schwere Wirtschaftskrise buchstäblich am eigenen Leib erfahren: ungeheizte Hotelzimmer und unerträgliche Betten.

Von der OSZE-Zentrale in Sofia theoretisch vorbereitet, konnten die Kurzzeitbeobachter sich voll auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren – die Beobachtung der Wahlen selbst. In fast allen Fällen berichteten sie beim Abschlußtreffen nur Positives über die technische Durchführung der Wahlen durch die bulgarischen Behörden; auch die Standards der internationalen Gemeinschaft für demokratische Wahlen wurden erfüllt. Die tiefer liegenden Schwierigkeiten bei der Demokratisierung Bulgariens jedoch mußten den meisten Kurzzeitwahlbeobachtern verborgen bleiben, etwa die problematischen Stellen im Wahlgesetz; die merkwürdige Stellung der Journalisten, die sich nur allzu leicht von den Parteien kaufen lassen. Manche der Kurzzeitbeobachter kamen in den Genuß von ganz besonderen Erfahrungen: Ein österreichisch-belgisches Team wurde in einem muslimischen Dorf dazu eingeladen, an den Festlichkeiten zum *kurban bayram*, einem der höchsten islamischen Feiertage, teilzunehmen. Ob sie am darauffolgenden Wahltag ausgeschlafen genug waren, eventuelle Unregelmäßigkeiten in diesem Dorf wirklich wahrzunehmen, ist eine andere Frage.

Das Wahlergebnis am Ende eines langen Wahltags entsprach den Erwartungen: ein Erdrutschsieg für die *Vereinigten Demokratischen Kräfte*, blamable Einbußen für die *Bulgarische Sozialistische*

Partei. Doch wie lange der Optimismus der Bevölkerung nach diesem Wahlergebnis anhält, muß die Zukunft noch zeigen. Die großen Hoffnungen auf eine konsequente Reformpolitik muß die neue Regierung unter Ivan Kostov erst noch erfüllen. Es bleibt abzuwarten, ob sie nicht auch in die Untätigkeit (oder Selbstbereicherung) früherer Regierungen aus beiden Lagern verfällt. Die Interimsregierung unter Stefan Sofijanski hat jedenfalls erste Schritte unternommen, die eine gewisse Konsequenz erahnen ließen; doch diese Interimsregierung mußte sich weder dem Wählerwillen stellen, noch hatte sie Zeit, die wirklich schmerzhaften Reformen anzugehen – etwa die Landreform und die Privatisierung (und damit verbundene Entlassung einiger Tausend Arbeitnehmer). Wenn sich auch die neue Regierung vor solchen Schritten scheut, dann wird Bulgariens Bevölkerung noch lange Jahre von dem Beitritt zur Europäischen Union träumen müssen.

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Bulgarien:

Partei/Koalition	Stimmenanteil in %	Sitze im Parlament	Anteil der Sitze in %
Koalition „Obedineni Democraticni Sili“ (Vereinigte Demokratische Kräfte: Union der Demokratischen; Demokratische Patrei; Bulgarischer Nationaler Bauernbund, Sozialdemokratische Partei	52,26	137	57,1
Koalition „Demokraticna Levica“ (Demokratische Linke: Bulgarische Sozialistische Partei; PK Ekoglasnosti)	22,07	58	24,2
Koalition „Obedineni za Nacionalno Spasenie“ (Vereinigung zur nationalen Rettung: Bulgarischer Nationaler Bauernbund-Nikola Petkov; Bewegung für Rechte und Freiheiten; Grüne Partei; Partei des demokratischen Zentrums; Neue Wahl; Föderation Zarenreich Bulgarien)	7,60	19	7,9
Koalition „Evrolevica“ (Euro-Linke)	5,50	14	5,8
„Balgarski Bisnes Blok“ (Bulgarischer Business Block)	4,93	12	5,0
Andere	8,14	0	0

Quelle: Amtliche Endergebnisse, Entscheidung der Zentralen Wahlkommission Nr. 265, Sofia, 23. April 1997.

Quelle: Amtliche Endergebnisse, Entscheidung der Zentralen Wahlkommission Nr. 265, Sofia, 23. April 1997.

Anmerkungen:

1) Vgl. U. Büchsenschütz, Wahlbeobachtung light, in: Berliner Osteuropa-Info Nr. 8, 1997, S. 30 f.

Ulrich Büchsenschütz ist M.A. in Ost- u. Südosteuropäischer Geschichte und bereitet z.Zt. seine Promotion vor.

Alles noch einmal von vorn? Bulgarien nach dem Machtwechsel

von Ivo Georgiev, Berlin

Der Sieger hat schon in der Wahlnacht die Hauptaufgaben seiner Regierung verkündet: Bekämpfung der Kriminalität und Korruption, tiefgreifende Wirtschaftsreformen und die Öffnung der Geheimakten des ehemaligen Staats Sicherheitsdienstes über Politiker, Richter und hohe Staatsbeamte. Und Ivan Kostov, der designierte Ministerpräsident Bulgariens und Chef der siegreichen Oppositionskoalition ODS („Vereinigte Demokratische Kräfte“) bestätigte die Absicht seiner Partei, die Aufnahme Bulgariens in die Europäische Union und die NATO voranzutreiben. Kostovs Ziele finden auch in den anderen Parteien große Zustimmung. Alle Fraktionen des Parlaments schlossen sich in einer gemeinsamen Erklärung den Zielen der Regierung an. Sogar die Sozialisten, die als größte Oppositionspartei ihre Vorbehalte gegen den NATO-Beitritt haben und vor dem hohen sozialen Preis der Reform warnen, wollen offensichtlich der Reformpolitik nicht im Wege stehen. Es scheint also, daß die Erfolgchancen für einen Neubeginn in Bulgarien jetzt so groß sind wie nie zuvor. Zum ersten Mal seit 1989 gibt es einen überparteilichen Dialog und einen breiten Konsens zwischen den Parteien im neuen Parlament. Hinter den optimistischen Prognosen und den ersten schnellen Schritten der Regierung stehen jedoch einige Fragezeichen.

Im Mittelpunkt des ökonomischen Reformprogramms steht die Einführung eines "Währungsrates". Er soll anstelle der Nationalbank die Finanzpolitik kontrollieren und einen stabilen Wechselkurs der Währung garantieren. Damit hofft die neue Regierung, erstmals die verantwortungslose Vergabe von "faulen" Krediten zu stoppen und eine strenge Finanzdisziplin zu sichern. Die geplante Strukturreform und die Privatisierung werden unweigerlich schwere soziale Einschnitte nach sich ziehen. Hauptaufgabe der neuen Regierung dürfte jetzt sein, die breite Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und den Menschen den Inhalt der einzelnen unpopulären Maßnahmen klar zu machen. Die Zustimmung der Bulgaren zu schocktherapeutischen Reformen darf man nicht überschätzen. Immerhin sind rund 2,6 Millionen Bürger offenbar von der Politik so enttäuscht, daß sie gar nicht zu den Wahllokalen kamen. Mit 58 % war die Wahlbeteiligung am 19. April noch nie so gering.

Mit der Debatte über die Öffnung der Stasi-Akten sind neue Konflikte über die Vergangenheit vorprogrammiert. Diese Frage spaltete schon früher die politische Elite des Landes und legte den parlamentarischen Entscheidungsprozeß zeitweise lahm. Der neue Innenminister Bogomil Bonev hat schon seine Parteifreunde gewarnt, daß die Offenlegung der Akten (die übrigens teilweise

vernichtet und manipuliert sein sollen) die Arbeit der Verwaltung schwer beeinträchtigen könnte. Vielleicht findet die neue Führung einen Weg, die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, ohne dabei neue Feindbilder zu schüren und das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen weiter zu verringern.

Es bleibt zu hoffen, daß die Vereinigten Demokraten ihre Fehler von 1991 nicht wiederholen, als sie schon einmal die Regierung stellten. Damals hat die radikale Abrechnung mit den Exkommunisten, die sogenannte Entkommunisierung, in vieler Hinsicht dem Reformprozeß eher geschadet und letztendlich zur Zersplitterung der antikommunistischen Allianz und zum Sturz der Regierung von Filip Dimitrov geführt. Manches spricht dafür, daß der blinde Kommunistenhaß in den Reihen der ODS noch nicht überwunden ist. Auch besteht die Gefahr, daß die Reform der Wirtschaft und der Staatsverwaltung zu einem bloßen Personalaustausch degradiert. Vor einigen Wochen wurden schon alle Bezirksverwalter und einige mißliebige "rote" Botschafter durch Parteigänger der Opposition ersetzt. Es wird auch davon geredet, die Kommunalwahlen vorzuverlegen, um die "roten" Bürgermeister in der Provinz zu vertreiben. Ein neuer Wahlkampf in diesem Jahr wird sicherlich den Reformprozeß nicht beschleunigen.

In Sofia spricht man heute weniger von Entkommunisierung als von einer Entkriminalisierung der Gesellschaft. Was das in der Praxis bedeuten kann, spürten zum Beispiel die Besitzer von teuren PKWs in der bulgarischen Hauptstadt am eigenen Leibe. Der Innenminister in der Übergangsregierung von Stefan Sofjanski hatte Ende März eine spektakuläre Razzia gegen die Automafia angeordnet. An einem Tag wurden mehrere hundert Luxusautos beschlagnahmt und erst zurückgegeben, nachdem ihre Besitzer nachgewiesen hatten, daß die Wagen nicht gestohlen und daß alle Steuern ordentlich bezahlt worden waren. Auch einige Eigentümer von Luxusvillen wurden von der Polizei aufgefordert, die Herkunft ihres Wohlstands offenzulegen. Laut Regierung werden solche Aktionen nun öfter stattfinden, als Vorgeschmack auf den angekündigten Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

Das harte Vorgehen der Polizei gegen die "Neureichen" wurde von vielen Menschen begrüßt, die meisten Bulgaren fahren ja sowieso ihre uralten Trabis und Ladas und haben dabei nichts zu befürchten. Die Jagd auf schwere BMWs und Mercedes in den Straßen von Sofia hat allerdings kaum die Autodiebe getroffen. "Solche Maßnahmen gehen an ihrem Ziel vorbei und dienen vor allem der Selbstdarstellung der neuen Regierung", meinte ein junger Unternehmer. Die Vertreter seiner Firma haben sich extra ein paar alte Gebrauchtwagen gekauft, um nicht aufzufallen. Mit dem Rechtsstaat hatte die sogenannte "Aktion Mücke" auch wenig zu tun. Der Menschenrechtler Krasimir Kānev ist der Meinung, daß sich die Polizei bei der Aktion unrechtmäßig verhalten hat. Bleibt zu hoffen, daß die "starke Hand" von Innenminister Bonev irgendwann auch die wirklichen Verbrecher erreicht und daß dies nicht auf Kosten des Rechtsstaates geschieht.

Selbstbewußtsein fehlt den neuen Hoffnungsträgern der Nation nicht. Der energische Präsident Petār Stojanov betont oft, daß die echten Wirtschaftsreformen in Bulgarien praktisch noch bevorstehen. Alles muß noch einmal von vorn beginnen. "Es fanden nur Scheinreformen statt, die Korruption nahm enorme Ausmaße an, eine arrogante Staatsmacht ignorierte die wachsende Unzufriedenheit und Unruhe im Lande. Bei ihrem Rücktritt hinterließen die Sozialisten nichts als Hyperinflation, Treibstoffkrise und Brotknappheit." – „Die Ex-Kommunisten haben das Land ruiniert, jetzt werden wir es wohl aus dem Sumpf ziehen müssen ..." – mit dieser Einstellung beginnt die ODS-Führung ihr Mandat. Hier darf man daran erinnern, daß schon zwei andere Regierungen versuchten, mit demselben missionarischen Eifer das Land zu reformieren, und dabei nach kurzer Zeit scheiterten. Die Vorgänger von Kostov – der Sozialist Zhan Videnov und der Liberale Filip Dimitrov – haben früher auch "alles noch mal von vorn" angefangen und sich einander die Verantwortung für die Wirtschaftsmisere zugeschoben. Auch diesmal droht ein Mißerfolg, wenn man nicht die Ursachen für das Scheitern der bisherigen Reformprojekte untersucht und Lehren daraus zieht, bevor man wieder ganz von vorn beginnt.

Hinter der verbalen Radikalität der neuen ODS-Führung und den permanenten Bekenntnissen zu

Schocktherapie, zu Europa und zur NATO steckt offenbar auch eine gewisse Ratlosigkeit über die Prioritäten der Strukturreform. Die Regierung hat noch kein konkretes Konzept für ihre Wirtschaftsreform vorgelegt, deswegen kann man nur spekulieren, wie sich die Verhältnisse zwischen dem Staat und den privaten Großunternehmen in Zukunft gestalten werden.

Soviel ist klar, man wird radikal privatisieren, die Regierung versucht alles Mögliche, um ausländische Investoren nach Bulgarien zu holen. Was aber die bestehenden privaten Wirtschaftskonglomerate von einer neuen Privatisierungswelle halten, weiß man nicht. Einige dieser Privatfirmen, wie etwa "Multigroup", haben eine Monopolstellung in mehreren Industriezweigen erreicht und fühlen sich stark genug, die Maßnahmen der Regierung zu unterlaufen. Manches spricht dafür, daß solche Gruppierungen pauschal als Mafiakartelle stigmatisiert werden und die neue Staatsführung versucht, sie an den Rand zu drängen. Die Ansicht, daß das Großkapital in Bulgarien "schmutzige" Ursprünge hat, ist weit verbreitet. Der neue Premier Ivan Kostov scheint einen harten Kurs gegen diese Gruppe zu steuern. Andere Mitglieder der Regierung sind weniger mißtrauisch und wollen mit den privaten Großunternehmen zusammenarbeiten. Somit könnten Interessenkonflikte und Verteilungskämpfe zwischen den Fraktionen der Staatsverwaltung und den Unternehmensführern wie bisher die Wirtschaftsreform blockieren.

Es wäre naiv zu erwarten, daß ausländische Investoren in großem Stil an der bulgarischen Privatisierung teilnehmen werden. Man sollte nicht darauf vertrauen, daß das ökonomische Potential der bulgarischen Strukturreform vom Ausland "importiert" werden kann, wie einige ODS-Politiker hoffen. Das Land ist immer noch für den Westen wenig attraktiv und sollte in erster Linie die nationalen Ressourcen besser nutzen. Der Erfolg der Reform wird auch davon abhängen, ob die Regierung Kostov faire und transparente Verhältnisse im politischen Betrieb und im ökonomischen Bereich schaffen wird – eine Aufgabe, an der alle ihre Vorgänger scheiterten.

Gelingt es der bulgarischen Machtelite diesmal, den Teufelskreis der instabilen, kurzlebigen Regierungen zu durchbrechen? Bisher schaffte es keine postkommunistische Regierung, mehr als zwei Jahre an der Macht zu bleiben, kein Parlament schöpfte sein vierjähriges Mandat aus. Die Bulgaren haben in den letzten sieben Jahren so häufig ihre Volksvertreter gewechselt wie noch keine andere Nation des ehemaligen Ostblocks.

Ivo Georgiev ist Mitglied des Graduiertenkollegs am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Tagungen

Projekt einer Internationalen Konferenz in St. Petersburg, Juni 1998

„Kommunitarismus, Liberalismus und demokratische Reformen in postkommunistischen Ländern". Kooperation zwischen dem Internationalen Zentrum bzw. dem Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen, und der Abteilung für Politikwissenschaft der Universität St. Petersburg

von Gerd Meyer, Tübingen; Vladimir A. Gutorov, Leonid Smorgunov, Aleksandr Korjushkin, St.

Gegenstand und Ziele der Konferenz

Die geplante Konferenz wird die demokratischen Reformen in den postkommunistischen Ländern, ihre Richtungen und Dynamiken, ideologischen Grundlagen und Legitimationen einer kritischen Analyse unterziehen und ihr Augenmerk auf die Rolle dieser Reformen bei der Konsolidierung von Demokratien richten. Als komparativer Bewertungsmaßstab dienen dabei die Grundströmungen innerhalb der postkommunistischen Politikwissenschaften und Ideologie, der Kommunitarismus und der Liberalismus. Die Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Richtungen bestimmen viele Spezifika der politischen Entwicklung in den postkommunistischen Ländern, die vielfältigen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat sowie die Dynamik einer sich herausbildenden Zivilgesellschaft. Gleichzeitig üben historische Traditionen und Erfahrungen der Vergangenheit, frühere politische Ideen, die auch aktualisiert sein mögen, und tief verankerte Mentalitäten und Erwartungen gegenüber dem Staat eine mächtige Wirkung aus. Diese Tendenzen haben widersprüchliche Effekte auf die Modernisierung des sozio-ökonomischen und des politischen Systems, sie stellen oft die ursprünglich liberale Orientierung der Reformen und deren soziale Konsequenzen in Frage.

Die Unvereinbarkeit der liberalen Prinzipien mit kollektivistischen Werten und den autoritär-bürokratischen Mustern der Vergangenheit (die aus der präsozialistischen wie sozialistischen Periode stammen) im politischen und sozialen Leben läßt Zweifel aufkommen, ob es möglich ist, konsolidierte Demokratien auf einer rein liberalen Basis zu etablieren, und wirft die Frage auf, wie man den Gefahren eines erneuten Etatismus begegnen kann. Die traditionelle, kollektivistisch-autoritäre politische Kultur hat einen deformierenden Einfluß auf die Fähigkeit der Bevölkerung, liberale demokratische Werte zu verstehen und ihnen gemäß zu handeln; somit verringert sich zugleich die Legitimität einer pluralen Demokratie und die Effizienz liberaler Reformen. Unter diesen Bedingungen wird die Suche nach einer Synthese dieser widerstreitenden Werte, nach vermittelnden, gar alternativen Werten, Prinzipien und Modellen immer bedeutsamer.

Die Haupthypothese der Konferenz besteht in folgendem: die demokratischen Reformen in den postkommunistischen Ländern, insbesondere in solchen mit starken autoritär-kollektivistischen Traditionen, werden nur dann erfolgreich sein und konsolidierte Demokratien herbeiführen, wenn kommunitaristische Werte mit eingeschlossen werden, indem sie eine neue, adäquate Bedeutung erlangen und als relevante, wenn auch nicht ausschließliche Prinzipien politischer Praxis verfolgt werden. Dies bedeutet, dem Etatismus entgegenzutreten, den Liberalismus zu modifizieren, neue Formen der sozialen Organisation auszuprobieren und eine entstehende Zivilgesellschaft *sui generis* zu stärken.

Von dieser Hypothese ausgehend, wird die Konferenz sechs Fragenkomplexe diskutieren.

1. Klärung der zentralen Konzepte.

Im politischen Bewußtsein der Bevölkerung wie auch in den öffentlichen Diskursen sind kommunitaristische Werte und Prinzipien oft sehr eng mit kollektivistischen Idealen und Ansichten verwoben. Es ist absolut notwendig, die kommunitaristischen und kollektivistischen Werte und ihre Beziehung zu liberalen wie auch etatistischen Denk- und Handlungsmustern genauer zu definieren (und die Differenz zwischen ihnen herauszuarbeiten). Auf der begrifflichen Ebene ist zu klären, auf welche Art und Weise kommunitaristische Werte das "klassische" Verständnis von Demokratie verändern, das in Westeuropa vorherrscht. Außerdem ist zu erörtern, in welcher Beziehung sie zu den liberalen und sozialen demokratischen Idealen der Staatsbürgerschaft, der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und des Wohlfahrtsstaates stehen.

2. Theorie liberaler und kommunitaristischer Prinzipien.

Worin liegt das theoretische und normative Potential eines liberal-pluralistischen Demokratiemodells, wenn es darum geht, eine glaubwürdige Legitimation und realistische Konzepte für demokratische Reformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu liefern? Existiert in der Praxis eine Krise der liberalen Prinzipien und Politiken in den postkommunistischen Ländern? Brauchen wir folglich beim Aufbau der Demokratien in den postkommunistischen Ländern ein neues oder revidiertes Konzept, welches die traditionellen („kommunitaristischen“) Elemente der politischen Kultur mit den meist "importierten", liberalen Werten verbindet? Was können wir als das weiterhin vorhandene und wertvolle Erbe der postkommunistischen Gesellschaften bezüglich der kommunitaristischen Ideen und Prinzipien ansehen? Und worin besteht deren theoretisches und normatives Potential für alternative Wege von Demokratie und Freiheit?

3. Empirische Ergebnisse: politische Kultur der Bevölkerung.

Auf der empirischen Ebene sind die Inhalte und Bedeutungen kommunitaristischer Werte in der postkommunistischen politischen Kultur wie auch die tatsächlichen Wertorientierungen und politischen Präferenzen der Bevölkerung in der Reformperiode zu untersuchen. Welche Art von traditionellen Ideen und Erwartungen, von historischen Erfahrungen und Elementen der "Nostalgie" nach der sozialistischen und präsozialistischen Zeit bestimmen das Denken und Fühlen der Massen wirklich? Wie beeinflussen diese Ideen ihre Präferenzen gegenüber Politikern und Parteien und ihre Vorstellungen von einer "guten Gesellschaft", vom Allgemeinwohl?

4. Rolle der Machteliten.

Die unterschiedliche Natur der Bedingungsfaktoren einer politischen Konsolidierung, Mängel der politischen Bildung und der Erwachsenensozialisation sowie eine noch ineffiziente Herrschaft der Gesetze bzw. des liberalen "Rechtsstaats" steigern die Bedeutung politischer Eliten und politischer Führung. Es ist wichtig herauszufinden, in welchem Ausmaß kommunitaristische, liberale oder auch davon ganz verschiedene Werte innerhalb der Machteliten verbreitet sind, in welcher Beziehung sie zu Partikularinteressen des Strebens nach Macht, Karriere und Erhalt von Privilegien stehen.

5. Theorie und Praxis der Reformen.

Kommunitaristische Prinzipien haben ihren Ausdruck in der Theorie und Praxis von Reformen im ökonomischen und sozialen Bereich, in Politik und Regierung gefunden. Welche Rolle spielen kommunitaristische Prinzipien in der aktuellen Politik der Eliten wirklich, und zu welchem Ergebnis führen sie? Fördern oder behindern sie die Herausbildung einer pluralen Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität? In welchen konkreten Inhalten und mit welcher Wirkung macht sich der "Kommunitarismus" bemerkbar – z.B. bei der Reform von Eigentumsbeziehungen in Industrie und Landwirtschaft, beim Management der Wirtschaft und innerhalb des politischen Systems? Haben die kommunitaristischen Prinzipien überhaupt Einfluß auf Richtung und Ergebnisse der Transformation kollektiver Eigentumsformen, auf die Konzipierung, Implementierung und tatsächliche Funktionsweise neuer ökonomischer und sozialer Strukturen, auf dezentralisierte Regierungsstrukturen, Föderalismus und lokale Selbstverwaltung? Gibt es eine Verbindung zwischen den etablierten sozialen Formen des kommunitaristischen Lebens (Familie, traditionelle Gemeinde, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Arbeitskollektive) und den politischen Organisationen, Institutionen und Gemeinschaften?

6. Kommunitaristische Werte, Liberalismus und der Staat.

Eines der zentralen Themen der Konferenz werden die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Kommunitarismus in den postkommunistischen Ländern sein. Bezogen auf die Gesellschaft ist zu fragen, ob die Werte des Kommunitarismus wesentlich zur Legitimität beitragen und vielleicht Teil

der nationalen Identität sind. Ist es möglich, den Staat als die Form zu identifizieren, in der sich die Gesellschaft als politische Gemeinschaft schlechthin etabliert? Oder handelt es sich um eine Zivilgesellschaft im Werden, möglicherweise mit einem spezifischen postkommunistischen Charakter, die im Gegensatz zum Staat auf einer kommunitaristischen politischen Kultur basiert? Wenn wir uns den Staat genauer anschauen, müssen wir uns folgendes fragen: Wie sieht in der Realität des politischen Prozesses die Beziehung zwischen kommunitaristischen und etatistischen Tendenzen aus? Was für eine Art von Staat sollte aufgebaut werden, damit er zumindest teilweise kommunitaristische Prinzipien einschließt? In welcher Beziehung stehen kommunitaristische Werte zum Rechtsstaat und wie vertragen sich die Prinzipien des Liberalismus mit den kommunitaristischen Prinzipien des Gemeinwohls?

Alle diese Probleme sind von großer theoretischer und praktischer Relevanz, wenn es darum geht, wie die demokratischen Reformen in den postkommunistischen Ländern konzipiert und implementiert werden können: Leistungen und Grenzen des Liberalismus und der liberalen Reformen; Kombination von traditionellem, nationalem oder systemspezifischem Erbe mit den Erfordernissen einer Marktwirtschaft und pluralistischen Demokratie; Entstehungschancen einer Zivilgesellschaft und Stärkung der Demokratie unter dem Vorzeichen einer bestimmten politischen Kultur und dominanter Mentalitäten; Interaktion von Reformen von "oben und von unten" und Zukunftsaussichten der Konsolidierung neuer Demokratien. Die aufgeworfenen Fragen und die Diskussionen auf der Konferenz könnten neue Anreize und Ideen für weitere Untersuchungen liefern.

(Aus dem Engl. von Ursula Frübis)

Die Verfasser: Prof. Dr. Gerd Meyer, Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen; Prof. Dr. Vladimir A. Gutorov (Lehrstuhl für Politologie), Prof. Dr. Leonid Smorgunov und Dr. Alexandr Korjushkin (Lehrstuhl für politisch-soziale Reformen) arbeiten als Politikwissenschaftler an der Philosophischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg.

Transformation in Europa – Transformation Europas?

Bericht über die Tagung „Transformation in Europa“ des Graduiertenkollegs am Osteuropa-Institut am 25./26. April 1997 in Berlin

von Tatjana Eggeling, Jörn Grävingholt und Wim van Meurs, Berlin

Europa befindet sich in einem epochalen Umbruch. Die Jahreszahl 1989 fließt einem schon heute nicht weniger bedeutungsschwer aus der Feder als die anderen großen Wendemarken der modernen Geschichte: 1789, 1914, 1945. Noch herrscht alles andere als Einigkeit, wie die neue Epoche zu benennen ist, was einmal als ihr Charakteristikum *an sich* gelten wird, und sicher ist es für solche Urteile auch noch viel zu früh. Doch wer statt dessen "nach 1989" sagt, weiß sich auf jeden Fall auf der sicheren Seite und wird selten auf Unverständnis stoßen.

"Nach 1989" lenkt den Blick zuallererst nach Osten – oder vielmehr in die verschiedenen Richtungen von Nordost- über Ostmittel- bis Südosteuropa, die wir zumeist noch immer mit dem Wort "Osten" zusammenzufassen gewohnt sind. Die Transformation der einstmaligen sozialistischen Systeme in etwas Neues wird noch für eine geraume Weile die Folie sein, vor der alles weitere Geschehen in den betreffenden Ländern interpretiert wird.

Doch allmählich wird auch immer klarer, was lange Zeit nur abstraktes Wissen war: daß nämlich der epochale Wandel im östlichen Europa den *gesamten* Kontinent vor völlig neue Aufgaben stellt. Der "Westen" ist in doppelter Weise in den Umbruch im "Osten" verwickelt: Einerseits dient er den östlichen Gesellschaften in vielerlei Hinsicht als Vorbild, als Modell oder auch als Warnung – in jedem Fall aber als Maßstab, an dem sich eigene Entwürfe, unter welchem Vorzeichen auch immer, abarbeiten. Andererseits kann der Westen selbst nicht einfach so tun, als sei nichts gewesen, und ungerührt "weitermachen". Der Wegfall des Eisernen Vorhangs ist vielleicht vor allem anderen eines gewesen: ein Sieg der Kommunikation. Auf allen Ebenen, von der Politik über die Wirtschaft bis zu den gesellschaftlichen Beziehungen, sind vielfältigste Austauschprozesse in Gang gekommen: verbale, monetäre, kulturelle. Solche Kommunikation verändert zwangsläufig beide Seiten und damit den Kontinent insgesamt.

Chancen, Probleme und Perspektiven dieser Veränderung exemplarisch auszuloten, war die Absicht der zweitägigen Tagung "Transformation in Europa", zu der das Graduiertenkolleg am Osteuropa-Institut im April nach Berlin eingeladen hatte. Der erste Tag, der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragestellungen gewidmet war, wurde von zwei Referaten kontrapunktisch eingeleitet.

"Rußland und Europa – Europa und Rußland" – unter dieser lapidaren wie vielsagenden Überschrift stand der Eröffnungsvortrag des russischstämmigen Literaturwissenschaftlers Prof. **Efim Etkind** (derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin), der die vor allem in Rußland immer wieder aufs Neue gestellte Frage nach der Zugehörigkeit des Landes zu Europa thematisierte – und ihr am Beispiel der mühsamen und oft genug vergeblichen Suche nach einer gemeinsamen Sprache nachging. Bei Aleksej Tolstoj, so Etkind, beginne die Frage nach der Europäisierung Rußlands im Grunde mit dem Versuch der "Enttatarisierung" des Landes durch Boris Godunov Ende des 16. Jahrhunderts, also ein Jahrhundert, bevor Peter I. (der Große) dann mit aller Macht die Fenster zum Westen aufstieß. Im 20. Jahrhundert habe der Stalinismus die Sowjetunion völlig von der Kommunikation mit dem Ausland abgeschnitten, so daß es erst nach 1953 wieder zu einer Öffnung des Landes nach Westen gekommen sei – wie auch zu einer Öffnung des Westens gegenüber Rußland. Dabei spielte die Kultur eine wichtige Rolle als Mittler zwischen den Welten. Aber verstand man sich deshalb auch gleich? Etkinds Thesen über die jeweils eigenen nationalen Ausformungen hochkultureller Formen wie Literatur, Poesie, darstellende Kunst und Musik und ihre Bedeutungen lösten die erste kontroverse Diskussion aus, da das Publikum seine kulturpessimistische Position zur aktuellen Situation Rußlands nicht teilte.

Während Rußland seine Rolle in und/oder mit Europa noch sucht, scheint ein anderes Land seinen Platz schnell (wieder-)gefunden zu haben. In seiner lebendig vorgestellten Zwischenbilanz "Polen. 8 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts" vermittelte der Warschauer Historiker Prof. **Wlodzimierz Borodziej** das Bild einer weitgehend erfolgreichen Transformation. Zwar sei das "polnische Wirtschaftswunder" durchaus nicht frei von einigen ernst zu nehmenden Krisenerscheinungen, die allzu vollmundige Zukunftserwartungen bremsen sollten, aber insgesamt nehme in der Bevölkerung der Optimismus zu und mit ihm auch die Bereitschaft, sich für eine Gestaltung der Zukunft aktiv einzusetzen. In historischer Perspektive hob Borodziej besonders die Stabilität des heutigen polnischen Staates in seiner äußeren wie inneren Verfassung hervor, die so noch nie erreicht worden sei. Die Zugehörigkeit zu Europa sei in Polen keine Frage, sondern vielmehr Teil des gesellschaftlichen Konsenses, der sich insbesondere in einer überwältigenden Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft äußere.

Beide Eingangsreferate warfen schon erste Schlaglichter auf unterschiedliche Zugangsweisen zu den aktuellen Vorgängen der nachsozialistischen Zeit in Osteuropa. Deutlich wurde hier aber auch, wie sehr die Rückschau auf die Historie den Blick auf Osteuropa prägen kann und wie sehr in den einzelnen Ländern selbst Anknüpfungsbemühungen an die eigene (vor-)sozialistische Geschichte den Umgang mit den Veränderungsprozessen beeinflussen.

Nach diesen einführenden Akzentsetzungen wandte sich die Tagung der Frage nach einer

zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur zu. Der Prager Politikwissenschaftler Dr. **Vladimir Handl** (derzeit Birmingham) diskutierte die verschiedenen Optionen einer institutionalisierten Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten in die westlichen Sicherheitssysteme und stellte fest, daß gegenwärtig zwar schon ein Netz aus verschiedenen Kooperations- und Beratungsforen existiere, dies aber langfristig den Ostmitteleuropäern nicht genüge. Er plädierte angesichts einer veränderten geopolitischen Lage, die nach einem neuen Selbstverständnis der Nato verlange, für eine inklusive gesamteuropäische Politik, die neben der Erweiterung um Repräsentanten einzelner Regionen gleichzeitig um eine flexible, kooperative Zusammenarbeit mit Rußland bemüht sein müsse. Zwar bringe die Aufnahme neuer Länder in die NATO oder auch nur in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU für beide Seiten nicht unerhebliche Belastungen mit sich, aber letztlich komme der Sicherheitspolitik die bedeutsame Aufgabe zu, den *per definitionem* destabilisierenden Transformationsprozeß von außen zu stabilisieren.

Prof. **Klaus Segbers** (Berlin, Graduiertenkolleg) diskutierte in seinem Beitrag die russischen Interessenlagen, empfahl aber zunächst einen pragmatischen Standpunkt bei der Beurteilung neuer Sicherheitsarrangements und skizzierte einen Katalog sinnvoller Analyse Kriterien für die Debatte um Sicherheitsfragen. Historisierende und moralisierende Argumente seien ebensowenig hilfreich wie geopolitische Überlegungen. Statt dessen müsse man sich fragen, wie ein realer Stabilitätstransfer zu erreichen sei. Unnötiger hausgemachter Zeitdruck sei dabei wenig produktiv. Im Falle Rußlands müsse man sich insbesondere von der Vorstellung verabschieden, es mit einem einheitlichen handlungsfähigen Akteur auf der internationalen Bühne zu tun zu haben. Vielmehr bestimme eine Vielzahl sich überlagernder und auch widersprüchlicher Interessenlagen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen das Bild. So komme es nicht zuletzt darauf an, überhaupt erst einmal die relevanten Akteure ausfindig zu machen und somit die Gesprächspartner zu bestimmen.

Das zwar hochmilitarisierte, aber strukturschwache Gebiet Kaliningrad, das in spezifischer Weise von allen Sicherheitsfragen betroffen ist, analysierte Dr. **Iris Tschöpe** (Berlin, Graduiertenkolleg) als Beispiel für regionale Sicherheitsvernetzung. Die Orientierung der russischen Exklave auf den baltischen Ostseeraum ist dabei begleitet von Bestrebungen, durch Rehistorisierung Kaliningrads die Region im Inneren zu stärken. Bemühungen um eine stärkere Öffnung des Gebietes in Richtung Westen stünde das militärische Interesse gegenüber, das Gebiet als westlichen Vorposten Rußlands zu etablieren, wobei ein gangbarer Weg in die Zukunft beide Aspekte integrieren müsse.

Im zweiten Block zur Wirtschaftsintegration Gesamteuropas wies Prof. **Michael Kreile** (Berlin) auf die Wechselwirkungen der NATO-Osterweiterung und der Erweiterung der EU hin, die nur unter Beachtung zweier Grundforderungen möglich sei. Zum einen sei die Beitrittsfähigkeit osteuropäischer Staaten zu prüfen und aktiv zu stützen, zum anderen müßten die Anpassungswiderstände in Westeuropa überwunden werden. Da aber sowohl unter ost- wie westeuropäischen Staaten keineswegs Einigkeit über die EU-Erweiterung besteht, konnte Kreile vor allem auf Hindernisse für die schnelle Aufnahme von Anwärtern wie z.B. Polen hinweisen. Die notwendigen Reformen der Agrar- und Strukturpolitik der EU machten eine erste Beitrittsrunde vor dem Jahr 2004 wenig wahrscheinlich.

Katrin Pingel (Berlin, Graduiertenkolleg) diskutierte die Auswirkungen und einzelne Modalitäten einer eventuellen Erweiterung der EU. Während die EU-Erweiterung in ihren Kernländern an Attraktivität verlöre, stiege ihre Anziehungskraft in den ostmitteleuropäischen Ländern, die sich davon eine stärkere Aufwertung erhofften. Da ein Abschluß des Übergangs zur Marktwirtschaft in diesen Ländern in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sei, ist aus ostmitteleuropäischer Sicht ein baldiger Beginn von Beitrittsverhandlungen nötig, während andererseits ein Ende von Sonderregelungen möglichst weit hinausgeschoben werden sollte. Beides erlege allerdings der bestehenden EU eine größere Bürde auf als ihre Süderweiterung in den achtziger Jahren.

In allen Referaten und Kommentaren des ersten Konferenztages wurde deutlich, daß die Diskussion

um die Veränderungen in Osteuropa längst nicht mehr geführt werden kann, ohne ihre Bedeutungen für Gesamt-europa mit zu reflektieren. Gerade Sicherheitsfragen und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwingen westeuropäische Gesellschaften, ihre Annahmen von Demokratisierung, Sicherheit und Marktwirtschaft, ihre Standpunkte und Standorte neu zu überdenken, deren Koordinaten seit dem Ende des Sozialismus einer neuen Dynamik unterliegen. Darauf machten die ReferentInnen aufmerksam, indem sie aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Problematik von EU- oder NATO-Osterweiterung schauten. Das Publikum widersprach ihren Sichtweisen insgesamt nicht, diskutiert wurden im Anschluß an die Vorträge vor allem einzelne Maßnahmenbündel, Kriterien oder Parameter, die als Lösungsmöglichkeiten oder Analyseinstrumente sinnvoll sein könnten.

Der zweite Tag galt dem Thema "Kulturelle Strukturen und Identitäten – Austausch und Dialog". Zwei Kulturwissenschaftlerinnen aus dem Graduiertenkolleg, Alexandra Mey und Kerstin Jule Reuter, präsentierten gut gewählte konkrete Fallstudien über Rußlands Verhältnis zu Europa oder, besser gesagt, über die Konstruktion Europas im russischen Denken. **Alexandra Mey** näherte sich in ihrem Vortrag "Leben und 'Tod des modernen Helden'. Zur ambivalenten Sicht des Westens im Schaffen Eduard Limonovs in den 90er Jahren" ihrem "Helden" mit feiner Ironie. Diese Ironie war sicherlich der einzige Weg, um Leben und Werk eines Schriftstellers, der erst in die USA emigrierte, dann nach Rußland zurückkehrte, zum Nationalbolschewisten wurde und den USA mit einem Atomkrieg drohte, ernsthaft zu diskutieren. Dementsprechend entstand eine spannende Debatte sowohl über die komplizierte Symbolik in Limonovs literarischen Werken als auch über die Rundumschläge in seiner Publizistik.

Kerstin Jule Reuter konkretisierte das russische Haß-Liebe-Verhältnis zu Europa anhand zweier Denkmäler Peters des Großen in den beiden "Hauptstädten" Rußlands. Die eine Statue steht eher unauffällig seit dem Juni 1991 im Hof der Peter- und Pauls-Festung in St. Petersburg und zeigt den Zaren in fortgeschrittenem Alter auf einem Stuhl sitzend, in Lebensgröße, aber wenig vorteilhaft: „ein einfacher Bürger“, wird hier suggeriert. Ganz anders das riesenhafte Seefahrerdenkmal, das kürzlich in Moskau eingeweiht wurde: Es stellt Peter in mythischer Größe am Steuerrad des Schiffes Rußland dar – eine Statue, die der Künstler ursprünglich einmal für Kolumbus entworfen hatte! Die anschließende Diskussion beschränkte sich nicht auf die naheliegende Frage, was Peter und das Schiff in Moskau sollen, sondern spannte erneut einen eleganten Bogen zwischen politikwissenschaftlichen und kulturhistorischen Fragestellungen.

Die Brücke zwischen Fallstudien und Gesamtfragestellung der Tagung schlug auch die Kunstkritikerin **Ekaterina Djogot** aus Moskau in ihren Ausführungen über „Russische Künstler und ihr Verhältnis zum Westen.“ Humorvoll zeichnete sie die Identitätskrise der neuen Generation russischer Darstellungskünstler nach: Sie reisen wie die Weltmeister um den Globus, präsentieren sich als "typisch russisch", werden in Rußland jedoch als Musterbeispiel der Verwestlichung betrachtet. Sie versuchen sich mit neuen Darstellungsformen zu profilieren. Beispielsweise geht der eine wie ein Hund über die Straße und beißt gelegentlich einen Zuschauer, während ein anderer in Amsterdam im Gefängnis sitzt, nachdem er ein Bild von Malewitsch beschmiert hat. Auch hartgesottene Kunstkritiker geraten hier ins Grübeln: Ist das Kunst? (Den Politikwissenschaftlern im Publikum war die Antwort auf dem Gesicht abzulesen.)

Nach diesen spielerischen, aber lehrreichen Beispielen stellte der Vortrag der Ethnologin Dr. **Juliane Roth** aus München einen Kontrapunkt dar. "Interkulturelle Kommunikationsbarrieren im Integrationsprozeß" zwischen Ost und West war das Thema ihres Beitrags. Nach einer Einführung in die Theorie von Kommunikation und Kulturbegriff griff sie zur allgemeinen Überraschung zur Bestimmung von Kulturgrenzen auf die politologischen Globalkategorien eines Samuel Huntington ("*clash of civilizations*") zurück. Bei ihrer These, Huntington sei zu unrecht als normativer Eurozentriker verschrien, wurden im Publikum die ersten Stühle nach hinten und Augenbrauen hochgeschoben. Ihr anschließender Versuch, in seinem Sinne die Kluft zwischen Ost- und Westeuropa auf alte Kultur- und Religionsunterschiede zurückzuführen und daraus implizit auf ihre Unveränderlichkeit zu schließen, stieß auf allgemeines Unverständnis. So blieb die Frage im Raum,

ob denn Kommunikation im Integra-tionsprozeß tatsächlich dauerhaft mit festen, unverrückbaren kulturellen Entitäten rechnen muß.

Einen ganz anderen ethnologischen Blick auf das Problem der interkulturellen Vermittlung zeigte der anschließende Vortrag von **Tatjana Eggeling** (Berlin, Graduiertenkolleg). Anhand von Beispielen aus der sowjetischen Jugendpresse der 80er Jahre zeichnete sie den Wandel im sowjetischen Blick auf das westliche Ausland nach. So war die Berichterstattung über das kapitalistische Ausland zu Anfang des Jahrzehnts noch von eindeutig wertenden Gegenüberstellungen geprägt, bis sie gegen Ende der 80er Jahre differenzierter wurde. Gleichzeitig waren westliche Kulturwaren bei sowjetischen Jugendlichen sehr begehrt, ohne daß sie dies als Widerspruch zum Leben im Sozialismus empfunden hätten. Damit wurde deutlich, daß sich innerhalb weniger Jahre zunächst zwei parallel nebeneinander existierende Rede- und Denkweisen einander annäherten, um in einen gemeinsamen Diskurs zu münden, der von kritischer Sympathie geprägt ist.

Dr. **Jonathan Steinberg** (Cambridge, England) schlug als Resumé und Ausblick zur Frage 'Was ist Europa?' in seinem Abschlußvortrag einen großen historischen Bogen. Mit drei Erbschaften im Gepäck, der römischen, der christlichen und der feudalen, erlebe Europa nach 1989 ein Zeitalter, das der Zeit nach 1648 ähnlich sei. Denn nun, nach dem Ende der Glaubenskriege, stehe der Kontinent vor allem vor der Frage: "Was bleibt?" Der EU räumte Steinberg wenig Chancen ein, integrierend wirken zu können, und charakterisierte sie als ein bürokratisches Monstrum ohne demokratische Gegenimpulse. Vielmehr sei sie ein Beweis dafür, daß die Summe der nationalen Interessen in Europa nicht das europäische Interesse ergebe. Die Suche nach neuen Entwürfen, die der einzigartigen Geschichte des Kontinents gerecht würden, müsse weitergehen.

Insgesamt ist es den Organisatoren der Tagung unter Leitung von Prof. Segbers vom Arbeitsschwerpunkt Politikwissenschaft gelungen, in zwei Tagen und dreizehn Vorträgen ganz unterschiedliche Gesichtspunkte zusammenzubringen, ohne daß der rote Faden verloren ging. Zugleich blieb ausreichend Zeit zur Diskussion, die besonders am zweiten Tag außerordentlich lebhaft und engagiert war. Die vorangegangene Tagung des Graduiertenkollegs "Umbruch zur 'Moderne'?" im Februar 1996 bestand im Grunde aus zwei Teilen, einem politik- und sozialwissenschaftlichen und einem kulturhistorischen, die jeder für sich versuchten, einen Beitrag zur Gesamtfragestellung des Kollegs zur Transformationsforschung zu leisten. Dieses Mal stand die Gesamtfragestellung weniger im Vordergrund, dafür aber war die Diskussion wahrhaft interdisziplinär, und man mischte sich gegenseitig erfrischend in die "Fachdiskussionen" ein.

Da das Graduiertenkolleg nach zwei (dreijährigen) Förderphasen mit dem Sommersemester 1997 seine Arbeit beendet, war dies vorerst die letzte Tagung in diesem Rahmen.¹ Die interessanten Beiträge und die engagiert geführten und spannenden Diskussionen der Veranstaltung ließen sie zu einem gelungenen Höhepunkt des letzten Kollegsemesters werden. Auf den neuen Tagungsband des Graduiertenkollegs "Transformation in Europa" dürfen wir gespannt sein.

Anmerkungen:

1) Gerade rechtzeitig für die Tagung war der im Peter Lang Verlag erschienene Sammelband von der letzten Kollegtagung (Februar 1996) eingetroffen: Umbruch zur "Moderne"? Studien zur Politik und Kultur in der osteuropäischen Transformation. Hrsg. T. Eggeling, W. van Meurs, H. Sundhaussen. Frankfurt am Main 1997 (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel. 5).

Tatjana Eggeling, Jörn Grävingsholt und Dr. Wim van Meurs sind Mitglieder des Graduiertenkollegs am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

"Geschichtliche Mythen in den Literaturen

und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas''

Bericht über die Konferenz am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Leipzig, 3. – 5. Juni 1997

von Juliane Brandt, Berlin / Leipzig

Ostmittel- und Südosteuropa sind Geschichtsregionen, die über Jahrhunderte bis hinein in die jüngsten Transformationsprozesse eine besonders mythogene Zone bilden. Legenden aus einer der Vorgeschichte der Nationen zugerechneten Zeit ebenso wie Mythen über deren Ursprünge, Kontinuitäten und Ansprüche zirkulieren hier neben vielen anderen mythisierenden Entwürfen bis heute in großer Zahl. Die Wirkungsmächtigkeit dieser Mythen erweist sich nicht zuletzt in tagespolitischen Auseinandersetzungen. Das *nation building* im 19. und 20. Jahrhundert das an keine ungebrochene Linie eigenstaatlicher Existenz anknüpfen und weder ethnisch noch konfessionell homogene Gebiete umschließen konnte, schuf ein besonders komplexes und konflikträchtiges Feld von Voraussetzungen für derartige symbolische Konstruktionen.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen stellt sich die Abgrenzung von anderen semiotischen Gebilden und ihren besonderen Funktionsweisen in verschiedenen Bereichen der Kultur als ständiges Problem dar. Was unterscheidet Mythen von Legenden, tradierten Stoffen, aber auch von Ideologien, Traditionen oder historiographischen Konzepten? Ist es angesichts der Spannweite der in verschiedenen spezialisierten Disziplinen unter den Begriff Mythos subsumierten Phänomene möglich, einen operationalisierbaren Begriff von Mythos zu entwickeln? In welcher Beziehung stehen die Schöpfung, Tradierung und Weiterverarbeitung von Mythen in der Literatur und Geschichtsschreibung mit ihrer Verwendung in der Alltagskultur oder auch in der Politik?

Angesichts der Vielfalt der definitorischen Ansätze in einer kaum noch überschaubaren Literatur zum Problemfeld "Mythos" konnte eine abschließende begriffliche Klärung nicht Anliegen der Konferenz sein. Hingegen sollten im Zusammenwirken von Literaturwissenschaftlern und Historikern vorhandene Ansätze interdisziplinär geprüft und diskutiert werden.

Nach einleitenden Referaten von Horst Turk (Univ. Göttingen), Brigitte Schultze (Univ. Mainz) und Eva Behring (GWZO Leipzig) zu kulturtheoretischen Systematisierungsmöglichkeiten vereinten die anschließenden Vortragsblöcke daher meist Beiträge zu Geschichte und Literatur einzelner Länder der Region.

H. Turk beleuchtete das Verhältnis von Rückgriff und Konstruktion, das in jedem Zugriff auf zunächst unmittelbar gegeben scheinende traditionelle Narrative einbegriffen ist. Am Beispiel der theoretischen Ansätze von Gellner und Huntington zur Stellung von Nation, Region und Zivilisation gegenüber ethnischen und konfessionellen Gegebenheiten, gegenüber den jeweils als innere bzw. als äußere Bedingungen interpretierten Konflikten hob er den Konstruktionscharakter gegenwärtig diskutierter Entwürfe zum Verhältnis von Mythos und literarischer Verarbeitung wie generell von Überlieferung und der rückversichernden Bezugnahme auf sie in hochkulturellen Deutungsmustern hervor. Mythos als 'Weise des Bedeutens' (Barthes) habe das Potential, über zeitliche Distanz und reale sozialstrukturelle Verschiedenheit hinweg Kontinuität zu bedeuten und Identität zu erklären. Inhalt und Stoßrichtung solcher Entwürfe seien angesichts der skizzierten metatheoretischen Voraussetzungen keineswegs zwangsläufig. Gegenüber der angeblichen Notwendigkeit einer nationalistischen Option oder aber eines "*Clash of civilizations*" verwies er auf die Chancen einer "hybriden Position" und die grundsätzliche Offenheit der in der Konferenz thematisierten Arbeit mit Mythen.

B. Schultze arbeitete am Beispiel gegenwärtiger Debatten in Rußland klassifikatorische Ordnungen der inneren Gliederung der russischen Kultur heraus. In der grundsätzlich durch Dichotomien geprägten russischen Kultur ordneten sich Mythen (verstanden als sinnhaltige Erzählungen) nach diesem Konzept neben Kulturthemen, Schlüsselkonzepten, Schlüsselbegriffen, Topoi und Kulturwörtern ein, ohne vorrangig identitätstragende Funktionen zu erfüllen. Diese Analyse der russischen Kultur beabsichtigt nicht, ein Klassifikationsmuster zur universellen Beschreibung von Kulturen zu liefern. Vielmehr gälte es, ausgehend von solchen konkreten, kulturbezogenen Analysen im interkulturellen Vergleich die Spezifik dieser Kultur gegenüber anderen nationalen oder ganze Zivilisationen umfassenden Kulturen zu erarbeiten. Sowohl die innere Struktur des jeweiligen Modells wie auch ihre Thematisierung selbst wiese in den einzelnen Kulturen bisherigen Untersuchungen zufolge erhebliche Unterschiede auf.

E. Behring stellte Mircea Eliades Mythenverständnis als ein in der untersuchten Region entstandenes, in der produktiven Auseinandersetzung mit zeitgenössischen westeuropäischen Strömungen entwickeltes Modell vor und demonstrierte dessen Umsetzung auf den rumänischen Nationalmythos "Miorița". Sie zeichnete nach, wie in Eliades Werk ein geschlossenes Gedankengebäude entstanden sei, das historische, psychoanalytische und religionswissenschaftliche Deutungen vorgeschichtlicher Überlieferungen zusammenführt und den Brückenschlag zur anthropologischen Deutung des Mythos in der Moderne und der Moderne durch den Mythos unternimmt.

Für Polen untersuchte Heinrich Olschowski (Humboldt-Univ. zu Berlin) den Mythos vom auserwählten Volk bei Mickiewicz und seine Verortung im Literaturkonzept der polnischen Romantik. Er belegte die breite Aufnahme des Mythos in der polnischen Nationalideologie und arbeitete die Kehrseite dieses Sühneopfer- und Auserwähltheitsmythos in Interpretationsmustern von Schuldlosigkeit und Verratensein heraus, deren Nachwirkung bis in jüngste Geschichtsdeutungen nachweisbar sei. Hans-Christian Trepte (GWZO Leipzig) und Boleslaw Klimaszewski (Krakau) rekonstruierten das Amerikabild der polnischen Literatur bzw. der Polonia und lieferten eine genaue Rekonstruktion des Bedingungsfeldes, aus dem heraus der "Mythos Amerika" in der polnischen Literatur entstand bzw. sich in der Erfahrung mit der amerikanischen Realität ein kritisches, von heterogenen Stereotypen durchzogenes Bild der Gesellschaft der USA durchsetzte. German Ritz (Univ. Zürich) führte in der Analyse der George-Rezeption von J. Iwaszkiewicz vor, wie problematische Inhalte in einem verwandten poetischen Konzept zunächst Aufnahme fanden und dann in einen langen Prozeß kritischer Auseinandersetzung eingingen. Francois Guesnet (Dubnow.-Inst. Leipzig) kontrastierte am Beispiel der russischen Juden in Polen historisch belegbare Entwicklungen und eine diese konträr interpretierende Ideologiebildung, die im Bild der "Litwaken" außerordentlich stabile Exklusionskriterien aufbaute. Arnim Walles (Univ. Klagenfurt) rekonstruierte seinerseits den Aufbau eines Entwurfs von Gruppenidentität mit positivem Bezug auf Ostjudentum und orientalische Tradition innerhalb des österreichischen Zionismus.

Am Beispiel von Geschichtsmythen und literarischem Umgang mit Mythen erhellten auch die Beiträge zur tschechischen Kultur Traditionsstränge und Voraussetzungenfelder für das Funktionieren von Mythen. Ute Raßloff (Humboldt-Univ. zu Berlin) zeichnete die Vielzahl der zur historischen Rückanbindung verwendeten Stoffe von der Zeit der "nationalen Wiedergeburt" bis in die Gegenwart nach. Wolfgang Schwartz (Univ. Leipzig) und Reinhard Ibler (Univ. Magdeburg) verfolgten in ihren Referaten zu Havel und Mrozek bzw. Hlaváček Mythenbildung und Mythendekonstruktion in der tschechischen Literatur des 19. und 20. Jh. Bedrich Loewenstein zeigte nach grundsätzlichen kulturtheoretischen Ausführungen über Mythen, Symbole und nationale Integration an Fallbeispielen besonders aus der tschechischen Literatur und Geschichtsschreibung, wie aus heterogenen Beständen vormoderner Überlieferung, aus lokalen Mythen, oft unter gleichzeitiger Verwendung kulturübergreifend tradiert Bilder, nationale Integrationsideologien entwickelt wurden. Frank Hadler (GWZO Leipzig) und Milan Hauner (Univ. of Wisconsin) führten am Magna-Moravia-Mythos bzw. an den Konzepten des Panslawismus vor, wie in Historiographie und Politik in genau rekonstruierten außenpolitischen Konstellationen und

innenpolitischen Interessenlagen Entwürfe einer großen Vergangenheit verdichtet und wieder relativiert, slawische Gruppenzugehörigkeit propagiert bzw. zugunsten nationaler politischer Strategien wieder in den Hintergrund verwiesen wurde. Hierzu ließen sich auch die Einsichten aus dem Vortrag von Christiane Piniek (Univ. Leipzig) in Beziehung setzen, der belegte, wie die formelle Erfüllung politischer Forderungen kritischen Gegenbildern mythischen Zuschnitts den Boden entzogen habe.

Ludwig Richter (GWZO Leipzig) vermittelte einen Überblick über die Fülle von Aufarbeitungen des Janosik-Mythos in der slowakischen Literatur und zeigte im Vergleich mit Mythen der Südslawen, wie unter gegebenen historischen und kulturellen Voraussetzungen konkrete Interpretationen und literarische Ausgestaltungen verwandter Vorlagen vorgenommen wurden. Der Vortrag von Peter Zajac (HU Berlin) wiederum machte im Anschluß an Hadler und Hauner deutlich, wie identische Vorlagen der Überlieferung im mitteleuropäischen *nation building* konkurrierend genutzt wurden. Unter dem Zwang, das gesamte semiotische Feld zu bearbeiten, hätten auch die slowakischen Nationalideologen nicht nur hochkulturelle Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis zu stellen, sondern schließlich auch alte Legenden und Vorgängerstaaten – auch hier Magna Moravia – vorzuweisen versucht. Umgekehrt demonstrierte Csaba Kiss (Univ. Budapest) am Falle des alten Oberungarn und seiner mythisierenden literarischen Würdigung bei Mikszáth, wie Kulturregionen als "kleine Heimat" auch in konkurrierende, staatspatriotisch strukturierte nationalkulturelle Modelle eingebunden werden können.

Peter Dávidházi (Akad. der Wissenschaften, Budapest) zeigte, wie im 19. Jh. in der ungarischen Literaturgeschichtsschreibung Entwürfe nationaler Mythen bewußt metaphorisch genutzt und zur Illustration der Selbstverortung nach innen und außen in insgesamt rational begriffene und untersuchte Geschichtsprozesse verwendet worden seien. Eine Ergänzung zum Umgang mit Mythen in der ungarischen Literatur brachte der Vortrag von Juliane Brandt (GWZO Leipzig), die am Beispiel von Márais Verarbeitung des Odysseus-Mythos im Exil Möglichkeiten und Probleme des Bezugs auf interkulturell überlieferte Vorlagen im Horizont der Moderne untersuchte.

Den theoretisch bereits mehrfach erörterten und besonders an tschechischen und slowakischen Beispielen diskutierten Gedankengang zu rückversichernd entworfenen Vorgängerstaaten und mythischen Erzählungen über nationale Identität nahm Wolfgang Höpken (Univ. Leipzig) in seiner Untersuchung von Krieg und Erinnerung auf dem Balkan wieder auf. Er zeigte, wie Lücken im Erinnern in Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten, besonders die Ausblendung ethnischer Konflikte, die dualistische, ja manichäische Struktur des Erinnerns sowie die Weise seiner Narration eine Aufarbeitung der Vergangenheit und tragfähige Konsensbildung verhinderten und schließlich in neue, nach dem Muster der alten auszutragende Konflikte mündeten. Er plädierte dafür, darin kein spezifisch balkanisches, aus gegebenen Voraussetzungen zwangsläufig hervorgehendes Muster zu sehen und wies auf die durchaus modernen Figuren dieses Erinnerns wie auf die Nutzung modernster Techniken bei der Verbreitung dieser Inhalte hin. Die Ausführungen von Angela Richter (Univ. Halle) zum Vidovdan-Mythos und seiner literarischen Tradierung bis in die Gegenwart illustrierten diese Thesen in eindrucklicher Weise. Ähnlich belegte die Untersuchung von Barbara Beyer (Univ. Leipzig) zum Umgang mit der Figur des Baj Ganju detailliert, wie hinter inhaltlich widerstreitenden Deutungen einer Figur jeweilige Paradigmen kulturtypologischer Selbstverortung und Strategien nationaler Ideologiebildung wirksam seien.

In mehreren großen Diskussionsblöcken wurde anhand des Wirkens und Funktionierens von Mythen in einzelnen Kulturen versucht, Stränge der Theoriebildung zusammenzuführen und nach gemeinsamen Begriffen sowie ihren einzelwissenschaftlichen Anschlußstellen gesucht. Als besonders produktiv erwies sich die gemeinsame, interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Fallbeispielen aus Literatur, politischer Ideologie und Historiographie, das ständige In-Bezug-Setzen realgeschichtlicher Entwicklungen, kultureller Konstruktionen über sie und der soziokulturellen Voraussetzungen, unter denen diese aus oft genau bestimmbareren Interessenlagen heraus geschaffen wurden und deutungskulturelle Wirksamkeit erlangten.

Jinakost' ('Andersartigkeit'): Differenz oder Gleichheit

Ein tschechisch-deutsches Frauenforum in Prag

von Meike Dülffer, Berlin

Spätestens nach der tschechisch-deutschen Deklaration, nach den Reden der Präsidenten Havel und Herzog, ist Versöhnung zwischen Tschechien und Deutschland auf allen Ebenen Programm. Es gibt zwar auf jeder Seite Gegner dieser Versöhnung, und auch solche, wie die Besucher des diesjährigen sudetendeutschen Pfingsttreffens, die ihrer Ablehnung besonders lautstark Ausdruck verleihen. Die eigentliche Verständigung hat aber schon lange vor der gemeinsamen offiziellen Erklärung begonnen. Sie findet meistens weit weniger geräuschvoll statt. Eine dieser Versöhnungsinitiativen ist zwischen deutschen und tschechischen Frauen entstanden und nennt sich tschechisch-deutsches Frauenforum. Fällt die Verständigung leichter, weil sich hier nur Frauen treffen? Dies ist zumindest die Idee dieser Initiative.

Begonnen hatte es letztes Jahr in Bonn mit dem Austausch von Gedanken zur Geschichte. Persönliche Erfahrungen und Erinnerungen von Tschechinnen und Deutschen wurden vorsichtig formuliert, angehört und toleriert. Das klappte so gut, daß man jetzt in der gemeinsamen Gegenwart ankommen und sogar einen Blick in die Zukunft werfen wollte. An diesem zweiten Treffen in Prag nahmen rund 40 Frauen teil.

Trotz einer insgesamt positiven Bilanz war dieses Treffen ein Lehrstück über die Grenzen gegenseitiger Verständigung. Die Schwierigkeiten beginnen nämlich nicht unbedingt mit den in Politik und Medien umstrittenen Vokabeln *odsun* ("Abschiebung") oder *vyhnání* ("Vertreibung") oder mit der „Schlußstrichdebatte“, sondern ganz woanders: Im Alltag und im konkreten Umgang.

Das Frauenforum ist durch die breitgefächerte Herkunft seiner Teilnehmerinnen ein bemerkenswertes Phänomen. Es ist nicht im klassischen Sinne politisch ausgerichtet, und so war es möglich, daß Frauen vom Prager Gender Studies Centre und von der Organisation gegen Frauenhandel ProFem, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen aus dem ökologischen Spektrum, Lehrerinnen und Universitätsdozentinnen mit Frauen der deutschen „Grünen“, mit Frauen vom Frauennetzwerk für Frieden, mit katholischen Basisarbeiterinnen, Ärztinnen und mit Damen aus der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammen saßen und kommunizierten. Gerade weil das Spektrum so breit war, fiel die Abwesenheit bestimmter Gruppen um so mehr auf, insbesondere die nur schwache Beteiligung von Frauen aus der ehemaligen DDR.

Am Beginn des Treffens stand die Suche nach einer gemeinsamen Grundlage. Zu nennen ist hier die „Aktionsplattform“ der Weltfrauenkonferenz von 1995 mit weitreichenden Forderungen zum Schutz und zur Gleichberechtigung von Frauen. Sie ist von beinahe allen Regierungen unterzeichnet worden. Auf den dort formulierten Zielkatalog kann man sich berufen und seine Umsetzung einfordern; doch müssen natürlich im konkreten Fall – hier: Tschechien und Deutschland – länderspezifische Aktionsprogramme entwickelt werden.

Zum anderen kann man auf das theoretische Konzept des Feminismus zurückgreifen. Dieser Begriff

ist teils positiv, teils negativ besetzt. In Tschechien bezeichnen sich selbst engagierte Frauen höchst ungerne als Feministinnen. Heute werden unter dem Begriff Feminismus verschiedene Konzepte diskutiert. Es geht beispielsweise um die Priorität von Differenz oder Gleichheit gegenüber Männern; um die Frage, ob besondere „weibliche“ Eigenschaften und Fähigkeiten existieren und ob diese am besten in Abgrenzung zur Entfaltung kommen. Ist Frauen gegenüber den Männern Differenz oder Gleichheit wichtiger? Oder ist der biologische Unterschied im Grunde zu vernachlässigen? Wie weit kann die Kategorie des *gender*, des „sozial-kulturellen Geschlechts“ für die Analyse von Differenz fruchtbar gemacht werden? Auch Differenzen zwischen Frauen werden heute verstärkt thematisiert und damit die Frage nach Gemeinsamkeiten *zwischen* Frauen neu gestellt. Es stellte sich auf dem Forum heraus, daß eine Diskussionsgrundlage vielleicht in der Diskussion ähnlicher Themen bestehen könnte, ohne das dies einheitlich vertretene Positionen bedeutet.

Die Lebensumstände von Frauen in Deutschland und Tschechien unterscheiden sich stärker voneinander, als dies vielen, vor allem deutschen Teilnehmerinnen vorher bewußt war. Sie haben unterschiedliche Biographien und politische Vergangenheiten, unterschiedliche Lebenskonzepte, Gegenwarts- und Zukunftswünsche. Die Trennungslinie verläuft aber nicht nur zwischen deutschen und tschechischen Lebenswelten. Auffallend waren die ostdeutsch-tschechischen Gemeinsamkeiten und das stärkere Interesse tschechischer Teilnehmerinnen an ostdeutschen Erfahrungen und Einschätzungen der Situation.

Dabei trat der beinahe klassische Konflikt zwischen (west-)deutschen, z.T. missionarisch gestimmten, Feministinnen und den eher pragmatisch eingestellten Tschechinnen, die den Westfrauen Männerfeindlichkeit vorwerfen, zum Glück kaum zutage. Gleichzeitig haben sich die Frauen beider Länder aufeinander zubewegt. Die in Deutschland aktuelle Debatte um „Geschlechterdemokratie“ zielt auf eine neue Zusammenarbeit mit den Männern und verläßt „männerfreie“ Konzepte. Was früher Ausdruck von Abgrenzung der Tschechinnen gegenüber ihren westeuropäischen Kolleginnen war – „*Ale já mám chlapy ráda*“ („Aber ich mag doch Jungs!“) – ist heute auch für deutsche Alt-feministinnen eine mögliche oder sogar selbstverständliche Position.

Doch an der Frage, wie die Zusammenarbeit mit den Männern konkret aussehen sollte, schieden sich die Geister wieder. Zwar gingen alle davon aus, daß Frauen grundsätzlich die Möglichkeit haben sollten, einen Beruf auszuüben. Für deutsche Diskussionsteilnehmerinnen stand dabei die Umverteilung von Arbeit im Vordergrund: Teilzeitstellen für beide Geschlechter, Erziehungsurlaub auch für Männer, gleiche Verteilung der Aufgaben bei Hausarbeit und Kindererziehung. Die Tschechinnen betonten dagegen stark das Recht von Frauen, ihrer „*touha pro domácnost*“ („Sehnsucht nach Heim und Herd“) nachgehen zu können. Doch möchten die meisten Tschechinnen, schon aus finanziellen Gründen, Beruf und Privatleben miteinander verbinden; die Einbeziehung der Männer in die Routinepflichten des häuslichen Alltags wurde von ihnen freilich nicht thematisiert. Angesprochen wurde dagegen das Phänomen, daß Frauen innerhalb der Familie zu dominierend seien – die Macht der Mütter müsse begrenzt werden.

Die deutsche Debatte um Frauenquoten schien an den tschechischen Realitäten vollkommen vorbei zu gehen, ohne daß die Gründe dafür deutlich und den Deutschen erklärt wurden. Es traten auch andere Differenzen zwischen deutschen und tschechischen Frauen, aber auch unter den Tschechinnen selbst, zutage. Eine Tschechin propagierte die Wiederherstellung der moralischen Werte der Familie, um in ihrer Sicht negativen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzutreten. Doch gibt es in Tschechien auch neue Vorstellungen, Lebensmodelle und Utopien. Sie werden tagtäglich ganz unspektakulär und ohne ideologische Rechtfertigungen, ohne Vorbilder, gegen traditionelle Werte mit Rückschlägen ausprobiert und gelebt. Dieser Wandel kam auf dem Forum leider nicht zur Sprache, denn unter den Teilnehmerinnen waren eigentlich nur Frauen über 35, die an solchen „Experimenten“ nicht beteiligt sind. Die Sichtweise junger Frauen fehlte dem Forum am meisten, und dadurch entstand ein unvollständiges, manchmal schiefes Bild der Realität. Wünschenswert wäre bei den Folgetreffen die Einbeziehung der Generation der „Töchter“, die durchaus ebenfalls Interesse an Austausch und Kontakten haben.

Festzuhalten bleibt auch, daß zwei vollkommen verschiedene Arten von „Diskussionskultur“ aufeinander trafen. Die deutschen Teilnehmerinnen dominierten erfahren und gewandt in der Plenumsdiskussion, die Tschechinnen führten eher informelle Gespräche in privaten Situationen, beim abendlichen Bier. Daß öffentliche Diskussionskultur und Konfliktfähigkeit für die Deutschen positive Begriffe sind, sagte den Tschechinnen nichts. Frauen aus Deutschland wiederum verstanden nicht, warum es auf ihre Forderungen keine Resonanz gab – vielleicht fiel es ihnen auch gar nicht auf.

Diese Beobachtungen erinnern an ein deutsch-tschechisches Klischee, das die Deutschen als öffentliche Polterer und die Tschechen als Kneipenhocker sieht. Aber manchmal sind Klischees auch eine Realität interkultureller Kommunikation. Die hier deutlich werdenden Differenzen und Andersartigkeiten müssen erst einmal wahrgenommen werden, um die Chance zu eröffnen, solche Kommunikationsgrenzen zu überschreiten. Dazu muß es in der Kommunikation allerdings auch Offenheit und Information geben. Genau daran haperte es bei diesem Treffen an mancher Stelle. Es existierte z.B. von tschechischer Seite keine Teilnehmerinnenliste. Die Deutschen wußten also gar nicht so genau, mit wem sie es zu tun hatten. Den meisten deutschen Teilnehmerinnen blieb einigermaßen schleierhaft, ob es überhaupt Frauenorganisationen in Prag gibt und wenn ja, welche. Auch das Frauen- und Lesben-Kulturfest nebenan im Goethe-Institut blieb Nichteingeweihten weitgehend verborgen.

Leider blieben die meisten Tschechinnen dem letzten Zusammentreffen dann auch ganz fern. So entstand eine „Abschlußdeklaration“ in überwiegend deutscher Regie, die „gemeinsame“ Forderungen formuliert. Die in fast allen Themenbereichen des Workshops aufgetretenen Differenzen haben durch den – mangels Präsenz – fehlenden Einspruch der Tschechinnen kaum Eingang in das verabschiedete Papier gefunden.

Mit dem Treffen ist das Forum nur in einem Teil der deutsch-tschechischen Gegenwart angekommen, die Befassung mit anderen Bereichen und Aspekten dieser Gegenwart steht noch aus. In Zukunft wird sich entscheiden müssen, ob die Treffen politischer werden und das Forum einige spezielle Themen zu seinem Arbeitsschwerpunkt macht – oder ob es als Plattform weiter bestehen will, was ebenso sinnvoll wäre. Dann müßte das deutsch-tschechische Forum jedoch tatsächlich allen interessierten Frauen offenstehen – auch nichtorganisierten und vor allem jungen Frauen. Neue Gemeinsamkeiten und Differenzen und nicht zuletzt neue Projekte werden sich dann ganz von selbst ergeben.

Meike Dülffer ist M.A. der Slavistik, Osteuropäischen Geschichte und Politologie.

Institutionen der Osteuropaforschung und -lehre

Die Südosteuropa-Gesellschaft

von Claudia Hopf, München

Die Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOG) hat ihren Geschäftssitz in München, arbeitet jedoch bundesweit als wissenschaftliche Mittlerorganisation zwischen den Staaten Südosteuropas und der Bundesrepublik Deutschland. Die Südosteuropa-Gesellschaft ist eine unabhängige und überparteiliche, private und gemeinnützige wissenschaftliche Vereinigung, die im Jahre 1952 von namhaften Gelehrten in München gegründet wurde. Nach ihrer Satzung hat sie die Aufgabe, die *wissenschaftlichen, wirtschaftlichen* und *kulturellen* Beziehungen zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, der ehemals jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Moldau, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Türkei, Ungarn und Zypern zu fördern. Sie vertieft die Kenntnisse über historische und gegenwärtige Entwicklungen in der südosteuropäischen Region und dient damit dem gegenseitigen Verständnis und einer völkerverbindenden Partnerschaft.

Die Südosteuropa-Gesellschaft regt den Ausbau und die Intensivierung der Südosteuropa-Forschung an. Sie stellt Kontakte zwischen deutschen und südosteuropäischen Gelehrten aller nicht-technischen Fachrichtungen her, gibt Anstöße für die Untersuchung wissenschaftlich relevanter Fragen, lenkt das Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses auf das Forschungsgebiet und veröffentlicht Arbeitsergebnisse aus der Südosteuropa-Forschung in ihren Publikationsorganen: der Vierteljahresschrift „Südosteuropa Mitteilungen“ sowie den Schriftenreihen „Südosteuropa-Jahrbücher“, „Südosteuropa-Studien“, „Südosteuropa-Schriften“, „Südosteuropa Aktuell“ und „Aus der Südosteuropa-Forschung“, die eine weite Verbreitung im In- und Ausland genießen. Sie vermittelt und interpretiert Erkenntnisse und Erfahrungen, die für die Kooperationsbeziehungen zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Ländern von Bedeutung sind. Sie informiert auch in Südosteuropa über den Stand der deutschen Südosteuropa-Forschung und bemüht sich um eine Kooperation zwischen den verschiedenen einschlägigen Forschungsinstituten.

Zu diesem Zweck veranstaltet die Südosteuropa-Gesellschaft internationale Konferenzen, wissenschaftliche Symposien, Fachtagungen, Seminare und Vortragsreihen. Sie fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs durch eine alljährlich stattfindende Internationale Hochschulwoche, durch Preise für hervorragende Leistungen in der Südosteuropa-Forschung und durch ein Programm für Kurzstipendien.

Als eingetragener Verein hat die Südosteuropa-Gesellschaft momentan ca. 530 Mitglieder. Zum überwiegenden Teil wird sie finanziell vom Auswärtigen Amt getragen; des weiteren steuern das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie die Mitglieder durch ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag (z.Z. DM 90,- jährlich, für Studenten DM 35,-) einen Teil zum Haushalt der Gesellschaft bei. Durch die Einbindung der Südosteuropa-Gesellschaft in den Bundeshaushalt sowie durch ihr Kuratorium, dem u.a. bedeutende deutsche Unternehmen, mehrere Bundes- und Länderministerien sowie Wirtschaftsforschungsinstitute angehören, arbeitet die SOG institutionell eng mit vielen gesellschaftlich relevanten Kräften in Deutschland zusammen. Ferner

bemüht sie sich um eine Verbindung zu allen anderen Instituten und Institutionen, die mit dem südosteuropäischen Raum befaßt sind. Besonders intensive Beziehungen hat sie zu dem ebenfalls in München ansässigen Südost-Institut.

Über die Bundesrepublik verteilt, unterhält die Südosteuropa-Gesellschaft folgende 19 Zweigstellen, die zumeist an Universitäten angesiedelt sind und ehrenamtlich geleitet werden: Berlin, Bonn, Dresden/Freiberg, Erlangen-Nürnberg/Bamberg, Göttingen, Hamburg, Jena, Leipzig, Mannheim/Heidelberg, Marburg, Münster, Passau/Regensburg, Trier, Tübingen, Würzburg. Die verschiedenen Konferenzen, die die SOG jährlich veranstaltet, finden sowohl im deutschsprachigen Raum als auch in den südosteuropäischen Ländern statt. Dort kooperiert die Südosteuropa-Gesellschaft z.T. mit traditionellen Partnerinstitutionen, die seit vielen Jahren existieren, z.T. mit neuen Instituten, einzelnen Persönlichkeiten, staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, die im Laufe der letzten Jahre entstanden sind.

Während deutsche Nachwuchswissenschaftler in Südosteuropa die Reisekosten erstattet bekommen, werden im Falle südosteuropäischer Nachwuchswissenschaftler in Deutschland die Aufenthaltskosten für maximal 28 Tage übernommen. Dieses Programm wurde 1995 auf eine Unterstützung des Studentenvereins „Copernicus München e.V.“ ausgedehnt. Ein bis zwei Studenten der Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften aus den südosteuropäischen Staaten wird seitdem pro Semester ein Gaststudium an der Münchner Universität ermöglicht sowie ein anschließendes Praktikum in einem deutschen Unternehmen. Hiermit möchte die Südosteuropa-Gesellschaft einen Beitrag zur Förderung der Transformationsprozesse in Südosteuropa leisten.

Die drei Arbeitsschwerpunkte der Südosteuropa-Gesellschaft – die Organisation von Veranstaltungen, Publikationen und Stipendien – werden in besonderem Maße von den aktuellen Gegebenheiten geprägt, die die gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und damit auch wissenschaftlichen Entwicklungen in Südosteuropa bestimmen. Auch wenn sich die SOG gelegentlich historischer und archäologischer Fragestellungen annimmt, liegt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei gegenwartsbezogenen Fragen. Seit der politischen Wende in Ost- und Südosteuropa haben sich dementsprechend die Inhalte ihrer Arbeit ebenso wie ihre Aufgaben stark verändert. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten liegt seit 1990 im Bereich der Suche nach Ansätzen zur Konfliktlösung. Die umfassenden Transformationsprozesse in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas sowie die ethnischen und nationalen Konflikte in der Region bestimmen thematisch die meisten Veranstaltungen, Publikationen und sonstigen Initiativen. Diesen grundlegenden Problemen versucht die Südosteuropa-Gesellschaft durch ein aktuelles Veranstaltungsprogramm Rechnung zu tragen. Für 1997 sind in diesem Zusammenhang z.B. zu nennen:

- die deutsch-bulgarische Wirtschaftstagung „Probleme der Privatisierung in Bulgarien“ in Dresden (Januar 97);
- zwei Diskussionsveranstaltungen in München und Bonn zum Thema „Das Volk geht auf die Straße – Zu den Hintergründen und Zielen der Protestaktionen in Serbien, Bulgarien und Albanien“ (März 97);
- die deutsch-amerikanische Konferenz über „Die Staaten Südosteuropas und die europäisch-atlantischen Strukturen“ in Bad Godesberg (Juni 97);
- eine Diskussionstagung zu „Griechenlands Stellung in der europäischen Politikperzeption und Mißverständnisse“ in Bonn sowie ein Symposium über „Grenzen und Grenzregionen in Südosteuropa“ in Sonneberg/Thüringen (Juni 97);
- die deutsch-serbische Konferenz „Serbien und die Nachkriegsordnung auf dem Balkan“ in

München (September 97);

- die 37. Internationale Hochschulwoche in Tutzing am Starnberger See zum umfassenden Thema „Eliten in Südosteuropa“ (Oktober 97);
- die internationale Konferenz zum „Wirtschaftlichen Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina“ (Herbst 97);
- und schließlich die Konferenz „Die Türkei an der Schwelle zum Jahr 2000“ in Bonn (November 97).

Weitere Informationen über Veranstaltungen, Publikationen und Stipendien der Südosteuropa-Gesellschaft sowie über die Möglichkeit einer Mitgliedschaft können bei der Geschäftsstelle erfragt werden:

Südosteuropa-Gesellschaft,
Widenmayerstr. 49,
80538 München,
Tel.: 089/2121540, Fax: 089/2289469

Claudia Hopf ist Stellvertretende Geschäftsführerin der Südosteuropa-Gesellschaft in München.

Die Ost-West-Wirtschaftsakademie ist am Ende

von Frank Werner, Berlin

Die Ost-West-Wirtschaftsakademie (OWWA)¹, 1990 gegründet, hat Konkursantrag gestellt, ein Sequester ist eingesetzt.

Zu dieser Situation haben mehrere Gründe geführt: Die Förderung der Europäischen Union ist erheblich eingeschränkt worden, weil Berlin aus der Zielgebiet-2-Präferenz ausgeschieden ist, darüber hinaus ist die finanzielle Unterstützung durch das Land Berlin deutlich verringert worden, und bereits vor zwei Jahren hatten sich einige Mitglieder des Fördervereins anderweitig engagiert. Zwei Randbedingungen haben die Arbeit zusätzlich beeinträchtigt: ein langfristiger Mietvertrag für eine – sehr attraktive – Villa, der in der Zeit der Berlin-Euphorie abgeschlossen wurde, und die schwere Erkrankung des Geschäftsführers.

Es waren somit ungünstige Rahmenbedingungen, nicht Mängel der Tätigkeit der Akademie, die jetzt zur Einstellung der Arbeit dieser Einrichtung geführt haben. Daher rühren auch die Bemühungen, den Förderverein und das Tätigkeitsfeld der Akademie zu erhalten, indem man eine organisatorische Anbindung an bestehende Institutionen anstrebt. Wir hoffen, daß diese Bemühungen bald Erfolg haben und werden über die weitere Entwicklung berichten.

Anmerkungen:

1) Zur Tätigkeit der Akademie s.: Berliner Osteuropa-Info Nr. 4, 1994, S. 35, u. Nr. 5, 1995, S. 32.

Der Verfasser ist Wiss. Mitarbeiter des Arbeitsbereichs Recht und Wirtschaft am Osteuropa-Institut.

Vor Ort

Wege aus der Gewalt.

Einblick in das erste Frauenhaus Rußlands

von Eva Hinterhuber und Inga Karbstein, Berlin

Weigert sich eine Frau (...) zu gehorchen und hört nicht darauf, was der Mann (...) sie lehrt (...), so empfiehlt es sich (...), sie nach Maßgabe ihrer Schuld mit der Peitsche zu verprügeln; aber nicht, wenn andere dabei sind, besser unter vier Augen. (...) Und schlag sie nicht gleich ins Gesicht oder aufs Ohr, sei vorsichtig mit Faustschlägen in die Herzgegend (...) und laß den Stock weg, den aus Holz und den aus Eisen. Denn wer sich in Wut zu dergleichen hinreißen läßt, kann viel Ungemach haben; wenn sie nämlich das Gehör verliert oder erblindet oder sich einen Knochen bricht, an der Hand, am Fuß oder sonstwo (...) Bleib bei der Peitsche und such dir vorsichtig aus, wo du hinschlägst: Die Peitsche, sie ist schmerzhaft und wirksam, abschreckend und gesund (...)." (1)

Gewalt gegen Frauen hat auch in Rußland eine lange Tradition, wie der zitierte Ausschnitt aus dem Domostroj, einer zu ihrer Zeit in Rußland weit verbreiteten Sammlung von Anweisungen zur „moralischen Lebensführung“, sehr anschaulich beweist.

Zwar war die Oktoberrevolution 1917 von entscheidender Bedeutung für die Verankerung von Frauenrechten auf staatlicher Ebene; dennoch überdauerte die patriarchale Sichtweise von Geschlecht die staatlichen Emanzipationsbemühungen. Unter Stalin erfuhr das vorrevolutionäre traditionelle Frauenbild eine Renaissance und erlangte in den 70er Jahren noch mehr Bedeutung, als die sogenannte „demographische Krise“ eine Welle staatlicher Propaganda für die Stärkung von Familie, Häuslichkeit und Kinder mit dem Ziel einer höheren Geburtenrate auslöste. Mit der Perestrojka kam ein weiteres Argument hinzu: Ökonomische Gründe ließen es ratsam erscheinen, in Zeiten der steigenden Erwerbslosigkeit Frauen in die häusliche Sphäre zurückzuverweisen. Die Propagierung der Hausfrauenrolle wird im gegenwärtigen Osteuropa durch die neuen politischen Bedingungen und die Einführung einer neoliberal geprägten Marktwirtschaft noch verstärkt.

Durch die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre gewinnt die angestrebte „private“ Form des Patriarchats, die Abhängigkeit vom männlichen Familienernährer, gegenüber dem früheren öffentlichen (wohlfahrtsstaatlichen) Patriarchalismus jetzt an Bedeutung.

Parallel hierzu ist ein Ansteigen von Gewalt gegen Frauen zu beobachten, wie offizielle Statistiken – in diesem Falle über zur Anzeige gebrachte Vergewaltigungen – belegen.

Strafanzeigen wegen Vergewaltigung (2)

	1987	1988	1989	1990
Rußland	10 902	11 560	14 597	15 010
UdSSR	16 756	17 658	21 875	22 467

Wenn auch diese Zahlen die steigende Tendenz verdeutlichen, so sagen sie trotzdem wenig über

das tatsächliche Ausmaß von Gewalt gegen Frauen aus. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. So wandten sich 1993 über dreihundert Frauen nach einer Vergewaltigung an das Frauenkrisentelephon in Sankt Petersburg; nur 1 % dieser Frauen konnte sich entschließen, das an ihnen begangene Verbrechen auch tatsächlich zur Anzeige zu bringen. Ursächlich hierfür sind zum einen eine komplizierte Gesetzeslage in diesem Bereich, zum anderen eine Miliz, die die betroffenen Frauen und ihre Vertrauenspersonen häufig nicht ernst nimmt oder gar neuerlich belästigt. Natalja Chodyreva, Psychologin beim Petersburger Krisentelephon, berichtet von Extremfällen erneuter Vergewaltigung durch Polizeibeamte. Hinzu kommt, daß Frauen, die Opfer sexueller Straftaten wurden, sich vielfach selbst schuldig fühlen bzw. von der Gesellschaft für das Geschehene verantwortlich gemacht werden. Dies gilt in erhöhtem Maße bei Gewalttaten innerhalb der Familie oder im Freundeskreis.

Gegenwärtig gibt es keine angemessenen Gesetze zum Schutz von Frauen innerhalb der eigenen Familie: In Fällen häuslicher Gewalt werden schlagende Männer bestenfalls für *chuliganstvo* (Vandalismus) verurteilt. Obwohl allein im Jahr 1993 14.000 Frauen von ihren Lebenspartnern ermordet und 57.000 geschlagen wurden, wird Gewalt in der Familie immer noch als Privatangelegenheit behandelt. Angesichts der sich hinter solch erschreckend hohen Zahlen verbergenden Frauenschicksale, der Mißachtung der strukturellen Komponente dieser Art von Gewaltverbrechen und der daraus folgenden Untätigkeit staatlicherseits gründete eine Handvoll Petersburger Frauen im Mai 1996 das erste russische Frauenhaus, darunter auch unsere Interviewpartnerin, Natalja Nikolaevna Gavrilenko.

Durch die hartnäckigen Bemühungen der Gründerinnen wurde ihnen noch unter der Regierung Sobchaks von der Bezirksverwaltung des Moskovskij Rajon, einem Petersburger Stadtteil, 200 qm Wohnfläche zur Verfügung gestellt. Den Frauen fehlten jedoch die finanziellen Mittel, um die völlig heruntergekommenen Räume zu renovieren; schließlich stellte der dänische Konsul in Sankt Petersburg die notwendigen Gelder zur Verfügung. Nunmehr stehen schutzsuchenden Frauen neun Räume zur Verfügung, die sie auch mit ihren Kindern bewohnen können. In den Räumlichkeiten eines ehemaligen Kindergartens befinden sich des weiteren ein Büro, ein Gemeinschaftsraum, eine Küche und ein großes Seminarzimmer. Psychologinnen, Juristinnen und Sozialarbeiterinnen (insgesamt zehn Mitarbeiterinnen) leiten das Projekt mit großem Engagement. Ihre Tätigkeit umfaßt mehrere Bereiche: Einerseits erhalten Frauen in besonders schweren Fällen sieben Tage lang freie Unterkunft und Verpflegung; diese Zeit soll den Frauen einen Freiraum schaffen, um über ihre Zukunft nachzudenken und mögliche Auswege aus der Situation zu finden. Gegen eine geringe Aufwandsentschädigung können die Betroffenen selbstverständlich auch länger in den geschützten Räumen bleiben, betont Natalja Nikolaevna, und auch wenn alle 17 Betten belegt sind, finde sich eine Möglichkeit, Schutzsuchende unterzubringen. Die meisten Frauen halten im übrigen auch nach ihrem Aufenthalt den Kontakt zum Frauenhaus aufrecht. Andererseits können sich Frauen sozusagen „ambulant“ juristisch und psychologisch betreuen lassen; außerdem existiert ein Notruf für Frauen in akuten Gewaltsituationen.

Natalja Nikolaevna bestätigt von sich aus die Aussage der oben angeführten Statistik: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die Gewalt gegen Frauen zugenommen. Sie erklärt dies damit, daß aufgrund des immer schwieriger zu meisternden Alltags viele Männer aggressiver geworden seien, und verweist außerdem auf die steigende Alkoholismusrate. Die sogenannten „neuen Russen“, deren wachsender Reichtum mit dem Sinken moralischer Werte einhergehe, setzten die von ihnen ökonomisch abhängigen Ehefrauen und Freundinnen unter Druck und zwängen sie nicht selten in eine unterwürfige Position. Darüber hinaus seien Strukturen wie das örtliche Parteikomitee oder das „Gericht der Genossen“, an die sich Frauen im Falle physischer Gewaltanwendung wenden konnten, ersatzlos weggefallen. Den Frauen selbst wiederum, so Gavrilenko, fällt es nicht leicht, Hilfe zu fordern und in Anspruch zu nehmen, sind sie doch geprägt vom Bild der starken Sowjetfrau. Hinzu kommt, daß die Schlichtung von Konflikten in der Familie oder mit den Nachbarn wie selbstverständlich traditionell den Frauen überlassen wird. Im übrigen wenden sich Frauen aus unterschiedlichsten Schichten an das Frauenhaus, die von der Initiative aus der Presse, aus Rundfunk und Fernsehen, aber auch vom Staatsanwalt oder der Frauen- und

Kinderklinik erfahren. Selbst die Miliz gibt manchmal den Hinweis auf die Existenz der Einrichtung.

Unsere Frage nach den individuellen Gründen, die Frauen dazu veranlassen, sich an das Frauenhaus zu wenden, führte zu einem für uns unerwarteten Ergebnis. Neben Gewalt in der Ehe birgt auch die spezifisch russische Wohnsituation einer *Kommunalka* ein vielschichtiges Konfliktpotential. Streitigkeiten zwischen Nachbarn werden nicht selten auf der Ebene physischer Gewalt ausgetragen; hinzu kommt eine Verschärfung der Konflikte durch den weitverbreiteten Alkoholmißbrauch. Das Zusammenleben mehrerer Generationen auf engstem Raum artet häufig in gegenseitigen Psychoterror aus. Aus einer solchen Konstellation gehen insbesondere alleinstehende ältere Frauen als Opfer hervor. Sie werden vor allem als Störfaktoren wahrgenommen, die unnötig Platz wegnehmen, und stehen dementsprechend unter starker psychischer Belastung. Auch Fälle physischer Mißhandlung alter Frauen sind dem Frauenhaus bekannt.

In weniger aussichtslosen Lagen versuchen Natalja Nikolaevna und ihre Mitstreiterinnen, Konflikte durch Gespräche zu lösen. Sie begleiten die betroffenen Frauen in die *Kommunalka*, um ihnen bei der Schlichtung der Probleme zur Seite zu stehen. Besteht keine Hoffnung auf eine Besserung der Situation, gehen sie gemeinsam zur Polizei – dies auch, weil Polizeibeamte häufig das Anliegen der betroffenen Frau nicht ernst nehmen oder, im Falle von Gewalt in der Ehe, sich mit dem Ehemann solidarisieren.

Die kompetenten Juristinnen des Frauenhauses nehmen sich der rechtlichen Seite der Probleme an. Insbesondere in Scheidungsfällen sind sie gefragt, da Frauen meist diejenigen sind, die nach einer Trennung die Wohnung verlassen müssen und auf der Straße stehen. Zudem wird in Rußland das Sorgerecht neuerdings häufiger dem Vater zugesprochen – so Natalja Gavrilenko – da er regelmäßig über mehr Geld etc. verfügt.

Wie so häufig, ist die finanzielle Situation des Frauenhauses alles andere als rosig – zwar war es den Initiatorinnen am Beginn des Projekts gelungen, die Stadtregierung zu überzeugen, die Kosten zu übernehmen, seit dem Regierungswechsel jedoch werden nur mehr die Löhne der Mitarbeiterinnen ausbezahlt. So können die Betriebskosten für die Räume schon seit Monaten nicht mehr bezahlt werden. Natalja Gavrilenko kritisiert die Haltung der neuen Regierung: Da Frauen die meisten Steuern an den Staat abführten, solle der Staat auch für die Finanzierung des Frauenhauses aufkommen, argumentiert sie. Gleichzeitig aber ist sie voller Ideen, wie man die finanzielle Lücke eigenständig schließen könnte. Sie denkt dabei an eine Initiative zur Unterstützung von Frauen, die sich selbständig machen wollen – in den ausbaufähigen Räumlichkeiten könnten eine Rechtsanwältin ihre Kanzlei, außerdem ein Kosmetikstudio, ein Friseurladen, eine Schneiderei ihre Pforten öffnen; die Miete wiederum könnte für den Erhalt der Initiative verwendet werden. Es bestehen ferner Überlegungen, im Rahmen eines EU-Projektes oder seitens einer Stiftung Geldmittel zu mobilisieren.

Wenigstens einen Vorteil hatte der oben genannte politische Machtwechsel: Unter Sobchak mußte das Frauenhaus durch ein großes Schild gekennzeichnet sein, auf dem die Finanzierung durch die Stadt Sankt Petersburg hervorgehoben wurde. Diese Kenntlichmachung der Räumlichkeiten als Frauenhaus stellte eine nicht geringzuschätzende Gefährdung der schutzsuchenden Frauen dar. Nunmehr erhielten die Mitarbeiterinnen die Erlaubnis, das Schild auszuwechseln – heute verrät nur noch eine Plakette, daß sich hinter der Tür ein psychologisches Beratungszentrum für Frauen befindet.

Im Gespräch mit Natalja Gavrilenko und ihren Mitstreiterinnen fällt das große Engagement auf, mit dem sie sich der Sache widmen. Zwar bestätigen sie einstimmig, daß die Arbeit im Frauenhaus sehr belastend ist – ein Faktum, dem sie mittels regelmäßiger Treffen, bei denen sie sich aussprechen können, Abhilfe zu schaffen versuchen. Ihre Begeisterung (und wohl auch die dringliche Lage) läßt sie aber dennoch Kraft für Erweiterungspläne neben der praktischen Arbeit finden. In Zukunft wollen die Frauen in jedem Stadtbezirk eine Wohnung mieten, um dem Bedarf gerechter werden zu

können und auch, um den betroffenen Frauen und deren Kindern lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, zum Kindergarten oder zur Schule zu ersparen.

Selbst den Bereich Forschung vergessen die Aktivistinnen nicht: Sie erstellen Statistiken, arbeiten sogar mit einem soziologischen Institut zusammen. Gegenwärtig schreibt eine Studentin ihre Diplomarbeit über das Frauenhaus. Sollte eine Studentin des Osteuropa-Institutes der FU Interesse an einem Praktikum haben – Unterkunft und Betätigungsfeld sind vorhanden. Näheres kann bei den Frauenbeauftragten in Erfahrung gebracht werden.

Anmerkungen:

- 1) Domostroj. Ausgabe der ältesten Handschrift aus der zweiten Hälfte des 16. Jh., mit einer Einleitung von J. Sabelin, in: Chtenija obshchestva istorii i drevnostej rossijskich, Kapitel 45. Zitiert nach: Köbberling, Anna: Zwischen Liquidation und Wiedergeburt. Frauenbewegung in Rußland von 1917 bis heute, Frankfurt/ New York, 1993, S. 12.
- 2) Vgl.: Khodyreva, Natalja: Sexism and Sexual Abuse in Russia, in: Chris Corrin (Hg.), Women in a Violent World, Edinburgh 1996, S. 27.
- 3) A.a.O., S. 31.

Eva Hinterhuber ist Studentin am Osteuropa-Institut;

Inga Karbstein ist Frauenbeauftragte und Studentin am Osteuropa-Institut.

Vorwärts in die Vergangenheit?

Die Russisch-Orthodoxe Kirche zwischen Bewahrung, Nationalismus und Reform

von Klaus Buchenau und Benjamin Beck, Berlin

Die Situation in den 90er Jahren: Der Schock der Freiheit

Die Zahlen sind imposant, und es entsteht der Eindruck, als ob die vielbeschworene "Wiedergeburt Rußlands" vor allem hier stattfindet: In der Russisch-Orthodoxen Kirche. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion waren im Februar 1997 der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats wieder 18.000 Kirchengemeinden unterstellt, fast dreimal so viele wie 1988. Ähnlich wuchs in diesem Zeitraum die Zahl der geistlichen Akademien – von zwei auf fünf. Noch größer ist der Zuwachs bei den Priesterseminaren, in denen die niedere Geistlichkeit ausgebildet wird: 1988 waren es nur zwei, mittlerweile sind es 21. Auch die Klöster, die in der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) traditionell einen besonders hohen Stellenwert haben, erleben eine Renaissance: 369 wurden in den vergangenen Jahren wiedereröffnet.(1)

Umfragen in der Bevölkerung der Russischen Föderation ergeben ein ähnliches Bild: Etwa 60 % bekennen sich gegenwärtig zum orthodoxen Glauben. Bei einer Umfrage des "Allrussischen Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung", die vor dem diesjährigen Osterfest durchgeführt wurde, gaben sogar 89 % der Befragten an, diesen wichtigsten orthodoxen Feiertag begehen zu wollen.(2)

Doch was steht hinter diesen Zahlen? Wer sich von ihnen nicht blenden läßt, stößt auf eine Realität, die für die offizielle Kirche durchaus besorgniserregend ist. Denn wer sich heute "rechtgläubig" nennt, hat oft nur eine vage Vorstellung davon, was mit diesem Begriff eigentlich gemeint ist. So wurde Ende 1996 auf einer Konferenz der orthodoxen Bistumsmissionare festgestellt, daß sich "viele von denen, die sich für orthodox halten, in Wirklichkeit zu einem Gemisch aus einander oft

ausschließenden östlichen Konfessionen, Astrologie, Heidentum und Magie bekennen und dies mit einem primitiven Ritenkult würzen."(3) Um die in der Zeit des staatlich verordneten Atheismus beinahe verlorengegangenen christlichen Traditionen wiederzubeleben, ist aus der Sicht der Kirche eine umfassende innere Missionstätigkeit nötig, mit der die Priesterschaft größte Mühe hat. Zwar hatte die ROK in der Sowjetunion eine legale Existenz, doch Mission war ihr verboten. Die "Verbannung ins liturgische Ghetto" bedeutete, daß die Auseinandersetzung mit anderen Religionen und Sekten nicht zur Ausbildung der Priesterschaft gehörte.

Seit die Kirche mit der Tausendjahrfeier zur Taufe der *Rus'* 1988 zunehmende Freiheiten genießt, sieht sie sich mit einer ungewohnt starken Konkurrenz von protestantischen Predigern, aber auch Astrologen, *Ekstrasensy*, selbsternannten Wunderheilern und Sekten konfrontiert. Deren Lehren, so Patriarch Aleksij II., seien zwar "kümmerlich" und "heillos", aber die "Sektierer hätten gelernt, die Leute in Liebe anzunehmen, während die Glieder der wahren Orthodoxen Kirche, sogar Geistliche, hier einen großen Nachholbedarf"(4) hätten. Soll die ROK also von Häretikern lernen?

Ja, aber nur, um sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Dem verweltlichten Menschen, das wird immer wieder deutlich, kommt die Orthodoxe Kirche nur begrenzt entgegen. So antwortete der bekannte Priester und Buchautor Aleksij Moroz auf die Frage, ob die ROK dem Menschen nicht mehr Verständnis entgegenbringen und die Liturgie auf Russisch (statt auf Kirchenslawisch) abhalten sollte: "Die katholische Kirche läßt sich auf das Niveau der Menschen herab, aber die orthodoxe hebt den Menschen hinauf, um in ihm das Ebenbild Gottes zu entwickeln. Werde demütig, erlerne die Sprache. (...) Kirchenslawisch wurde von den Heiligen Method und Kyrill als Sprache des Gottesdienstes geschaffen. Und das moderne Russisch besteht doch schließlich zur Hälfte aus Verbrecherjargon und *mat*, in dieser Sprache kann man einfach keine Gottesdienste abhalten."(5)

Bei der gegenwärtigen "Neumissionierung" spielen die Klöster eine wichtige Rolle. Gerade sie bekommen jedoch auch die katastrophalen Folgen der gesellschaftlichen Transformation zu spüren. Sie werden zu wichtigen Anlaufpunkten für Menschen, die – oft sozial und persönlich – im Leben gescheitert sind und im Schutz der Klostermauern Zuflucht suchen. Diese neue Rolle steigert die Bedeutung der Klöster, überfordert sie aber auch. Oft stehen die Mönche in einem Konflikt zwischen dem Gebot der Nächstenliebe und dem Wissen, daß viele der um Aufnahme drängenden Menschen eigentlich medizinische oder psychotherapeutisch-psychiatrische Hilfe bräuchten, die es für Mittellose im gegenwärtigen Rußland nicht gibt.

So wünschenswert der Andrang von Menschen aus der "Welt" aus der Sicht der Kirche ist – so problematisch ist er gleichzeitig für die Prinzipien des Klosterlebens. So berichtet Archimandrit Nazarij, der Aufseher (*blagochinnyj*) über die Klöster des Petersburger Bistums: die Menschen "(kommen) unvorbereitet aus der Welt zu uns. (...) Vor allem verstehen sie nicht, daß die Grundlage des Klosterlebens Gehorsam und Demut sind. Sie (...) beginnen Diskussionen darüber, daß es im Kloster ‚Demokratie‘ geben solle. Aber ein Kloster ist eine monarchische Republik, hier muß man das hierarchische Prinzip beachten und sich unterordnen können."(6)

Mission bedeutet vor allem, in der Gesellschaft präsent zu sein – und das gerade im sozialen Bereich. Der sowjetische Staat hatte die Kirche vollständig aus der Sozialarbeit verdrängt, um ihr die gesellschaftliche Wirkung zu nehmen. So verlernten die Priester der ROK den sozialen Dienst, und somit ist alles, was sich heute in diesem Bereich tut, Pionierarbeit. In Moskau wurde z.B. das Martha-Marien-Stift, ein Nonnenkloster, wiedereröffnet. Wie in der vorrevolutionären Zeit widmet es sich auch heute vorrangig der Sozial- und Bildungsarbeit. In erster Linie bemüht man sich um den Aufbau einer medizinischen Versorgung für die ärmsten Schichten der Bevölkerung, einer Armenspeisung und eines Kinderheims.(7)

Am Beispiel der Sozialarbeit wird aber auch deutlich, wie sehr die Kirche gegenwärtig auf den Staat angewiesen ist. Die Rückgabe des in der Moskauer Innenstadt gelegenen Martha-Marien-Stiftes an die ROK, in dem sich verschiedene weltliche und kommerzielle

Einrichtungen niedergelassen hatten, wäre z.B. ohne die Unterstützung durch Bürgermeister Lushkov unmöglich gewesen.

Bei der Sozialarbeit besteht eine Interessenallianz von Kirche und Staat. Letzterer hat größte Mühe, seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nachzukommen und ist froh, wenn kirchliche Aktivität den Verfall der staatlichen Fürsorge zumindest teilweise auffängt. Anders sieht es bei der religiösen Bildungsarbeit in den Schulen aus, die nicht bei allen weltlichen Behörden mit Sympathie und Unterstützung rechnen kann. Doch auch hier entwickelt sich allmählich eine Zusammenarbeit, wobei einige Regionen mit detaillierten Vereinbarungen über die kirchliche Bildungsarbeit auf lokaler Ebene einer Regelung für die gesamte Föderation vorausgreifen.

So vereinbarte der Bischof von Novosibirsk mit der Gebietsadministration ein Programm, welches nicht nur die Schaffung sozialer Einrichtungen unter kirchlicher Leitung regelt, sondern auch staatliche Unterstützung bei der Gründung von orthodoxen Sonntagsschulen, Kindergärten, Progymnasien und Gymnasien vorsieht. Bis Anfang 1996 wurden auf dieser Grundlage im Bistum Novosibirsk drei kirchliche Gymnasien und ein Progymnasium gegründet.⁽⁸⁾ Die Kooperation von Kirche und Regionalverwaltung macht bereits Schule. Am 26. März dieses Jahres unterzeichneten Patriarch Aleksij II. und der Gouverneur von Cheljabinsk, Petr Sumin, ein Abkommen zwischen Kirche und Gebietsadministration – das erste seiner Art.

Auf Föderationsebene ist das Verhältnis von Kirche und Staat bislang nur vage formuliert, aber die grundlegende Tendenz der zahlreichen Erklärungen ist eindeutig: Man braucht sich gegenseitig und betont das gemeinsame Ziel – die meist national-patriotisch verstandene "Wiedergeburt Rußlands". Das wichtigste Forum dieses nationalen Projekts ist der "Gesamtrussische Nationalkongreß". Anfang Mai dieses Jahres tagte er zum vierten Mal seit dem Zerfall der Sowjetunion, einberufen und gesegnet vom Patriarchen persönlich. Vertreter von Exekutive und Legislative bekundeten ihr Interesse durch Grußbotschaften. Der Kongreß will Vertreter aus allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, Geistliche wie Laien, zusammenzuführen, um mit ihnen einen Konsens für das von zentrifugalen Kräften geschüttelte "wiedergeborene Rußland" zu finden.

Dabei beruft man sich immer wieder auf die *sobornost'*, jenen schwer übersetzbaren Terminus, der die Kirche als Leib Christi und die Gemeinschaft der orthodoxen Christen als Teil dieses einen Körpers beschreibt. Die mit der *sobornost'* verbundene politische Utopie besteht in der Identifizierung der Gesellschaft mit einer allumfassenden Kirche.

Wie das Abschlußdokument des 3. Allrussischen Nationalkongresses zum Thema "Rußland und die Russen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" zeigt, soll die Orthodoxe Kirche nicht nur Begleiterin bei der "Wiedergeburt" Rußlands sein, sondern seine Seele: "Die Kirche muß die Stimme des Nationalgewissens sein und in vollem Maße den ihr eigenen prophetischen Auftrag gegenüber Volk und Macht wahrnehmen."⁽⁹⁾ Dabei wird das gegenwärtige Elend als Folge des Abfalls vom rechten Glauben verstanden, der nach der Oktoberrevolution 1917 einsetzte. Entsprechend wird die gegenwärtige "Wiedergeburt" als geistige Katharsis interpretiert: "Jahrzehnte des Vergessens der Göttlichen Wahrheit haben in unserem Volk eine geistige Verwüstung hinterlassen und die Herzen der Menschen mit Unwahrheiten und Sünden beschwert. Gerade darin sind die Wurzeln der krisenhaften Erscheinungen zu sehen. Daher liegt die Berichtigung des historischen Weges Rußlands, die Erleuchtung seines Angesichts, in der Rückkehr zum Glauben der Väter."⁽¹⁰⁾

Die Abkehr der ROK von der sowjetischen Vergangenheit geht jedoch nicht einher mit einer Kritik am eigenen Verhalten in dieser Zeit. Die politische Willfährigkeit der orthodoxen Hierarchie gegenüber dem atheistischen Staat ist in den Publikationen des Moskauer Patriarchats kaum ein Thema. Vorwürfe der Russisch Orthodoxen Auslandskirche, die Außenabteilung des Moskauer Patriarchats habe die wahre Situation der Gläubigen in der Sowjetunion stets verschleiert, wies Aleksej II. 1996 anlässlich des 50. Geburtstages der Außenabteilung entschieden zurück. Die ROK sei in der Sowjetunion primär Opfer atheistischer Repressionen gewesen und nur die Loyalität gegenüber dem Staat habe der Kirche ihre legale Existenz sichern können. Als 1992 ein

parlamentarischer Ausschuß die jahrzehntelange Zusammenarbeit einiger oberster Hierarchen mit dem KGB aufdeckte, versuchte sich das Patriarchat den gerichtlichen Nachfragen zu entziehen.

Als zentraler Bezugspunkt der nationalen Argumentation ist die ROK heute für beinahe alle politischen Parteien ein begehrter Partner. Zwar betont Patriarch Aleksij immer wieder, die ROK wolle keine Staatskirche sein und ihre vom Staat getrennte Existenz bewahren, doch seine politischen Handlungen sprechen eine andere Sprache. Bei der Einweihung von Kirchen und Denkmälern sowie an staatlichen Feiertagen tritt der Kirchenführer regelmäßig gemeinsam mit führenden Politikern auf. Am augenfälligsten ist dies bei der Zusammenarbeit mit dem Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkov, der die ROK beim Wiederaufbau der riesigen Erlöser-Kathedrale unterstützt. Glaubt man den zahlreichen Befürwortern des Projekts, so schweißt der Kraftakt des Baus, der zur 850-Jahr-Feier fertiggestellt sein soll, die zersplitterte Gesellschaft wieder zusammen. Und tatsächlich: Alte sowjetische Wirtschaftskader wie neureiche *biznesmeny* spenden ansehnliche Summen für den Bau, der im 19. Jahrhundert als nationales Symbol für den Sieg über Napoleon errichtet worden war.

Nicht nur die Kirche sucht ihre Legitimität aus der Geschichte abzuleiten. Auch die russische Armee, einst der Stolz der Sowjetunion und heute im Stadium der Agonie, bemüht sich, durch die Identifikation mit den großen Kriegshelden der russischen Geschichte das eigene Ansehen zu erhöhen. Nicht wenige dieser Helden sind gleichzeitig Heilige der Russisch-Orthodoxen Kirche (z.B. Dmitrij Donskoj, Aleksandr Nevskij). Die Kooperation mit der Kirche liegt daher nahe. Und tatsächlich manifestiert sich gerade auf diesem Gebiet der Übergang von einer gesellschaftlich verstandenen *sobornost'* zum Staatskirchentum am deutlichsten. Dabei ist die Vereinbarung, die Patriarch Aleksij und der vor kurzem entlassene Verteidigungsminister Rodionov am 4. April dieses Jahres unterzeichneten, nur der jüngste Schritt einer Annäherung, die bereits 1992 begann. Seit dieser Zeit existiert ein "Organisationskomitee der Bewegung ‚Soldaten für die geistige Erneuerung der Armee‘", welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Rolle der Kirche als moralische Autorität in den Streitkräften zu stärken.(11) Zwar betont die Kirchenleitung immer wieder, daß jeder Soldat nach seinem Gewissen über die Teilnahme am Gottesdienst in den inzwischen immer zahlreicher werdenden Gebetshäusern der Armee entscheiden müsse und daß die Arbeit von Geistlichen im Militär in erster Linie seelsorgerische Ziele verfolge. Doch selbst in offiziellen Verlautbarungen finden sich immer wieder Stellen, die einen Interessenabgleich von Kirche und Militär nahelegen. Als im Oktober 1996 an der Moskauer Militärakademie die "Fakultät für orthodoxe Kultur" eröffnet wurde, lieferte der Dekan der neuen Einrichtung, Erzpriester Dimitrij Smirnov, mit seiner Rede ein deutliches Beispiel für dieses staatlich ausgerichtete Verständnis von *sobornost'*: "Die russische Armee ist die Elite unseres Volkes. (...) Die Stärke einer Armee liegt in ihrem Geist; der Geist und die Seele eines Volkes ist seine Kirche. (...) Kirche und Armee sind sich, auch in ihrem Aufbau, sehr ähnlich. Die Kirche sieht sich als Heer Christi, und deshalb haben wir auch ähnliche Aufgaben und ein gemeinsames Tätigkeitsfeld. Die Entfremdung zwischen Kirche und Armee war natürlich künstlich: denn wenn Gefahr droht, beten alle Menschen zu Gott. An wen sollten wir uns auch sonst wenden?"(12)

(K.B.)

Das Trauma der gescheiterten Reformation der 20er Jahre und die Anfänge kirchlicher Zivilgesellschaft

Die Orthodoxie lebt – wie jede Religion – vom Bewahren der Tradition. Es ist jedoch irreführend, die ROK durchweg mit dem konservativen bis reaktionären Teil der russischen Gesellschaft gleichzusetzen. Sie repräsentiert kein politisches Lager, sondern stellt vielmehr ein Abbild der Gesamtgesellschaft dar, in der sie selbst ihre Identität immer wieder bestimmen mußte und muß. Wie die Tradition angemessen zu bewahren sei bzw. auf welche der christlichen Traditionen man sich zu berufen habe, ist auch innerhalb der scheinbar monolithischen ROK nicht unumstritten. In der akademischen Theologie, der religiös orientierten Intelligencija, aber auch im erwachenden

Gemeindeleben formiert sich ein Verständnis der Kirche, das von jenem der vorherrschenden Nationalorthodoxie abweicht. So finden sich sowohl innerhalb der Kirche als auch in der religiös interessierten Öffentlichkeit Stimmen, die z.B. für den zentralen Begriff der *sobornost'* eine alternative Deutung anbieten. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß sich die Kirchenreformer ihrerseits auf eine eigenständige Tradition berufen können.

Das Jahr 1917 war auch für die russische Kirchengeschichte ein Moment des Umbruchs von zentraler Bedeutung. Hier zeigt sich, daß die Kirche dem Drang der Gesellschaft nach Umgestaltung und Erneuerung in nichts nachstand. Noch im Frühjahr 1917 fanden in den Bistümern Wahlen zum ersten Landeskonzil seit der Abschaffung des Patriarchats durch Peter den Großen statt. Ein der Orthodoxie wohlgesonnener, protestantischer Kirchenhistoriker nannte sie die „ersten echten und freien Wahlen in Rußland“ überhaupt.⁽¹³⁾ Tatsächlich kann man sie im Rahmen der orthodoxen Tradition als revolutionär bezeichnen. Zum ersten Mal gestand man Frauen das Wahlrecht zu, mehr als die Hälfte der Delegierten waren Laien; die „schwarze“ Geistlichkeit, d.h. Bischöfe und Mönche, stellten nur etwas mehr als ein Sechstel des Konzils. Diese Versammlung war tatsächlich eine Vertretung der gesamten Kirche, auch wenn nur die Vertreter der niederen Geistlichkeit und der Laien demokratisch legitimiert wurden. Wichtigstes Ergebnis dieser „verfassungsgebenden Versammlung“ der orthodoxen Kirche war die Wiederherstellung des Patriarchats, für die sich nach langen Diskussionen erst unter dem Eindruck des bolschewistischen Umsturzes eine Mehrheit fand. Die radikalreformerischen Delegierten beklagten dies als Rückkehr zum „monarchistischen Prinzip“, – obwohl gemäß dem neuen Statut nicht der Patriarch, sondern das periodisch einzuberufende Landeskonzil die „oberste Gewalt der Orthodoxen Kirche in Rußland“ darstellte, dem der Patriarch wiederum rechenschaftspflichtig war.

Der Demokratisierung der allgemeinen Kirchenverfassung entsprach die Reform der "Basisgemeinde", der als "lebendiger Zelle" der Kirche weitgehende Autonomie zugestanden wurde. Gemeindeversammlung und -rat sollten unabhängig von jeder Hierarchie ihr Leben selbständig organisieren. Nur in Glaubens- und Dogmenfragen wurden sie in die Bischofskirche eingebunden.

Ein zentraler Bezugspunkt dieser Reformbemühungen war auch damals der Begriff der *sobornost'*. In der Kirchenreform des Landeskonzils von 1917/18 kam eine Interpretation dieses Terminus' zum Durchbruch, die noch vor der Revolution Ausgangspunkt zunehmender Kritik an der Amtskirche gewesen war. Dieser Lesart zufolge sollte sich die Kirche in organischer Harmonie zwischen Gläubigen und Priester, zwischen Priester und Bischof, von unten nach oben organisieren und nicht – wie unter der Herrschaft des zarischen Oberprokurors – den Bedürfnissen des Heiligsten Synods und des Staates unterwerfen.

In den ersten Jahren nach der Revolution erlebte die Gemeindegarbeit zwar eine bescheidene Blüte, die von den Reformern beschworene Einheit und Wahrheit der Volkskirche entpuppte sich jedoch spätestens mit dem Schisma der 20er Jahre als Mythos.

Mit Unterstützung der GPU gelang es 1922 radikal-reformerischen Kräften kurz nach der Gefangennahme des Patriarchen, die Kirchenleitung zu usurpieren. Die "lebendige Kirche" (*Zhivaja cerkov'*), wie sich die "Erneuerer" (*obnovlenchestvo*) nannten, war eine vielschichtige Bewegung, die kurz nach ihrer Konstituierung in mehrere Gruppierungen zerfiel. Ihr Programm kann man jedoch zusammenfassend als regelrechte Reformation bezeichnen. Die sozialistische Revolution wurde als „wirtschaftliche Wiedergeburt Rußlands, für ein freiheitliches Leben des Arbeiter- und Bauernstaates“ begrüßt, der einen „heldenhaften Kampf gegen den gesamten Weltkapitalismus“ führe.¹⁴ Auf dem Allrussischen Erneuererkonzil von 1923 beschloß man die erneute Abschaffung des Patriarchats. Die Bischöfe sollten in Zukunft frei gewählt werden und nicht mehr an das Zölibat gebunden sein; ebenso wollte man die Liturgie vereinfachen und in modernem Russisch feiern lassen.

Mit der propagandistischen Unterstützung der *Pravda* stellten sich die *obnovlency* als rechtmäßige

Vertreter der russischen Orthodoxie dar und stürzten so die gesamte Kirche in beträchtliche Verwirrung. Sowohl Kirchenvolk als auch Geistlichkeit orientierten sich an den jeweils aktuellen Autoritäten, was am zeitweiligen Massenzulauf zur „lebendigen Kirche“ in der Revolution und an der Rückkehr zur alten Kirche nach der Freilassung des Patriarchen im Sommer 1923 sichtbar wurde. Die alte Kirche konnte sich schließlich gegen die Erneuerer nur deshalb durchsetzen, weil sich ihre Führung spätestens seit 1927 um einen *modus vivendi* mit der Sowjetmacht bemühte.

Nicht die so oft beschworene *sobornost'*, verstanden als harmonische Gemeinschaft von Volk und Kirche, stellte sich als die bindende Kraft heraus, sondern die Hierarchie. Da sich die gesamte Kirche, von Nationalorthodoxen bis zu Reformtheologen, immer auf den Volksglauben berufen hatte, war die Erfahrung mit dem *obnovlenchestvo* besonders traumatisch. So hat sich die „*Smuta*“ der 20er Jahre als die „schwerste Zeit der russischen Kirchengeschichte“ eingepreßt.⁽¹⁵⁾ Und das, obwohl die Massenerschießungen und -deportationen der 30er Jahre den physischen Bestand der Kirche viel ernsthafter bedrohten.

Nicht weniger folgenreich waren aber die Überwindung des Schismas und der Ausgleich mit dem sowjetischen Staat. Zwar sicherte der Ausgleich mit dem Staat der Kirche das Überleben, aber im „liturgischen Ghetto“ blieb kein Raum für Erneuerung und Reform.

Das Erbe der sowjetischen Periode erklärt, warum die Kirche heute die Aufgaben ihrer Wiedergeburt eher durch Restauration denn durch Reformation zu lösen versucht. Dennoch finden sich in der ROK auch Bestrebungen, an die Reformtheologie und Gemeindearbeit des vorstalinischen Rußland anzuknüpfen.

Ausgelöst durch den nachsowjetischen Ideologieverlust erleben die Arbeiten der vorrevolutionären religiösen Intelligencija heute eine Renaissance. Von Solov'ev bis Berdjaev werden zahlreiche religionsphilosophische Schriften wieder aufgelegt und haben mittlerweile in vielen Haushalten ihren Platz neben Pushkin und Dostoevskij eingenommen. Das Interesse an diesem in der Sowjetunion zensierten Erbe des russischen Geistes ist in erster Linie von dem Bedürfnis nach nationaler Selbstfindung geprägt. Dennoch finden mit der Religionsphilosophie bisweilen liberale und sozialkritische Aspekte der *sobornost'* ihren Weg in die Gegenwart.

Als ein „intellektuelles *joint-venture*“ wurde 1991 in Norwich und Moskau die „Transnational Vladimir Solovyov Society“ gegründet. Im Sinne des Namenspatrons, des „Vaters“ der russischen Religionsphilosophie, und entsprechend dem pluralistischen Statut der Gesellschaft steht hier die Diskussion und Wiederbelebung universal-christlicher Offenheit und sozialer Verantwortung im Vordergrund.

Innerhalb der Kirche formuliert das „Orthodoxe Institut für Mission, Ökumene und neue religiöse Bewegungen“ ähnliche Ziele. Sein Mitbegründer und Direktor, der Professor der Petersburger Geistlichen Akademie Vladimir Fedorov, wehrt sich gegen den engstirnigen Rückzug auf orthodoxe Dogmen und setzt ihm die Konzeption einer „offenen Rechtgläubigkeit“ entgegen. Die neue kirchenpolitische Situation verlange eine „Erneuerung der Methoden der christlichen Mission“ und die „Koordinierung gemeinsamer Initiativen der Kirche und der Gesellschaft“. Den Protestantismus und die Katholische Kirche sieht er dabei nicht als Konkurrenten, sondern als Verbündete, die in vielen Bereichen dieselben Interessen und Aufgaben wie die ROK hätten.

Als „Menschen der Tat und nicht als Freunde schönrednerischer Versammlungen“ bezeichnen sich die Mitglieder der Petersburger Bruderschaft der Hl. Anastasija.⁽¹⁶⁾ Mit ihrer Gemeinschaft setzen sie eine Reformtradition der Kirche fort, die in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts einen ersten Aufschwung erlebte. Wie ihre historischen Vorläufer hat sich die Bruderschaft unabhängig von der Kirchenhierarchie selbst ein Statut gegeben. Geistliche und Laien wollen in gleichberechtigter Gemeinschaft durch ihr Werk das christliche Ideal im Alltag verwirklichen. Ihr Leiter, der Priester Aleksandr Stepanov, hält der Abgeschiedenheit der klösterlichen Askese das Ideal des „Klosters in der Welt“ entgegen. Die umtriebige Organisation betreut seit einigen Jahren zwei Krankenhäuser,

ein Gefängnis und ein Internat für psychisch gestörte bzw. geistig behinderte Kinder. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Arbeit mit obdachlosen Kindern und Jugendlichen.

Zwar beklagt Aleksandr Stepanov den Widerstand einiger älterer Priester gegen sein allzu weltliches Orthodoxieverständnis. Aber in der Bischofskanzlei hat man den Wert der engagierten Bruderschaft erkannt und Stepanov zum Leiter der Wohltätigkeits-Abteilung der Diözese ernannt.

Zumindest dort, wo die russische Marktwirtschaft punktuellen Wohlstand hervorgebracht hat, werden die Keime einer kirchlichen Zivilgesellschaft sichtbar. In Petersburg und Moskau gibt es derzeit etwa ein Dutzend von der Kirche anerkannte orthodoxe Bruderschaften.

Glaubt man der Neujahrsansprache des Patriarchen, so ist das demokratische und sozialkritische Gedankengut der kirchlichen Reformbewegung schon in die offizielle Linie der ROK eingegangen: „Die Freiheit der Selbstentwicklung, der Erkenntnis, der Wahrheitssuche, der Wahl des Lebensstils und der Freizügigkeit, die reale, nicht die nur deklarierte Freiheit des Gewissens – all dies sind zweifellos Erfolge der sich entwickelnden russischen Demokratie.

Dennoch darf man die Augen nicht davor verschließen, daß für viele die durch den Umbruch gewonnenen Freiheiten insofern keinen Wert haben, weil ihnen die ökonomische Basis für deren Verwirklichung fehlt."(17)

(B.B.)

Die Signale, die aus der Russisch-Orthodoxen Kirche seit Beginn der 90er Jahre kommen, sind vielfältig und bisweilen widersprüchlich. Nationalpatriotische Tendenzen stehen neben einer Aufschwung der inneren Mission, in der sich eine Öffnung der Kirche zur Welt anzudeuten scheint. Der Patriarch sucht zwischen diesen Polen einen Ausgleich, wobei Parallelen zu Präsident Boris Jelzin nicht von der Hand zu weisen sind: Nationales Pathos steht neben einem deutlichen Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit dem Westen – bei Jelzin mit der NATO, bei Patriarch Aleksij II. in der Ökumene. Gemeinsam ist beiden auch der trügerische Glanz ihrer Ämter, der kaum ihrer tatsächlichen Autorität entspricht. Das aus dieser Situation entstehende Bedürfnis von Kirchenleitung und Staatsführung, sich auf einander zu stützen, nimmt man aus der Außenperspektive bzw. bei bloß oberflächlicher Betrachtung als erstes wahr. Aber diese Perspektive liefert nur ein unvollständiges Bild von der russischen Orthodoxie in der Transformation.

Anmerkungen:

- 1) Vor der Oktoberrevolution hatte es mehr als tausend Klöster gegeben, die aber fast alle während der ersten Jahrzehnte der Sowjetzeit geschlossen worden waren, bis 1945 nur noch 20 übrigblieben.
- 2) Argumenty i fakty 17/1997; Segodnja v. 29.4.1997.
- 3) Stimme der Orthodoxie 1/1997, S. 16.
- 4) Patriarch Alexius II. von Moskau und ganz Rußland: Wort zur kirchlichen Situation vor dem Moskauer Bischofskonvent, in: Stimme der Orthodoxie 1/1997, S. 9.
- 5) Svjashchennik Aleksij: "Pokajanie oznachaet – peremena uma", in: Argumenty i fakty 17/1997, S. 3.
- 6) Monasheskoe carstvo. Interv'ju s blagochinnym monastyrej Sankt-Peterburgskoj Eparchii (...), in: Pravoslavnyj Sankt-Peterburg 5/1997. S. 1.
- 7) Nikolaus Thon: Das Martha-Marien-Stift erwacht zu neuem Leben, in: Stimme der Orthodoxie 3/1996, S. 81f.
- 8) Organizacija cerkovnoj sistemy pravoslavnogo obrazovanija (iz opyta Novosibirskoj Eparchii), in: Zhurnal Moskovskoj Patriarchii 9/1996, S. 34ff.
- 9) Wehrt dem Verfall geistiger Werte! Schützt das Land vor dem Untergang! Ruf des dritten gesamtrussischen Nationalkongresses an alle Russen guten Willens, in: Stimme der Orthodoxie 1/1996, S. 10.
- 10) Rede des Patriarchen Aleksij auf dem III. Gesamtruss. Nationalkongreß, in: Zhurnal

Moskovskoj Patriarchii 12/1995, S. 51.

11) Vgl. Georg Seide: Orthodoxy, Staatsmacht und Armee. Die neue Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche, in: Osteuropa 10/1996, S. 1010.

12) Otkrytie fakul'teta pravoslavnoj kul'tury v Voennoj akademii, in: Zhurnal Moskovskoj Patriarchii 11/1996. S. 30.

13) Günther Schulz: Vom Leiden und Reformwillen der Orthodoxen Kirche in Rußland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kirche im Osten, 36/1993, S. 69.

14) Priester V. Krasnickij: Die orthodoxe Kirche und Sowjetrußland, in: Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860–1980), hg. v. G. Stricker u. P. Hauptmann, Göttingen 1988, S. 678.

15) J. Chrysostomus: Kirchengeschichte Rußlands der neueren Zeit, Bd. I, München 1965, S. 155.

16) Ne slovom edinyj..., in: Pravoslavnyj Sankt-Peterburg, 56/1997, S. 2.

17) Botschaft des Patriarchen zur Jahreswende 1997, in: Stimme des Ostens, 1/1997, S. 2.

*Klaus Buchenau hat Slavistik und Osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität studiert
Benjamin Beck ist Student am Osteuropa-Institut.*

16. Internationales Festival für orthodoxe Kirchenmusik Hajnówka 1997

von Aloys Henning, Berlin

Vom 25. Mai bis 1. Juni 1997 fand im polnischen Hajnówka (Wojewodschaft Podlaskie), dicht an der Grenze zu Belarus', das 16. Internationale Festival für orthodoxe Kirchenmusik statt, nach dem Warschauer Chopin-Festival der wichtigste Musikwettbewerb in Polen. Träger waren die Stiftung »Kirchenmusik« und das Kulturhaus Hajnówka, dessen Direktor Mikołaj Buszko zusammen mit Vikar Michal Niegerewicz von der örtlichen orthodoxen Gemeinde und Pfarrer Jerzy Szurbak, Gründer und Leiter der bekannten Gruppe für orthodoxe Kirchenmusik an der Warschauer Kammeroper, das Festival für orthodoxe Chöre des Gebiets Bialystok konzipierte, daß 1982 während des Militärregimes erstmals stattfand.

Veranstaltungsort ist seit 1988 die neu errichtete orthodoxe Dreifaltigkeitskathedrale in Hajnówka, die lange vor Konzertbeginn jeweils von überwiegend einheimischen Zuhörern überfüllt war.

Am Wettbewerb beteiligten sich 38 Chöre aus Polen, Belarus', Bulgarien, Finnland, Griechenland, Lettland, Rumänien, Rußland, Tschechien und der Ukraine. Die Jury bildeten Prof. Viktor Rovdo, Leiter des Staatlichen Chores des Belorussischen Radios und Fernsehens, der Musikologe und Musikkritiker Waclaw Panek, Pfarrer Jerzy Szurbak, Prof. Boris Tevlin, Lehrstuhlinhaber für Choral-Dirigieren des Moskauer Konservatoriums, der Musiker und Dirigent Jerzy Zawisza als Vertreter des Warschauer Ministeriums für Kultur und Kunst, der Züricher Musikologe und Verleger Peter Vitovec, Leiter des Schweizer Romanus-Chores für orthodoxe Kirchenmusik, Dr. Anna Derevjanikova, Dirigentin und Dozentin für Kirchenmusik an der slowakischen Universität Bratislava und als Vorsitzender Prof. Romuald Twardowski, Dozent an der Musik-Akademie Warschau und Komponist. Von ihm erklangen mehrfach Kompositionen liturgischer Gesänge; sein vielfach vorgetragenes »Alliluja« lud ein zu interpretatorischen Vergleichen.

Vom Publikum wurde täglich ein Favorit ermittelt, so am 31. Mai der 1993 gegründete Chor der Schule für byzantinische Kirchenmusik in Athen, geleitet von Georgios Konstantinou, der seine musikalische Arbeit mit aktuellen Forschungsergebnissen zur byzantinischen Kirchenmusik untermauert. Den ersten Preis für Chöre von Landpfarreien erhielt ein weißrussischer Chor aus Lachavichy (Lachovichi) unter Genadij Voron. Erste Preisträger unter den städtischen

Kirchenchören waren ex aequo der Kinderchor der St. Nikolaus-Kathedrale von Bialystok, geleitet von Alla Dubec, und der Chor der Heilig-Geist-Gemeinde der gleichen Stadt unter Bogdan Pura. Der Chor des 1996 in Hajnówka eingerichteten Orthodoxen Studiums für Psalmisten unter Michal Niegierewicz wurde erster Preisträger unter den sonstigen Kirchenchören. In der Gruppe weltlicher Laienchöre fiel der erste Preis ebenfalls zugleich dem Kollegium für Alte Musik »Consonanza« in Wrocław zu, der unter der sensiblen Leitung von Marta Kierska-Witczak neben anderem hervorragend Vertonungen von P. Chesnokov sang, und dem 1996 gegründeten Chor »Bel canto« der Pädagogischen Hochschule in Olsztyn unter Jan Polowianiuk, den besondere Lebendigkeit des Vortrags charakterisierte. Der erste Preis für professionelle Chöre wurde zu gleichen Teilen vergeben an den besonders klangschönen russischen Kammerchor »S. Rachmaninov« aus Tambov unter Vladimir Kozljakov und an den Rigaer Chor für Kirchenmusik unter Joann Szenrok, der neben anderem eindrucksvoll die zeitgenössische Komposition »Apokalipsis« von V. Martynov zu Gehör brachte. Daneben wurde der Chor von Studenten der Fakultät für Dirigieren der Belorussischen Musik-Akademie Minsk mit seiner Dirigentin Inessa Bodjako und geleitet von Viktor Rovdo mit einem erstmalig vergebenen Grand Prix ausgezeichnet. Neben anderem sangen die Minsker Studierenden einen von Krzysztof Penderecki vertonten Cherubim-Gesang, der augenscheinlich rechtgläubigen Einheimischen Hörschwierigkeiten bereitete.

Für mit orthodoxer Kirchenmusik Vertraute könnte das Festival von Hajnówka als einziges seiner Art noch mehr den regional und historisch gewachsenen vielfältigen Reichtum dieser ausschließlich vokalen Musiktradition widerspiegeln. Der Wettbewerb reduziert diese zum Teil unter Konkurrenz-Aspekten. Besonderen Widerhall fand der Kinderchor der Moskauer Schule für Kirchengesang. Seine Sangeskunst, die überraschend sogar Kompositionen Dmitrij Bortnjanskijs untemperiert erklingen ließ, ist der pädagogischen Arbeit Galina Pavlovnas zu danken, Dozentin am Moskauer Geistlichen Seminar und am Heilig Geist-Seminar in Vilnius.

Einen Einblick in die ethnische Situation der Region um Hajnówka gibt die Tatsache, daß am letzten Wettbewerbstag der Erzbischof von Bialystok — er ist gleichzeitig orthodoxer Militärbischof der polnischen Armee — bei einer orthodoxen Jugendwallfahrt auf der Ćwięta Góra bei Grabarka, etwa 40 km westlich Hajnówkas, mit Rücksicht auf den hohen Anteil weißrussischer Pilger in Russisch predigte.

Hajnówka 1997 war eine klingende europäische oekumenische Erfahrung. Herrn Peter Vitovec sei hier gedankt für die freundliche Unterstützung des Autors.

Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU.

Interna

Aus der Arbeit der Frauenbeauftragten

Die Umstrukturierung des Instituts ist in vollem Gange, was derzeit vor allem „architektonisch“ zu sehen ist. Inhaltlich-personell werden nur noch sehnsüchtig die Neubesetzungen der vakanten Professuren erwartet.

Die Diskussionen um die Nachfolge Klinkmüller (Wirtschaft) gehen langsam, aber sicher voran — eine Professorin werden wir jedoch leider nicht begrüßen dürfen. Die Entscheidung über die Nachfolge Ahlberg (Soziologie) ist noch offen.

Mit Beendigung der Institutsumstrukturierung wird nun auch der Frauenförderplan des Instituts

fällig. Das Osteuropa-Institut hat vor vier Jahren zwar einen Frauenförderplan erstellt, dieser wurde aber mit Verweis auf die laufende Umstrukturierung vom Akademischen Senat nie verabschiedet. Der Institutsrat sollte nun deswegen eine Kommission einsetzen, die den alten Frauenförderplan überarbeitet und an die Veränderungen im Institut anpaßt.

Die Verabschiedung von Frauenförderplänen der Fachbereiche bzw. Zentralinstitute ist verbindlich in den Frauenförderrichtlinien der FU vorgeschrieben. Ein Frauenförderplan soll neben der Darstellung der gegenwärtigen Situation von Frauen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern am Institut beitragen. Dazu sollen konkrete Maßnahmenkataloge aufgestellt werden, deren Durchführung sich das Institut verbindlich zur Aufgabe stellen sollte.

Ideen sind hier keine Grenzen gesetzt; die zuständige Kommission wird sie auf ihre Durchführbarkeit prüfen.

Ansonsten bestand unsere derzeitige Arbeit neben unseren laufenden Aufgaben aus der Organisation von Gastvorträgen.

So war Anfang Mai Svetlana Aleksievich in Berlin, die wir in Zusammenarbeit mit Dr. Jutta Petersdorf ans Institut eingeladen hatten. Sie hielt einen sehr anregenden Vortrag über den "Großen Vaterländischen Krieg" aus einer weiblichen Sichtweise. Sie zeichnete die Geschichte von Frauen als Soldatinnen und Krankenpflegerinnen nach, die in der allgemein männlichen Geschichtsschreibung des Krieges verloren gegangen ist.

Kurz darauf waren Ella Poljakova und Elena Vilenskaja vom Komitee der Petersburger Soldatenmütter zu Besuch. Die mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichneten Frauen gaben Auskunft über die Verletzung der Menschenrechte in Rußland, insbesondere in der Armee, und berichteten über die Folgen des Tschetschenienkrieges. Die Aktualität ihrer Themen spiegelte sich in der darauf folgenden spannenden Diskussion wider.

Die Frauenbeauftragten.

Inga Karbstein und Andrea Jana Korb

Berliner Osteuropa Info.

Informationsdienst des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

Impressum

- ISSN 0945-4721
- Erscheinungsweise: halbjährlich; Auflage: 2.000 Exemplare;
- Herausgegeben im Auftrag des Institutsrats von Prof. Dr. Holm Sundhaussen (verantw.), Prof. Dr. Klaus Segbers (stellv.)
- Redaktion: Brigitte Heuer, PD Dr. Krisztina Mánicke-Gyöngyösi
- Redaktionelle Mitarbeit: Elisabeth Krainski, F. Benjamin Schenk
- Satz: Elisabeth Krainski
- Druck: Zentrale Universitätsdruckerei
- Anzeigenverwaltung: Uta Grabmüller
- **Anschrift:** Garystraße 55, 14195 Berlin; Tel. 0 30 / 838 33 80, Fax: 0 30 / 838 37 88

Das Berliner Osteuropa Info versteht sich als ständiges informelles Informations- und Koordinationszentrum der Osteuropa-Forschung in Berlin-Brandenburg und darüber hinaus. Alle Institutionen, Wissenschaftler und an Osteuropa interessierten Personen werden eingeladen, sich durch Beiträge an diesem Vorhaben zu beteiligen.

Die Beiträge geben, soweit sie nicht entsprechend gekennzeichnet sind, nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich die Kürzung der Beiträge aus Raumgründen vor. Soweit der Autor ein Textverarbeitungssystem benutzt, wird um Übersendung des Beitrages auf Diskette gebeten.
